

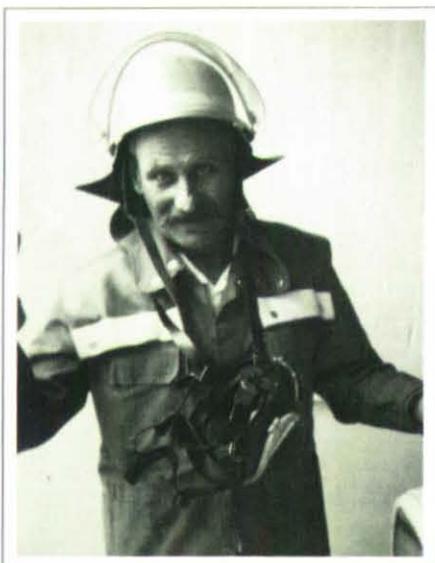
ZIVILSCHUTZ

MAGAZIN



**Donauhochwasser 1988:
Erfahrungen eines Einsatzes
Tanklastzug „TOPAS“ –
Konzept für mehr Sicherheit**





„Eindrücklicher als Einsatzfotos“ werden die Bilder bezeichnet, die Oberbrandmeister Alfons Schwan aus Neuwied malt. Seit 25 Jahren ist er Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr und hält die harte Arbeit des Einsatzes in seinen Bildern fest.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Alfons Schwan aus Neuwied

Nicht nur in Feuerwehrcreisen hat sich Alfons Schwan einen Namen gemacht, denn das außergewöhnliche Talent bzw. der heutige Beruf des Oberbrandmeisters aus Neuwied ist für alle Interessierten sichtbar: Alfons Schwan ist freier Maler und Metallbildner. Eine seiner Plastiken steht in seinem Geburtsort Neuwied-Gladbach auf dem Dorfplatz: Aus Metall und Beton hat Schwan ein Mahnmal für die Opfer der Diktaturen in der Welt geschaffen. In einer alten Kapelle hat er jüngst ein schmiedeeisernes Tor mit Metallplastiken gebaut. Doch seine für die Feuerwehr besonders interessante Arbeit liegt in der Malerei: Hier wählt Alfons Schwan Motive aus dem Alltag der Feuerwehren. Mit seinem starken inneren Engagement verleiht Alfons Schwan den Bildern eine sehr große Ausdruckskraft.

Das Talent zum Beruf gemacht

1941 geboren, absolvierte der Neuwieder nach der Schulzeit eine Lehre als Maschinenbauer und Schmied. Dann ging er als Berufssoldat zur Bundeswehr. Nach einer kurzen Tätigkeit in einem Betonbetrieb entschloß sich der verheiratete Vater vierer Kinder, sich selbständig und sein Hobby zum Beruf zu machen.

Seit 25 Jahren ist Alfons Schwan Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Neuwied. „Ich bin über Nachbarn zur damaligen Feuerwehr Gladbach gekommen; die konnten mich für die Idee des Helfens begeistern“, erinnert sich der Maler. In der Feuerwehr durchlief er die übliche Ausbildung: 1966 war er Löschmeister, seit 1970 ist er Oberbrandmeister. „Sechs Jahre, bis 1976, habe ich den Löschzug 8 – Gladbach – geführt.“ Heute hilft Alfons Schwan bei der Ausbildung, führt Übungen durch und ist auch bei Einsätzen stets mit von der Partie. „Ich bin schließlich einer der wenigen Feuerwehr-

männer, die die meiste Zeit zuhause erreichbar sind.“

Die beiden ältesten Söhne, 20 und 22 Jahre alt, sind über das Engagement ihres Vaters ebenfalls zur Feuerwehr gegangen. Der jüngste Sohn, der fünfjährige Timothy, begeistert sich auch schon für die roten Autos und die Technik . . .

Eindrücklicher als Einsatzfotos

25jährige Erfahrungen in der Freiwilligen Feuerwehr schlagen sich nieder in den Bildern, die Alfons Schwan malt. Ob mit Tusche, Öl, ob Aquarelle – der Maler verleiht den Bildern eine eigene Dramatik, die miterleben und mitfühlen läßt.

Was war denn sein eindrucklichstes Erlebnis bei der Feuerwehr? „Das war am

8. Dezember 1987“, antwortet der Oberbrandmeister spontan. Er erinnert sich an das Ausrücken der Feuerwehr zu einem Garagenbrand. „In der Garage standen aber auch Sauerstoff- und Gasflaschen, die dann explodierten. Meine beiden Söhne waren auch im Löscheinsatz dabei. Da habe ich zum ersten Mal wirkliche Angst gehabt.“ Aus einer dieser Flaschen hat Alfons Schwan später ein Kunstwerk geschaffen, das nachhaltig an seine angstvollen Stunden erinnert: Er schmiedete die Figur des Schutzpatrons der Feuerwehr, St. Florian, in eine explodierte Gasflasche.

Auch das Tankwagenunglück von Herborn hielt Alfons Schwan im Bild fest – die Herborner Feuerwehr kaufte das Werk, denn mancher Betrachter meint, die Bilder von Alfons Schwan seien eindrucklicher als jedes Einsatzfoto. boe



„Nächtliche Bergung“ hat Alfons Schwan dieses Bild betitelt.

(Repro: Klery)

10/88



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
im Juni/Juli und im August/September
als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers
Paul Claes

Layout:

U. M. Kahr

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllung- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau

Aktuelles im Blickpunkt

2

Information zum Thema Notfallvorsorge

US-Delegation im Bundesinnenministerium

11

„Was war richtig, was falsch?“

Einsatzerfahrungen aus dem Donauhochwasser 1988

12

TOPAS steht für Sicherheit

Verbesserte Technik soll Unfälle verhüten

17

„Schlauer Fuchs“

Katastrophenschutzübung mit 2000 Helferinnen und Helfern

21

1989 bringt neue Ausbildungsgänge

Lehrgänge in Hoya aktualisiert

23

Bundesverband für den Selbstschutz

24

GZS Berlin

31

Technisches Hilfswerk

33

Warndienst

39

Deutsches Rotes Kreuz

42

Arbeiter-Samariter-Bund

44

Johanniter-Unfall-Hilfe

46

Malteser-Hilfsdienst

48

Deutscher Feuerwehrverband

51

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

56

Presseschau des Inlands

61

Presseschau des Auslands

62

Wissenschaft und Technik

63

Bücher

64

Das Minimagazin

U 3



Staatssekretär Spranger stellte neues Strahlenmeßnetz vor

In der Bundesrepublik Deutschland ist kürzlich ein neues bundesweites Strahlenmeßsystem in Betrieb gegangen, mit dem das Bundesamt für Zivilschutz bereits innerhalb weniger Minuten nach einem radioaktiven Unfall Strahlungen am Boden messen kann. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, führte im rheinischen Linnich-Welz das neue System vor, das etwa 1 500 stationäre Meßanlagen in der Bundesrepublik Deutschland miteinander verbindet. Der Staatssekretär kündigte an, daß das Meßnetz in diesem und im kommenden Jahr noch um weitere 440 Meßsonden erweitert wird. Die neuen Geräte sollen vor allem in Ballungsgebiete

ten und an den Grenzen der Bundesrepublik installiert werden.

Nach Mitteilung Sprangers prüft derzeit die Schutzkommission, die den Bundesinnenminister in wissenschaftlichen Fragen des Bevölkerungsschutzes berät, „ob und wie das vorhandene Meßnetz zur Erfassung radioaktiver Strahlung um ein Meßnetz zur Erfassung chemischer Gefahren ergänzt werden kann“.

Darüber hinaus sollen die rund 50 Jahre alten Sirenen in der Bundesrepublik Deutschland durch ein neues kombiniertes Alarmierungs- und Rundfunkwarnsystem ersetzt werden. Mit dem Aufbau des neuen Warnsystems, der voraussichtlich zehn Jahre dauern wird, soll im kommenden Jahr begonnen werden. Nach den Wor-

ten des Staatssekretärs wird die Bundesrepublik dann über das modernste Warnsystem in Europa verfügen. Die Kosten dafür werden auf rund 320 Millionen Mark geschätzt.

Weiterer Ausbau des Bevölkerungsschutzes

Bei der Vorstellung des neuen Strahlenmeßsystems in Linnich bekräftigte Spranger, daß die Bundesregierung dem Zivil- und Katastrophenschutz einen hohen Stellenwert einräume. Die Ereignisse seit Tschernobyl hätten deutlich gemacht, daß der weitere Ausbau des Bevölkerungsschutzes „unumgänglich notwendig“ sei. Er erinnerte in diesem Zusammenhang u. a. an die vom Bundesinnenministerium erstell-

te „Konzeption zur Verbesserung des Krisenmanagements bei der Bewältigung großflächiger oder besonders folgenschwerer Gefahrenlagen“ und die damit verbundene Einrichtung einer interministeriellen Koordinierungsgruppe sowie das Konsolidierungsprogramm, mit dem die Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes vervollständigt und modernisiert werden (Finanzvolumen 1,2 Milliarden Mark), sowie an das geplante „Arrondierungsprogramm“, mit dem die derzeit noch vorhandenen Lücken im Katastrophenschutz ab 1992 durch das Aufstellen zusätzlicher Einheiten beim ABC-, Fernmelde- und Bergungsdienst verringert werden sollen. Der Bundesinnenminister strebe

Editorial

Liebe Leser, eine Zeitschrift – insbesondere eine spezialisierte Fachzeitschrift wie das „Zivilschutz-Magazin“ – lebt für ihre Leser und von ihren Lesern und soll folgerichtig inhaltlich so gestaltet sein, daß sie für die Mehrheit der Leser interessant oder zumindest informativ ist. Den Interessen aller zu entsprechen, vermag natürlich keine Zeitschrift.

So ist auch das „Zivilschutz-Magazin“ seit Jahren bestrebt, Ihren unterschiedlichen Interessen weitgehend gerecht zu werden und aus den verschiedensten Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie tangierender Themenbereiche zu berichten. Dabei werden die spezifischen Belange der beteiligten Organisationen zunächst durch die für diese speziell vorgesehenen Teile des Magazins abgedeckt. Darüber hinaus werden aber auch von Fall zu Fall organisationsbezogene Berichte im allgemeinen Teil des „Zivilschutz-Magazins“ veröffentlicht. Dies ist, meinen wir, gut so und soll auch so bleiben.

Inzwischen hat das „Zivilschutz-Magazin“ ja auch ein neues „Gesicht“ bekommen. Wir werden damit nicht den Geschmack aller Leser getroffen haben, aber es ist immerhin ein Versuch, die Aufmachung etwas aufzulockern und moderner zu gestalten. Weitere Versuche, das äußere Erscheinungsbild zu verbessern, sollen folgen, wenn die finanziellen Mittel es zulassen. Die Redaktion hofft auch, daß ein leidiges Thema, nämlich das verspätete Erscheinen des „Zivilschutz-Magazins“, in absehbarer Zeit kein Thema mehr sein wird.

Wir bitten auch nachträglich um Nachsicht, daß diesmal eine zweite Doppelnummer schon im Sommer erschienen ist. Für November und Dezember wird dafür jeweils eine gesonderte Ausgabe herausgegeben.

Im übrigen meinen wir, daß es hin und wieder – im Abstand von mehreren Jahren – angebracht ist, Sie, liebe Leser, zu befragen, welche Themenbereiche denn aus Ihrer Sicht von besonderem Interesse wären, worüber also das ZS-Magazin mittel- oder langfristig berichten sollte. Wir bitten Sie also darum, der Redaktion im Verlaufe der nächsten Monate mitzuteilen, welche Themenbereiche für Sie von besonderem Interesse sind. Dabei sind sowohl Einzelmeinungen als auch Anregungen von Organisationseinheiten, Behörden etc. gefragt. Die Redaktion wird sich nach Auswertung Ihrer Wünsche natürlich zunächst an der Häufigkeit der Vorschläge zu einzelnen Themenbereichen orientieren; das schließt aber nicht aus, daß auch besonders interessante Einzelthemen aufgegriffen werden.

Schreiben Sie uns also bis spätestens Ende dieses Jahres und tragen Sie dazu bei, auf den künftigen Inhalt Ihres „Zivilschutz-Magazins“ Einfluß zu nehmen. Auch konstruktive Kritik ist gefragt.

Im übrigen haben wir eine Rubrik für Leserbriefe vorgesehen, um Gelegenheit zu geben, zu Berichten und Artikeln kritisch Stellung zu nehmen, Meinungen auszutauschen, miteinander zu diskutieren. Die Redaktion hofft künftig auf eine rege Beteiligung ihrer Leser des „Zivilschutz-Magazins“.

Ihre Redaktion

ferner an, 23 der insgesamt 27 Katastrophenschutz-Hubschrauber des Bundes durch neue größere Maschinen zu ersetzen. Die Investitionskosten für das Modernisierungsprogramm, das 1990 beginnen solle, werden voraussichtlich rd. 163 Millionen Mark betragen.

Motivation zur Mitarbeit

Der Staatssekretär stellte fest, daß aber alle organisatorischen und finanziellen Bemühungen des Staates nicht ausreichen, wenn sich nicht auch die Hilfsorganisationen und die Bevölkerung gründlich vorbereiten. Besonders wichtig sei dabei die Motivation der Bürger zur Mitarbeit im Bevölkerungsschutz und die Intensivierung der Ausbildung auf allen Ebenen.

Nachholbedarf beim Selbstschutz

Einen „erheblichen“ Nachholbedarf sieht Spranger beim Selbstschutz. Es gebe immer wieder Notsituationen, so erläuterte er, in denen der einzelne zunächst auf sich selbst oder die Hilfe seiner Nachbarn angewiesen sei, bis staatliche Hilfe ein-



treffe. Eigeninitiative und Mitverantwortung seien daher bei der Katastrophenvorsorge und der Gefahrenabwehr unverzichtbar.

Appell an Politik und Medien

Spranger verwies darauf, daß nach einer Umfrage zum Bevölkerungsschutz fast drei Viertel der Bundesbürger sich über den Zivil- und Katastrophenschutz weniger

gut bzw. überhaupt nicht informiert fühlen. Zugleich bestätigte die Umfrage aber auch, daß eine „deutliche Informationsbereitschaft“ zu Fragen der Gefahrenabwehr und des Selbstschutzes vorhanden sei. Das eröffne Chancen für die Aufklärungsarbeit.

Politik, Presse, Funk und Fernsehen rief er auf, der „humanitären Aufgabe“ Bevölkerungsschutz

den „erforderlichen positiven und anerkannten Stellenwert“ zu verschaffen, wie dies z. B. in der Schweiz oder in den skandinavischen Ländern selbstverständlich sei.

Unser Bild zeigt Staatssekretär Spranger im Gespräch mit Bürgermeister Edmunds (Stadt Linnich) im Warnamt Linnich-Welz.

(Foto: Hilberath)

Einsatzkoffer für alle Stadt- und Landkreise

Die Stadt- und Landkreise des Landes Baden-Württemberg erhalten ein neues Feuerwehrführungssystem, das von der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg entwickelt wurde. Wie Staatssekretär Robert Ruder vom Stuttgarter Innenministerium erklärte, soll das Feuerwehrführungssystem mithelfen, auch bei mobilen Einsätzen alle Feuerwehreinheiten aus dem Bereich eines Stadt- bzw. Landkreises darzustellen und Menschen und Material, insbesondere die Sonderfahrzeuge, optimal einzusetzen.

Das System ist auf die Erfordernisse der Einsatzpraxis abgestimmt. Sein wesentlicher Vorteil liegt in seiner vielfältigen Anwendbarkeit durch die Feuerwehr. „Mit dem Feuerwehrführungssystem lassen sich sowohl die täglichen Brand-, Hilfelei-

stungs- und Gefahrguteinsätze als auch Katastropheneinsätze wirkungsvoll unterstützen“, erklärte Ruder.

Das Feuerwehrführungssystem ist in einem Koffer untergebracht. Der Koffer enthält die symbolhafte Darstellung der feuerwehrtechnischen Ausstattung des jeweiligen Stadt- bzw. Landkreises. Die Kosten für die Ausstattung der Stadt- und Landkreise von rd. 100 000 DM werden vom Land übernommen.

6. Landesfeuerwehrtag in Ettlingen

Wie Innenminister Dietmar Schlee, der die Grüße der Landesregierung von Baden-Württemberg zum 6. Landesfeuerwehrtag überbrachte, in Ettlingen erklärte, ist der Dienst in der Feuerwehr in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich. Der Minister dankte den Feuerwehrangehörigen für ihren oft schweren und gefahrvollen Einsatz zum

Schutze der Mitbürger und erklärte: „Durch ihren Einsatz setzen unsere Feuerwehrleute die in unserem Lande bewährte Tradition ehrenamtlicher Gemeinschaftsarbeit fort.“

Die ständig steigenden Anforderungen können die Feuerwehren nur dann erfüllen, wenn die Organisation, die Aus- und Fortbildung sowie die sächliche Ausrüstung der Wehren mit der jeweiligen Entwicklung Schritt hält, ständig verbessert und angepaßt wird. Wie Innenminister Schlee deutlich machte, wird das Land auch weiterhin die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Einsatzmittel zur Verfügung stellen. Beispielhaft nannte der Minister die in den letzten Jahren gemeinsam mit den Landkreisen und den Kommunen vorgenommene, fast flächendeckende Beschaffung von Sonderfahrzeugen für die Bekämpfung von Gefahrgutunfällen. Ein weiterer Schwerpunkt der nächsten Jahre wird die Ausstattung der Landkreise mit Sonderfahrzeugen für den Bereich Atem- und Strahlenschutz sein.

Nach Darstellung von Innenminister Schlee bedeutet der zunehmende Aufgabenwandel für die Feuerwehren und für jeden einzelnen Feuerwehrangehörigen, sich mit neuen technischen Einsatzmitteln auseinanderzusetzen und sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen. Insbesondere im Bereich des Einsatzes von neuen Informationstechniken werden sich bei den Feuerwehren in den kommenden Jahren erhebliche Veränderungen ergeben.

Schlee: „Die Technik kann den Menschen jedoch nicht ersetzen. Es war und ist der einzelne Feuerwehrangehörige, der für den Erfolg beim jeweiligen Einsatz mit verantwortlich ist. Es muß nach wie vor deshalb unser oberstes Ziel sein, die Angehörigen unserer Feuerwehren sachgerecht aus- und fortzubilden, damit auch künftig gewährleistet ist, daß sie die vorhandenen Gerätschaften, Fahrzeuge und sonstigen technischen Einrichtungen beherrschen und nicht von diesen beherrscht werden.“

THW unverzichtbarer Bestandteil des erweiterten Kats

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, beantwortete eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Nöbel (SPD) an die Bundesregierung wie folgt:

Frage: „Teilt die Bundesregierung die im Prüfbericht des Bundesrechnungshofes vom 29. April 1988 über das Technische Hilfswerk (THW) gemachte Feststellung, daß das THW ‚mit erheblichen Problemen belastet (ist), die sich aus ihrer Rechtsnatur, ihrer Aufgabenstellung und ihrer organisatorischen Stellung ergeben?‘“

Antwort: „Die Bundesregierung teilt insoweit nicht die Auffassung des Bundesrechnungshofes.“

Es ist zwar zutreffend, daß einzelne Verwaltungsgerichte in Zweifel gezogen haben, ob der Errichtungserlaß vom 25. August 1953 eine ausreichende Rechtsgrundlage, insbesondere für Disziplinarverfahren gegen Helfer, sei. Es fehlt jedoch bislang an einer höchstrichterlichen Entscheidung.

Die Aufgaben des THW im Zivilschutz ergeben sich aus dem Errichtungserlaß in Verbindung mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968. Die Aufgaben des THW auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr im Frieden sind dagegen nicht bundeseinheitlich geregelt. Sie werden im Rahmen der Katastrophenschutzgesetze der Länder sowie auf der Rechtsgrundlage von Verträgen mit den Ländern und Kommunen und als Amtshilfe wahrgenommen. Eine Umfrage bei den Ländern hat ergeben, daß sich insoweit keine Schwierigkeiten der Zusammenarbeit ergeben haben.

Die seit knapp zwei Jahrzehnten praktizierte Verbindung des THW mit dem Bundesamt für Zivilschutz ist von Anfang an nicht ohne Probleme gewesen. Durch die im Jahre 1984 verfügte Neuordnung ist jedoch das Verhältnis zwischen Bundesanstalt THW und Bundesamt für Zivilschutz wesentlich verbessert worden.“

Frage: „Wie gedenkt die Bundesregierung die im Prüfbericht des Bundesrechnungshofes über das Technische Hilfswerk (THW) aufgezeigten Schwachstellen zu beseitigen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls gewillt, die Aufgaben des THW den anderen Hilfsorganisationen zu übertragen?“

Antwort: „Die Bundesregierung beabsichtigt, zur Herstellung eines ‚Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes – (KatSErgG)‘ die Rechtsstellung und die Aufgaben des THW gesetzlich zu regeln. Darüber hinaus wird z. Zt. geprüft, ob weitere Änderungen im Verhältnis zwischen Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und Bundesamt für Zivilschutz notwendig sind. Die Bundesregierung beabsichtigt allerdings nicht,

die Aufgaben des THW anderen Hilfsorganisationen zu übertragen. Nach Ansicht der Bundesregierung ist derzeit keine andere Hilfsorganisation ohne weiteres in der Lage, die Aufgaben des THW wahrzunehmen.“

Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Lutz (SPD) antwortete Staatssekretär Spranger wie folgt:

Frage: „Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Technische Hilfswerk in seiner gegenwärtigen Struktur der Forderung nach einem wirtschaftlichen und leistungsstarken Katastrophenschutz gerecht wird?“

Antwort: „Die Bundesregierung ist der Meinung, daß das Technische Hilfswerk in seiner gegenwärtigen Struktur der Forderung nach einem wirtschaftlichen und leistungsgerechten Katastrophensch-

schutz gerecht wird. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist ein unverzichtbarer Bestandteil des erweiterten Katastrophenschutzes.“

Das THW ist vor allem der Träger von zwei wichtigen Fachdiensten, dem Instandsetzungsdienst und dem Bergungsdienst. Mit rd. 56 000 Helfern stellt es einen wesentlichen Teil des erweiterten Katastrophenschutzes, der vom Bund für den Verteidigungsfall vorgehalten und finanziert wird. Die Leistungsfähigkeit des THW wird im In- und Ausland anerkannt; sie ist in einer Vielzahl von Einsätzen unter Beweis gestellt worden.

Da die Einheiten des THW unter dem Gesichtspunkt der Mehrfachnutzung auch den Ländern und Gemeinden für Hilfeleistungen im Frieden zur Verfügung stehen, leistet der Bund durch das Vorhalten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zugleich einen wichtigen und wirtschaftlich bedeutsamen Beitrag für den Katastrophenschutz der Länder. Die Länder haben wiederholt nach friedensmäßigen Einsätzen wie beispielsweise bei dem diesjährigen Frühjahrshochwasser zum Ausdruck gebracht, daß die Bewältigung der Katastrophen entscheidend von der Mitwirkung des THW abhänge.“

Frage: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrechnungshofes, daß die interne Gliederungs- und Prozeßstruktur im Technischen Hilfswerk Schwachstellen aufweise, die unnötige Kosten verursache, eine sachgerechte Organisation behindere und die Arbeit erschwere?“

Antwort: „Gliederung und Prozeßstruktur der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, die mit ihren rd. 56 000 Helfern die größte nachgeordnete Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesminister des Innern ist, bedürfen einer ständigen Überprüfung. Zwar teilt die Bundesregierung nicht die Beurteilung, daß es sich bei den vom BRH aufgezeigten Defiziten um schwerwiegende Schwachstellen handelt, sie wird jedoch die Empfehlungen des BRH in ihre laufenden Bemühungen um eine Verbesserung der Verwaltungsabläufe im THW einbeziehen.“

Auf die Frage des Bundestagsabgeordneten Wartenberg, Berlin



Millionen-Brand in Chemiefabrik

Ein Großbrand in Goch (Kreis Wesel) verursachte einen Sachschaden in Höhe von mehreren Millionen Mark. Verletzt wurde niemand.

Beim Umfüllen von fast 25 000 Litern Industrie-Alkohol hatte ein Tankwagen aus noch ungeklärten Gründen Feuer gefangen. In den vier völlig zerstörten Produktionshallen der Firma, die Reinigungsmittel und Pflanzendünger herstellt, verbrannten Laugen und Säuren. Die riesige, übelriechende Rauchwolke enthielt keine gefährliche Konzentration gesundheitsgefährdender Stoffe, so die Feuerwehr.

In einer benachbarten Lagerhalle einer Lebensmittel-fabrik wurden Kartoffelprodukte im Wert von rund drei Millionen Mark ein Raub der Flammen.

Zur Bekämpfung des Großbrandes waren Feuerwehreinheiten aus einem Umkreis von 50 Kilometern im Einsatz.

(Foto: dpa)

(SPD) antwortete Staatssekretär Spranger wie folgt:

Frage: „Welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der Feststellung des Bundesrechnungshofes zu ziehen, daß die Ausgaben des Bundes für das Technische Hilfswerk (THW) in Höhe von 160 Millionen DM (1987) erhebliche Zweifel an der richtigen Gewichtung des Mitteleinsatzes im Zivilschutz aufkommen lassen und bis zu 40 Millionen DM jährlich gespart werden könnten, wenn die derzeitigen Aufgaben des THW von anderen Organisationen wahrgenommen würden?“

Antwort: „Die Bundesregierung teilt nicht die Zweifel des Bundesrechnungshofes an der richtigen Gewichtung des Mitteleinsatzes im Zivilschutz. Die im Haushaltsplan 1988 veranschlagten Gesamtkosten für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk betragen 138,7 Millionen DM, das sind rd. 17 % der für die zivile Verteidigung im Bereich des Bundesministers des Innern in Höhe von insgesamt 805,3 Millionen DM veranschlagten Mittel. Bei der Bewertung der Ausgaben für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist zu berücksichtigen, daß das THW mit seinen 56 000 Helfern einen wesentlichen Teil der Gesamtstärke des erweiterten Katastrophenschutzes stellt.

Die Aufrechterhaltung der beiden Fachdienste Bergungsdienst und Instandsetzungsdienst setzt die Existenz der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk voraus. Jede Umverteilung der Mittel würde zu einer Schwächung dieser beiden Fachdienste führen, die für den Verteidigungsfall unerlässlich sind und für die nicht auf friedensmäßige Einheiten der Länder zurückgegriffen werden kann.

Andere Organisationen sind nicht ohne weiteres in der Lage, die Trägerschaft für die beiden erwähnten Fachdienste zu übernehmen. Im übrigen erscheint es zweifelhaft, ob durch einen Wechsel der Trägerschaft bei unveränderter Aufgabenwahrnehmung Kosten eingespart werden können. Länder und Kommunen werden nicht bereit sein, die zusätzlichen Belastungen ohne einen Kostenausgleich zu übernehmen. Der Bund müßte vielmehr die entstehenden Perso-

nal- und Verwaltungskosten als Zweckausgaben im Sinne des Art. 104a Abs. 5 GG in voller Höhe erstatten.“

Glückwünsche des Bundesinnenministers zum 75jährigen Bestehen der DLRG

Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, übersandte aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft an den Präsidenten der DLRG, Jochen Bartholdt, folgendes Schreiben:

„Zum 75jährigen Bestehen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft übermittle ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche.

Die DLRG zählt mit ihren bundesweit rund 470 000 Mitgliedern nicht nur zu den großen gesellschaftlichen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, sie ist zugleich auch die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt.

Bei ihrer Gründung im Jahre 1913 hatte sie sich u. a. die Aufgabe gestellt, Menschen vor dem Ertrinken zu retten und sich für eine gründliche Ausbildung im Schwimm- und Rettungswesen einzusetzen. Diese Aufgabe hat die DLRG bisher in hervorragender Weise erfüllt, wie ihre Leistungsbilanz zeigt:

Seit ihrer Gründung konnten 275 000 Menschen vor dem nasen Tod gerettet werden; rund 27 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden zu Schwimmern und Rettungsschwimmern ausgebildet. Auf diese Erfolge kann die DLRG mit Recht stolz sein. Sie hat sich mit ihren großartigen Leistungen sowohl einen festen Platz im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik Deutschland als auch internationale Anerkennung und Achtung erworben. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne den vorbildlichen und selbstlosen Einsatz der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer. Es ist erfreulich festzustellen, mit welchem Engagement vor allem jugendliche Helfer ihre uneigennützte Arbeit

in der Schwimmausbildung und an den Rettungsstationen bewältigen. Allen, die dazu beigetragen haben, übermittle ich Dank und Anerkennung für ihren Dienst an der Gemeinschaft.

Gemeinsam mit anderen humanitären Organisationen gibt die DLRG ein Beispiel, wie Gemeinnützigkeit und Humanität anschaulich gelebt, wie selbstgewählte Pflicht und Hilfsbereitschaft tätig wirksam werden können.

Angesichts der wichtigen humanitären und gesellschaftspolitischen Aufgaben der DLRG darf ich Ihnen versichern, daß mein Haus Ihre Arbeit im Rahmen der Zuständigkeiten und gegebenen finanziellen Möglichkeiten auch in Zukunft unterstützen wird.

Ich wünsche der Jubiläumsveranstaltung einen harmonischen Verlauf und der Arbeit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft weiterhin viel Erfolg.“

Gemeinsame Übung in Ahrweiler

Eine gemeinsame Übung führte Einheiten der Feuerwehr Siegen, des Deutschen Roten Kreuzes sowie des Technischen Hilfswerkes in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler durch. An dieser „verlagerten Standortausbildung“ für Katastrophenschutzkräfte nahmen insgesamt über 80 Personen teil.

Ausgangspunkt war das Katastrophenschutzzentrum in Siegen, von wo sich die Kolonne mit insgesamt 18 Fahrzeugen über die Autobahn Richtung Ahrweiler in Marsch setzte. Dort wurden die Einsatzkräfte noch am Abend über den groben Ablauf der Übung unterrichtet und bekamen die Unterkünfte zugeteilt.

Am nächsten Tag stand die praktische Arbeit ganz im Mittelpunkt. Während der Übung waren unterschiedliche Schadensfälle vorgegeben worden. So standen die Simulation einer Explosion in einem radiologischen Institut, das Spüren und Erkunden bei Gefahrgut-Unfällen sowie der Aufbau einer Dekontaminationsstelle für Personen und Geräte auf dem „Programm“.

„Mit dieser Übung sollte die Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste vertieft werden“, so Zugführer Dietmar Völker. Im Anschluß konnten die Teilnehmer die Räume und Einrichtungen der Katastrophenschutzleitung besichtigen, wo ein Fachlehrer einen kurzen Einblick über die Arbeitsweise einer solchen Einsatzleitung gab.

Museum begrüßt 10 000. Besucher

Am 6. September konnte im Deutschen Feuerwehr-Museum der 10 000. Besucher seit der Wiedereröffnung im Juni begrüßt werden. Frau Heike Bütow, eine junge Angestellte aus Darmstadt, freute sich sehr über den Blumenstrauß, den ihr Museumsleiter Dr. Wolf mit den herzlichsten Glückwünschen zu diesem Ereignis überreichte. Der Ehrengast zeigte als passives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Darmstadt großes Interesse an den vielen historischen Exponaten des Deutschen Feuerwehr-Museums. Zusammen mit ihrem Begleiter Michael Hocke folgte Frau Bütow aufmerksam den Erklärungen bei der Sonderführung durch die Ausstellungshallen. Den beiden gefiel es so gut, daß sie versprochen, gerne wiederkommen.

Das Foto zeigt den Ehrengast in einem Löschfahrzeug von 1943, rechts Museumsleiter Dr. Wolf.



Bundesinnenministerium legt Referentenentwurf vor

Der am 14.9.1988 vom Bundesinnenministerium vorgelegte Referentenentwurf zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften enthält Ergänzungen und Fortschreibungen des geltenden Rechts, über deren Notwendigkeit grundsätzliche Einigkeit mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Organisationen und Verbänden besteht. Die mündliche Anhörung ist für Ende Oktober und die Beschlußfassung im Bundeskabinett für November vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben bereits die geplante Fortschreibung des Katastrophenschutzrechts ausdrücklich begrüßt.

Hierzu erklärte Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger: „Der vorgelegte Referentenentwurf geht von dem einheitlichen Katastrophenschutzsystem von Bund und Ländern aus, das sich grundsätzlich bewährt hat. Sein besonderer Vorteil liegt in der Flexibilität. In diesem Rahmen betragen die jährlichen Aufwendungen des Bundes für den erweiterten Katastrophenschutz rund 355 Millionen DM.

Der Referentenentwurf nimmt Rücksicht auf dringlich erneuerungsbedürftige Regelungen und schließt bisher vorhandene Ge-

setzeslücken. Hierbei hat erfreuliche Übereinstimmung zwischen den für den Katastrophenschutz Verantwortlichen bestanden. Für Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann ist es bedeutsam, daß sich die Koalition auf diesem wichtigen Gebiet der Innenpolitik als handlungsfähig erwiesen hat.

Der Entwurf enthält vor allem folgende Verbesserungen und Schwerpunkte:

① Die Mitwirkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz wird erstmals umfassend gesetzlich geregelt. Dabei wird die Stellung der Organisationen gestärkt. Sie nehmen ihre Aufgaben in eigener Verantwortung wahr, der Staat beschränkt sich auf eine Aufsicht und auf die Führung der Einheiten im Einsatz. Die Organisationen sind mit mindestens einem Vertreter im Katastrophenschutzstab vertreten. Die Organisationen erhalten ein Mitspracherecht bei allen Regelungen sowie einen Anspruch auf Finanzierung ihrer Aufgaben im Katastrophenschutz durch den Bund.

② Die Katastrophenschutzgesetze der Länder enthalten heute bereits die Möglichkeit, jedermann zur Hilfeleistung zu verpflichten. Diese Möglichkeit soll

auch für den erweiterten Katastrophenschutz geschaffen werden. Sollten deshalb in einem Einsatzfall den Organisationen zusätzliche besonders fachkundige Helfer fehlen, können Männer über 18 Jahre, die nicht zum Dienst in den Streitkräften herangezogen werden, den Organisationen als Helfer zugewiesen werden. Vorrang hat jedoch nach wie vor der Grundsatz der Freiwilligkeit. So lange genügend freiwillige Helfer zur Verfügung stehen, darf deshalb von der Ermächtigung kein Gebrauch gemacht werden.

③ Die Kommunen werden verpflichtet, in enger Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern und ärztlichen Standesorganisationen die erforderliche Planung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in einem Krisenfall vorzunehmen.

④ Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Dabei bleiben Aufgaben und Organisation des THW unverändert. Eine Mitwirkung im friedensmäßigen Katastrophenschutz soll wie bisher als Amtshilfe, d. h. auf Anforderung der zuständigen Landesstellen, möglich sein.

⑤ Der Bundesverband für den Selbstschutz – eine rechtsfähige

Körperschaft des öffentlichen Rechts – soll in eine unselbständige Bundesanstalt umgewandelt werden. Damit soll der finanziellen und politischen Verantwortung des Bundes für die Information der Bevölkerung Rechnung getragen werden.

⑥ Beim Bundesminister des Innern wird ein Beirat gebildet, dem Vertreter der Länder, der kommunalen Spitzenverbände, der Organisationen, der Bundesärztekammer, der Berufsverbände sowie der Deutschen Krankenhausesellschaft angehören. Der Beirat soll den Bundesminister des Innern in Fragen des Katastrophenschutzes beraten.

⑦ Das Beamtenrecht soll den Erfordernissen des Verteidigungsfalles angepaßt werden. Beamte sollen im Verteidigungsfall nicht mehr einseitig aus ihrem Dienstverhältnis ausscheiden können. Sie werden verpflichtet, auch nicht laufbahngerechte Aufgaben zu übernehmen und Abordnungen zu leisten. Da entsprechende Regelungen bereits auf der Grundlage des Arbeitssicherstellungsgesetzes für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst getroffen werden können, enthält diese Regelung eine notwendige Gleichbehandlung.“

Über 8 000 Besucher beim „Tag der offenen Tür“

Unter dem Motto „Was passiert, wenn was passiert“ zeigten die Essener Katastrophenschutzorganisationen – Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft – ihren Leistungsstand.

Im Rahmen von Einsatzvorführungen zeigten die Organisationen, wie Verletzten geholfen wird, das Bergen aus Höhen und Tiefen, den Umgang mit Rettungsgeräten sowie die Brandbekämpfung.

Für den Einsatz stehen in Essen 159 Fahrzeuge zur Verfügung. Im Katastrophenschutz wirken 2262 freiwillige Helfer mit. Zwei Katastrophenschutzzentren mit Unterkünften, Garagen und Einrichtungen für die Wartung und Pflege der Fahrzeuge sowie zwei Führungsstellen, verteilt auf das südliche und nördliche Stadtgebiet, zählen zu den Einrichtungen des Katastrophenschutzes in Essen.

Foto: Essens Oberbürgermeister Peter Reuschenbach (links) verfolgt die Vorführungen der Rettungshunde. (Foto: Spilker)





Ehrung für langjähriges Engagement

Gerd Köster, Katastrophenschutz Helfer der Stadt Neumünster, wurde durch den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein die Ehrennadel des Landes für „langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit“ verliehen. Innenminister Professor Dr. Bull überreichte die Auszeichnung in Anwesenheit des zuständigen Dezernenten der Stadt Neumünster,

Stadtrat Klamt, und weiterer Führungskräfte in Kiel.

Gerd Köster ist seit 1962 für den Katastrophenschutz in Neumünster tätig. Erst als Truppführer und ab 1976 als Zugführer des Fernmeldezuges, einer Regieeinheit des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr, setzte er sich mit viel Engagement für den Aufbau, die Ausbildung und den Einsatz dieser Einheit ein. Seit 1984 übt er das Amt des Fachberaters für den gesamten Fernmeldedienst aus, zu dem in Neumünster auch eine Fernmeldezentrale des Hauptverwaltungsbeamten gehört.

Neumünsters Oberbürgermeister Pröpper als Verantwortlicher für den Katastrophenschutz der Stadt hat Gerd Köster ebenfalls seinen Dank und Anerkennung für seine bisherigen Leistungen ausgesprochen.

Das Foto zeigt Innenminister Prof. Dr. Bull (links) bei der Ehrung von Gerd Köster.

(Foto: Stiehm)

Krisenmanagement KOSMOS 1900 im Bundesinnenministerium

Nach Informationen der UdSSR vor dem UN-Weltraumausschuß im Juni 1988 war der im Dezember 1987 gestartete sowjetische Ozeanüberwachungssatellit Kosmos 1900 wegen des Ausfalls der Funkverbindung nicht mehr steuerbar. Sein Absturz auf die Erde war nach Angaben der Sowjetunion für Oktober/November 1988 zu erwarten.

Dieser Satellit war von der gleichen Bauart wie Kosmos 954 und Kosmos 1402, die, ebenfalls manövrierunfähig geworden, 1978 bzw. 1983 auf die Erde abstürzten. Kosmos 954 ging über Kanada nieder und gefährdete mit seinen radioaktiven Trümmern ein Gebiet von mehreren tausend Quadratkilometern. Deshalb konnte nun nicht völlig ausgeschlossen werden, daß mit dem Absturz von Kosmos 1900 eine Gefährdung durch radioaktive Trümmer verbunden sein würde. Dabei war es jedoch höchst unwahrscheinlich, daß die Bundes-

republik Deutschland davon betroffen sein würde.

Nach sowjetischen Angaben sollte in etwa 100 bis 120 km Höhe durch eine automatische Einrichtung des Satelliten der Reaktorteil mit ca. 30 kg angereichertem Uran abgesprengt und in eine Höhe von ca. 800 km geschossen werden, wo er für mehrere Jahrhunderte verbleibt. Aber nach den genannten Fällen Kosmos 954 und 1402 konnte die Funktionsfähigkeit dieser Automatik nicht als sicher angenommen werden.

Unter der Leitung der ständigen Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen im BMI wurde daher eine Arbeitsgruppe einberufen. Grundlage waren die „Empfehlungen der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe Weltraumunfälle“ vom 18. April 1979.

Beteiligt am Krisenmanagement waren:

Bundesministerium des Innern mit Bundesamt für Zivilschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesgrenzschutz und die Forschungsgesellschaft für angewandte Naturwissenschaften.

Aufgaben des Krisenmanagements:

Hilfsorganisationen gründen Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe

Jedes Jahr werden ca. 2 Millionen Bundesbürger in Erster Hilfe und in Sofortmaßnahmen am Unfallort ausgebildet, um im Notfall Leben retten zu können. Die ständig wachsenden Anforderungen an die Ausbildung in medizinischer und pädagogischer Hinsicht führten kürzlich zu einer neuen Initiative der vier ausbildenden Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst.

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Präsidenten dieser Organisationen schloß man sich zu einer Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe zusammen, um die bereits praktizierte Zusammenarbeit weiter auszubauen und noch effizienter zu gestalten. Ziel dieser Bundesarbeitsgemeinschaft ist es, Anregungen und Anstöße für die weitere Entwicklung der Erste-Hilfe-Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zu geben, sei es nun in grundsätzlichen Fragen der Ausbildung, aber auch in Fragen der Aufklärung, der Organisation, der Finanzierung oder anderer Rah-

menbedingungen. In einer ersten Sitzung dieses Gremiums wurde vor kurzem u.a. gefordert, daß die Erste-Hilfe-Ausbildung verpflichtend in den Schulunterricht aufgenommen werden soll.

Mit dieser Bundesarbeitsgemeinschaft gibt es nun erstmals ein geeignetes Forum, um u.a. medizinische Fragestellungen mit aktuellen erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen zu verknüpfen und für die praktische Umsetzung umfassend abgestimmte Empfehlungen zu erarbeiten. Hierbei ist es von besonderem Vorteil, daß in der Bundesarbeitsgemeinschaft auch zahlreiche andere Institutionen „an einem Tisch“ vertreten sind, die sich auch verantwortlich mit Fragen der Ersten Hilfe befassen.

Bei ihrer Entscheidungsfindung wird die Bundesarbeitsgemeinschaft insbesondere auch durch ärztlich/wissenschaftliche Empfehlungen des Deutschen Beirates für Erste Hilfe und Wiederbelebung unterstützt, der bei der Bundesärztekammer eingerichtet wurde und in dem die vier Hilfsorganisationen ebenfalls entsprechend vertreten sind.

● Sicherstellung der fortlaufenden Satellitenbeobachtung, Auswertung der Datenbanken und Erstellung von Absturzprognosen.

● Erschließung, Bereitstellung und Organisation der Hilfspotentiale des Bundes (z. B. für Strahlendetektion und Trümmersuche aus der Luft).

● Umfassende Information der Länder und der Nachbarstaaten.

● Information der Bevölkerung durch Fernsprechanagedienst (BMI und BMU).

● Erfassung der von den Ländern getroffenen Vorkehrungen der Gefahrenabwehr.

Das Krisenmanagement war durch das ständig besetzte Lagezentrum des BMI technisch und personell abgestützt.

Nach den Beobachtungen am 29. September 1988 war der Absturz für den 5. Oktober ± zwei Tage prognostiziert.

Am 30. September 1988, ca. 22.00 Uhr in einer Höhe von ca. 170 km trennte sich der Reaktorteil des Satelliten automatisch vom Systemteil und wurde in eine Umlaufbahn von ca. 730 km Höhe geschossen. Der Systemteil verglühte am 1. Oktober 1988 über Afrika.

Am 1. Oktober 1988, 7.24 Uhr, konnte der Bundesminister des Innern als Erster die Bundesressorts, die Länder und Nachbarstaaten darüber informieren und damit die Rücknahme aller Alarmplanungen im In- und Ausland auslösen.



Gut funktionierender Chemieschutz im Kreis Offenbach

Schon seit längerer Zeit befassten sich die drei Stützpunktfeuerwehren des Kreises Offenbach, Neu-Isenburg, Rödermark/Ober-Roden und Hainburg/Klein-Krotzenburg mit dem Problem eines wirkungsvollen Chemieschutzes für den gesamten Kreis Offenbach. Verschiedene Schadensereignisse in den letzten zwei Jahren (Chemieunfälle auf der Autobahn, Tankwagenunfall in Rödermark/Urberach) haben deutlich gemacht, daß bei solchen Großschadenslagen mehrere Feuerwehren auf dem Gebiet des Chemieschutzes zusammenarbeiten müssen. Alle drei Feuerwehren sind mit Gerätewagen zur Bekämpfung von Chemieunfällen ausgerüstet. Zusätzlich ist in Hainburg der ABC-Zug des Kreises Offenbach stationiert.

Um nun die Zusammenarbeit der Chemieschutzeinheiten der Feuerwehr mit dem ABC-Zug zu trainieren, wurde der Ernstfall am Feuerwehrstützpunkt in Hainburg/Klein-Krotzenburg erprobt. Die Zusammenarbeit zwischen dem ABC-Zug und den Einheiten der Feuerwehr sollte bei dieser Übung demonstriert werden und Denkanstöße für Vertreter anderer Kreise im Regierungsbezirk Darmstadt gegeben werden.

Angenommen worden war ein Unfall eines Lastkraftwagens, der mit 200-Liter-Fässern einer Chemikalie, die giftige und ätzende Dämpfe entwickelte, beladen war. Mehrere Fässer schlugen leck. Die Feuerwehr Rödermark/

Ober-Roden hatte die Aufgabe, die austretende Chemikalie aufzufangen und die Lecks abzudichten. Die Feuerwehr Neu-Isenburg mußte die Kanaleinläufe abdichten, die Chemikalie umpumpen und entsprechende Behälter zur Aufnahme der Chemikalie bereitstellen.

Da die giftigen und ätzenden Dämpfe Richtung bebautes Wohngebiet zogen, hatten die Ortsteilfeuerwehren Hainburgs die Aufgabe, eine Wasserwand zu bilden, um die wasserlöslichen Dämpfe unschädlich zu machen. Die Arbeiten am Unfallfahrzeug mußten mit Chemievollschutzanzügen ausgeführt werden. Der ABC-Zug des Kreises Offenbach mußte einen Dekontaminationsplatz (Foto) einrichten, wo die Möglichkeit der Reinigung der Vollschutzanzüge und der eingesetzten Geräte sowie das Umkleiden der Einsatzkräfte in einem beheizten Zelt gegeben waren.

Studie zeigt Stellenwert von Bundeseinrichtungen auf

Seit 1984 führt das „Institut für praxisorientierte Sozialforschung“ (ipos) jährlich eine Studie „Einstellung zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ durch. Ziel der Studie ist es, festzustellen, inwieweit aktuelle Haltungen zu innenpolitischen Problemen in Einklang mit grundlegenden, längerfristigen Orientierungen der Bevölkerung stehen. Die nunmehr bestehende Zeitreihe von fünf Untersuchungen macht es möglich, Aussagen über Konsi-

stenz und Wandel bestimmter Einstellungen zu machen.

Unter dem Oberbegriff „Politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen“ wurde wie bereits in den Vorjahren neben dem Vertrauen in Einrichtungen des öffentlichen Lebens auch die Wichtigkeit von einigen Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern erfragt. Insgesamt wurden sieben Einrichtungen des Bundes erfaßt.

Als wichtigste unter den sieben Einrichtungen des Bundes wird das Bundeskriminalamt angesehen. Diese Position hat das

Amt seit Beginn der Befragungen im Jahre 1984, allerdings mit einer leicht abfallenden Tendenz bei den Einstufungen. Danach zeichnet sich eine Gruppe von Institutionen ab, die für etwa gleich wichtig gehalten werden, nämlich der Verfassungsschutz, der Bundesbeauftragte für Datenschutz und der Bundesgrenzschutz. Mit etwas Abstand folgt dann das Bundesamt für Zivilschutz. Die geringste Wichtigkeit innerhalb dieser sieben vorgegebenen Einrichtungen wird dem Statistischen Bundesamt und der Bundeszentrale für politische Bildung beigemessen.

Termine

Das Haus der Technik e. V., Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 4300 Essen 1, Postfach 10 15 43, Hollestr. 1, Telefon 02 01/18 03-1, führt in der Zeit vom **25.-26. 1. 1989** die Fachveranstaltung **„Brandschadenverhütung für EDV-Anlagen/Rechenzentren, Schalt- und Meßwarte“**, Leitung: Brandschutzing. B. Knepper, durch.

.....

Ein Seminar für Führungskräfte der Feuerwehren unter dem Titel **„Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“** findet vom 14. bis 17. März 1989 bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH in Neuherberg statt.

Aufgrund der Erfahrungen der letztjährigen Seminare und der Befragung der Teilnehmer dieser Seminare ist als Themenkatalog zur Zeit vorgesehen:

- Verhalten bei Unfällen mit Explosivstoffen
- TUIS; Einsatzerfahrungen, Ausrüstung
- Strahlenschutz für Feuerwehren, Neuerungen
- Einsatzfahrzeuge für „Gefahrgut-Unfälle“
- Einsatzerfahrungen, Berichte mit Diskussionen

Dem Seminar ist eine Demonstration von Atemschutzgeräten, Schutzkleidung, Gas- und Zündgrenzenmeßgeräten, Strahlenschutzsondernausrüstung sowie besonderen Geräten für den Einsatz mit chemischen Gefahrgütern angeschlossen.

Neben Führungskräften der Feuerwehren und der Landesdienststellen für den Brand- und Katastrophenschutz können – soweit freie Plätze zur Verfügung stehen – auch Angehörige der Polizei, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes teilnehmen.

Für Rückfragen steht Herr Bernd Hildebrand, GSF-Feuerwehr, Ingolstädter Landstraße 1, 8042 Neuherberg, Tel.: 089/31 87-22 33, zur Verfügung.

.....

Für Gerätewarte der Feuerwehren bietet die Drägerwerk AG, Lübeck, **Gerätewartlehrgänge** an. Inhalt dieser fünftägigen Lehrgänge ist schwerpunktmäßig die Wartung und Instandhaltung von Dräger-Atemschutzgeräten (Preßluftatmer, Sauerstoff-Schutzgeräte und Prüfgeräte). Die Seminare werden wöchentlich im Lübecker Stammwerk, in den Dräger-Niederlassungen, aber auch auf Wunsch bei Kunden durchgeführt.

Informationen dazu sind abzurufen bei: Drägerwerk Aktiengesellschaft, DrägerService Sicherheitstechnik, Technische Ausbildung, Moislinger Allee 53-55, 2400 Lübeck 1, Tel.: 04 51/8 82 32 97.

ADAC-Präsident Franz Stadler 75 Jahre

Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, übersandte dem Präsidenten des ADAC, Franz Stadler, zum 75. Geburtstag folgendes Schreiben:

„Zu Ihrem 75. Geburtstag gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Ich wünsche Ihnen weiterhin Glück und Erfolg, Gesundheit und Freude an Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.“

Als langjähriger Präsident des ADAC haben Sie sich nicht nur für die Interessen der ADAC-Mitglieder, sondern auch für die Belange aller Verkehrsteilnehmer immer wieder erfolgreich eingesetzt. Besonders haben Sie sich den Problemen der Verkehrssicherheit und der Rettung Schwerverletzter gewidmet. Viele Verbesserungen auf diesem Gebiet, wie zum Beispiel die bundesweite Einführung der Notrufnummer, sind wesentlich Ihrem unermüdligen Engagement zu verdanken.

Als wichtigen Teil Ihres Lebenswerks dürfen Sie mit Stolz die Luftrettung in der Bundesrepublik Deutschland betrachten. In enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, privaten Trägern und dem ADAC ist es trotz vielfacher Schwierigkeiten gelungen, bundesweit ein dichtes Luftrettungsnetz aufzubauen. Ohne Ihren beharrlichen Einsatz wäre dies kaum möglich gewesen. Heute ist die Luftrettung, die inzwischen vielen Menschen das Leben gerettet hat, bei uns nicht mehr wegzudenken.

Hierfür und für die gute Zusammenarbeit zwischen dem ADAC und meinem Haus danke ich Ihnen sehr herzlich.“

Fernmelder feierten 25. Geburtstag

Mit einem Festball schloß die Feier anlässlich des 25jährigen Bestehens des Fernmeldedienstes der Stadt Neumünster. Begonnen hatte der Festtag am Morgen mit einer Präsentation der Ausstattung und Vorführungen der Möglichkeiten der Regieeinheit. Bis zum Nachmittag nahmen zahlreiche Bürger die Gelegenheit wahr, sich über die Arbeit der 37 Helfer

und Helferinnen des Fernmeldedienstes zu informieren.

In seinem Grußwort forderte der für den Katastrophenschutz zuständige Dezernent Hatto Klamt, alles für die Bestandsicherung der Einheiten zu tun. Christian-Friedrich Peter, der stellvertretende Stadtpräsident, bezeichnete den Einsatz der Helfer als unersetzlich und dankte für die erbrachten Leistungen.

Dank für Pionierarbeit

Seit über 20 Jahren ist Hans Kiebler Führungskraft im Katastrophenschutz und seit 1974 leitet er die von ihm gegründete ARKAT Baden-Württemberg. Auch die Gründung von drei weiteren Landesverbänden geht auf seine Initiative zurück. Seit 1985 ist Kiebler Vorsitzender der „ARKAT-BUND“, die er ebenfalls gründete.

Auf der letzten Vorstandssitzung überreichte der stellvertretende Vorsitzende Dr. med. Otto Weise, Albstadt, im Namen des Landesverbandes dem Jubilar einen Zinnteller. Er betonte bei der Übergabe, daß Kiebler mit der Gründung der ARKAT Pionierarbeit geleistet habe.



Helferfest in Lehrte

Am 17. September 1988 fand das diesjährige Helferfest der Regieeinheit des Landkreises Hannover im Katastrophenschutz-Zentrum Lehrte statt.

Neben vielen Mitarbeitern des KatS-Zentrums fanden sich auch zahlreiche Ehrengäste ein, unter ihnen Kreisrat Udo Gresbrand als Vertreter des Landkreises Hannover.

Nach der Begrüßung durch Zentrumsleiter Rainer Ernst ehrte Kreisrat Gresbrand Gustav Kerber und Erhard Stellmann mit einer Urkunde für ihre 25jährige

Mitarbeit im Katastrophenschutz und ihren Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit.

Seit 1985 nicht mehr aktiv, aber dennoch 25 Jahre dem KatS-Zentrum verbunden sind Hermann Rust, Hans-Hermann Frehe und Jürgen Witte. Sie erhielten einen Präsentkorb.

Den Abschluß des offiziellen Teiles bildeten die Grußworte des 1. Vorsitzenden der ARKAT Niedersachsen e. V., Klaus-Dieter Kühn. Er wies darauf hin, daß nur allzu häufig vergessen wird, die Tätigkeit der Helfer, die sich zum „Nulltarif“ zur Verfügung stellen, entsprechend zu würdigen.

Unser Bild zeigt Kreisrat Gresbrand bei der Ehrung der Helfer.

Haus flog in die Luft

Nur ein Trümmerhaufen blieb von einem zweigeschossigen Wohnhaus im Kölner Stadtteil Porz übrig, nachdem sich im Keller eine Gasexplosion ereignet hatte. Durch umherfliegende Trümmer erlitten drei Passanten zum Teil schwere Verletzungen. Aus dem Nachbarhaus, das ebenfalls zur Hälfte zerstört wurde, konnte die Feuerwehr zwei eingeschlossene Bewohner leicht verletzt bergen.

Da in dem zerstörten Haus noch drei Personen vermißt wurden, mußten die Einsatzkräfte der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr den Trümmerkegel systematisch abtragen. Nachdem der Einsatz von Suchhunden des DRK keinen Hinweis auf Verschüttete gebracht hatte, kam nach mehreren Stunden Suche die Nachricht,

daß sich die Vermissten nicht im Hause befunden hatten.

Insgesamt waren an den Bergungs- und Aufräumarbeiten 120 Feuerwehrmänner beteiligt. Das Foto zeugt von der Wucht der

Explosion, die auch das Nachbarhaus (rechts) erheblich in Mitleidenschaft zog. Zum Zeitpunkt der Aufnahme wurde noch nach den Vermissten gesucht.

(Foto: Berufsfeuerwehr Köln)



Marineflieger machen „Öljagd“ auf der Nordsee

Die beiden bei der 2. Staffel des Marinefliegergeschwaders 5 in Kiel-Holtenau stationierten „Öl-Do's“ fliegen auf Erfolgskurs – die Ölverschmutzungen in der Nord- und Ostsee sind deutlich zurückgegangen. Diese positive Tendenz zeigt, daß diese Überwachungsflüge ein wirksames Mittel sind, der Belastung – vor allem der Nordsee – durch Ölverschmutzungen entgegenzuwirken. Etwa 600 Flugstunden pro Jahr absolvieren die als fliegende Überwachungssysteme zur Ortung von Ölverschmutzungen auf See ausgerüsteten zwei Dornier Do 28D-2 SKYSERVANT nach immer wechselnden Einsatzplänen über den Hauptschiffahrtswegen der Nord- und Ostsee.

Eine der Ursachen der Ölverschmutzungen ergibt sich auch heute immer noch aus der unzulässigen „Entsorgung“ ölhaltiger Betriebsstoffe oder Ladungsrückstände zum „Nulltarif“, die immer noch auf See praktiziert werden. Da die regelmäßige Überwachung des Meeres im Zeitraum der vergangenen Jahre immer wieder verbessert werden konnte und heute weitgehend unabhängig von der optischen Sicht bei Tag und Nacht und auch beim Fliegen über Wolkenschichten durchgeführt werden kann, ist sie für potentielle Verursacher nicht mehr berechenbar.

Durch die Katastrophen auf den Ölplattformen PIPER ALPHA und OCEAN ODYSSEY im Seegebiet östlich von Aberdeen vor der schottischen Küste, haben die Überwachungsflüge eine neue Dimension erhalten, weil der dabei zum Teil erhebliche Ölaustritt nach Katastrophen dieser Größenordnung in die sich linksdrehende Zirkulation des Nordseewassers gerät und dann mit anderen Schadstoffeintritten Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande nach einer gewissen Zeit auch die deutsche und dänische Küste erreichen.

Bedingt durch Wind und Strömung werden die ursprünglich zusammenhängenden Ölfelder während der langen Driftzeiten auseinandergerissen und treiben

dann als einzelne Ölfelder mit zum Teil unterschiedlichen Öldicken auf der Meeresoberfläche. Im Rahmen eines effizienten Einsatzes der zur Beseitigung dieser Verschmutzungen eingesetzten Geräte ist es notwendig geworden, zum Beispiel Bekämpfungsschiffe gezielt an große Ölfelder mit möglichst großer Ölschichtdicke heranzuführen, was großräumig nur mit Hilfe von Ölerkennungssensoren aus der Luft durchzuführen ist.

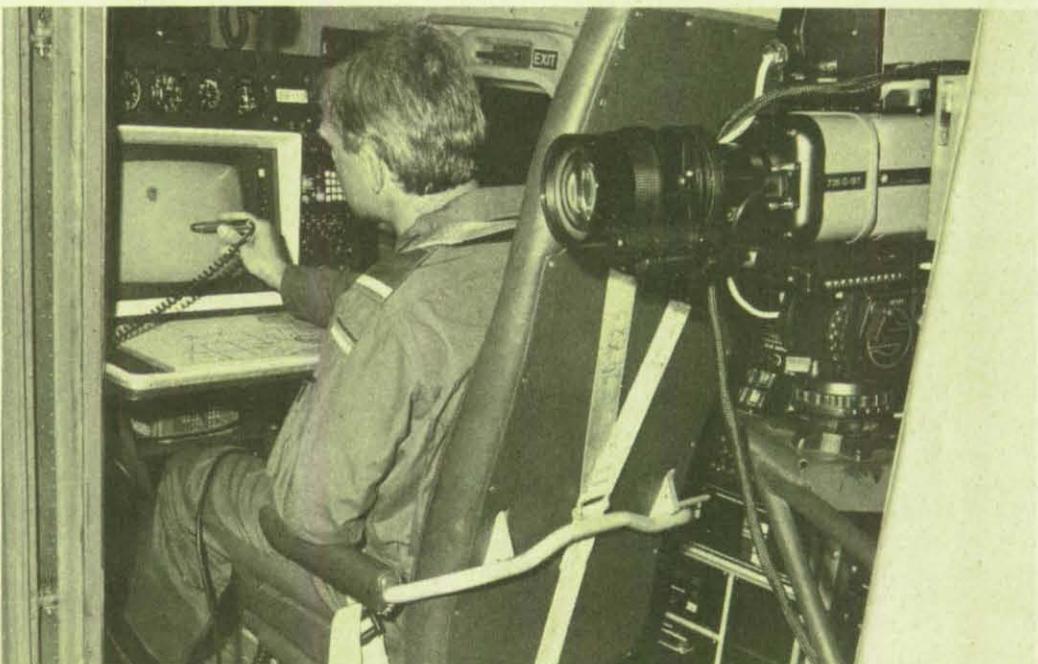
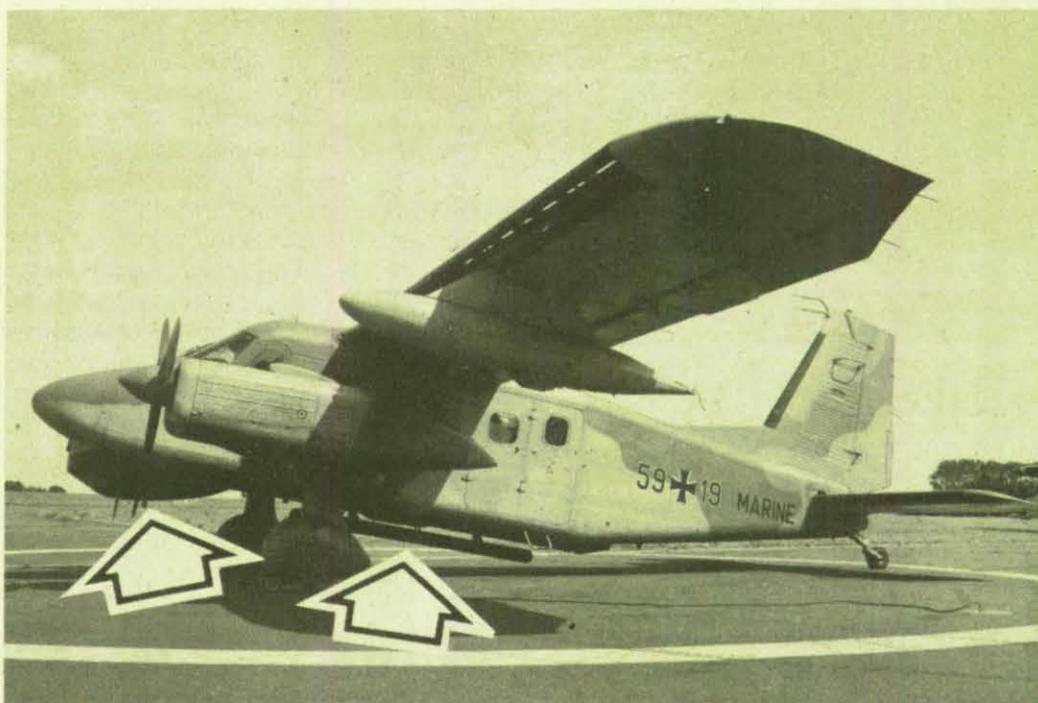
Die beiden „Öl-Do's“ mit ihrer heutigen Ausrüstung und mit den damit gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen versetzen die Marineflieger in die Lage, den gestellten Forderungen in allen Belangen der Früherkennung zur Verhinderung von Umweltkatastrophen an der deutschen Nordseeküste gerecht zu werden.

Unsere Bilder zeigen oben eine für die „Öljagd“ ausgerüstete DO 28 D-2. An der Unterseite des Flugzeuges erkennt man un-

ter der Nase das Radom für den Mikrowellenradiometer (linker Pfeil) und die SLAR-Antenne des Seitensichtradars für die Erkennung von Ölverschmutzungen (rechter Pfeil).

Bild unten: Der Suchoperator vor seinem Terminal an Bord des Flugzeuges sowie die schwenkbare TV-Kamera mit Lichtverstärker, die zur Identifizierung von Schiffen – auch bei Nacht – eingesetzt wird.

(Fotos und Text: Wegemann)



Information zum Thema Notfallvorsorge

Eintägiges Besuchsprogramm gab einen Einblick in das Gefahrenabwehrsystem der Bundesrepublik Deutschland

Am 14. Oktober 1988 besuchte eine hochrangige US-Delegation der Federal Emergency Management Agency (FEMA), Washington, unter der Leitung des Direktors, Julius W. Becton, das Bundesministerium des Innern, um sich über das System der Gefahrenabwehr in der Bundesrepublik Deutschland zu informieren. Staatssekretär Hans Neusel begrüßte die Gäste und hieß sie herzlich willkommen. Ein Informationsgespräch mit dem Leiter der Abteilung Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, sowie Ministerialrat Dr. Ewald Andrews, Ministerialrat Franz-Josef Löhrl und Oberregierungsrat Gerd Trautmann schloß sich an.

Das System im Überblick

In einem Kurzvortrag erläuterte Dr. Andrews den Bezugsrahmen und die wichtigsten Wesensmerkmale des Gefahrenabwehrsystems der Bundesrepublik Deutschland. Er zeigte u. a. die Entwicklung des öffentlichen Systems der Gefahrenabwehr in der Bundesrepublik auf, die in ein gemeinsames Vorsorge- und Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern unter Mitwirkung privater Hilfsorganisationen mündete.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages ging Dr. Andrews auf den Reaktorunfall von Tschernobyl ein. Damals sei in der Bundesrepublik eine großflächige, über alle Länder sich erstreckende radiologische Gefährdungslage entstanden. Dabei habe sich erstmalig gezeigt, daß es nicht ausreicht, in jedem Bundesland ein Katastrophenschutzgesetz für die Bewältigung von Katastrophenschutzaufgaben im Frieden und im Bund ein Gesetz für den Zivilschutz zu haben. Dieses Mosaik von Regelungen könne

derartige großflächige Gefährdungslagen nicht bewältigen. Das gemeinsame Hilfeleistungssystem wurde deshalb um eine Komponente ergänzt: Geschaffen wurde eine „Konzeption zur Optimierung des Krisenmanagement bei großflächigen Gefährdungslagen“.

Eine neue Konzeption

Dr. Andrews erläuterte den Gästen die vom BMI erarbeitete Krisenmanagement-Konzeption sowie die neugeschaffene interministerielle Koordinierungsgruppe, die im Ereignisfall einberufen wird und aus Vertretern der betroffenen Bundesressorts und der Länder besteht. Diese Koordinierungsgruppe habe lediglich die Aufgabe, in einem zügigen Abstimmungsverfahren zeitnahe und ereignisadäquate Entscheidungsvorschläge bzw. -alternativen zu erarbeiten. Außerdem sei im BMI eine ständige Koordinierungsstelle eingerichtet worden, die im Schadensfall Geschäftsstellenfunktion für die interministerielle Koordinierungsgruppe wahrnimmt und insbesondere die Aufgabe hat, außerhalb von aktuellen Gefahrenlagen bzw. Katastrophen die Risikolandschaft zu beobachten und laufend Initiativen bzw. Aktivitäten zu entwickeln, um das Gefahrenabwehrsystem zu optimieren. Das Ziel sei die Überführung des bestehenden „gemeinsamen Hilfeleistungssystems“ in ein „integriertes Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern“, so Dr. Andrews.

Zusammenarbeit über die Grenzen

Ein weiterer wesentlicher Integrationsfaktor sei die internationale Verflechtung, die



Begrüßung im Bundesinnenministerium (v. links): Staatssekretär Hans Neusel, FEMA-Direktor Julius W. Becton, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer und William Tidball, Chief of staff der FEMA.

aufgrund bilateraler Katastrophenhilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarn entstanden ist. Damit sei sichergestellt, daß eine Koordinierung der Abwehrmaßnahmen selbst bei Gefährdungslagen möglich ist, die über das Gebiet mehrerer Staaten hinausreiche, meinte Dr. Andrews zum Schluß.

Im Anschluß stellten sich die Gastgeber den Fragen der Delegationsmitglieder. Hierbei ergänzte und vertiefte Ministerialdirigent Wolfgang Beyer die vorangegangenen Ausführungen.

Besuch der KSB

Ein weiterer Punkt des Tagesprogramms war der Besuch der Katastrophenschutzschule des Bundes Bad Neuenahr-Ahrweiler. Hier begrüßte der Leiter der Schule, Ltd. Regierungsdirektor Norbert Krutzki, die amerikanischen Gäste.

Ein Vortrag gab den Delegationsmitgliedern einen Einblick in die Gliederung der Ausbildung im Katastrophen- und Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland sowie in den Auftrag und die Schwerpunkte der Schule. Anschließend besichtigten die Gäste die Übungsbefehlsstelle der KSB.

Zum Abschluß des eintägigen Informationsbesuchs fuhr die Delegation zum Ausweichsitz der Bundesregierung, wo Ministerialrat Franz-Josef Löhrl die Funktion und Ausstattung der Einrichtung erläuterte. Ein Rundgang schloß sich an. -güse-



Zu einem Gruppenfoto stellen sich die amerikanischen Gäste mit den Gastgebern.

(Fotos: Sers)

„Was war richtig, was falsch?“

Neue und ungewohnte Aufgaben für Einsatz- und Führungskräfte –
Verbesserungsvorschläge für künftige Einsätze

„... Auch die genaue nachträgliche Auswertung des Hochwassers vom März 1988 zeigt, daß ohne den Einsatz des Katastrophenschutzes die Hochwasserdeiche in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen an mindestens drei Stellen mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung gebrochen wären.“ Mit diesem Lob würdigte das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf im Resümee ihres Erfahrungsberichts anlässlich der schlimmsten Hochwasserkatastrophe seit Jahrzehnten entlang der Donau den vorbildlichen und unermüdlichen Einsatz der Hilfskräfte von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Bayerischem Roten Kreuz, Bundeswehr, Polizei, der Regieeinheiten und nicht zuletzt der Mitglieder der Katastrophenschutzleitungen des Landratsamtes Straubing-Bogen und der kreisfreien Stadt Straubing.

Inzwischen haben alle in der Schadensbekämpfung im Landkreis eingesetzten Organisationen und Behörden ihre Einsatzverfahren dem Landratsamt Straubing-Bogen mitgeteilt und in einigen Bereichen Verbesserungsvorschläge für künftige Einsätze gemacht. Die Beiträge fließen ein in einen Gesamt-Erfahrungsbericht des Landratsamtes, den Abteilungsleiter Regierungsrat Alexander Muthmann erstellt.

Wegen der generellen Bedeutung der nicht alltäglichen Einsatzerfahrungen für alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und mit dieser Aufgabe betrauten Behörden und Ämter, besuchte das „Zivilschutz-Magazin“ das Landratsamt in Straubing. Alexander Muthmann, für den Katastrophenschutz im Landkreis zuständig und einer der Leiter des doppelt besetzten Stabes der Katastrophenschutzleitung des

Landratsamtes, gab bereitwillig Auskunft über den Ablauf der umfassenden Hilfsmaßnahmen während des Hochwassers und die hieraus resultierenden Erfahrungen.

Gut vorbereitet

Die Führungsorganisation des Katastrophenschutzes im Landratsamt ist auf das bundeseinheitliche Modell einer Katastrophenschutzleitung nach der KatS-Dv 100 ausgerichtet. In der Katastrophenschutzleitung wirkten während des Hochwassereinsatzes wie in der Dienstvorschrift vorgesehen die Sachbereiche der eigenen Verwaltung des Amtes mit, die für die einzelnen Abwehrmaßnahmen zuständig sind sowie Vertreter anderer Behörden und Einrichtungen, deren Mitwirkung bei der Schadensbe-



Nach mehreren Dammbürchen überflutet die Donau einen rund 40 Quadratkilometer großen Landstrich. (Luftbildfreigrabe Nr. GS-300-66-88-B)



Der Dambruch bei Niederachdorf in der Nähe von Straubing. (Luftbildfreigabe Nr. GS-300-66-88-A)

kämpfung erforderlich war. So stellten die Feuerwehr, das THW, das BRK, die Polizei und die Bundeswehr im Stab Fachberater. Ständig anwesend waren auch Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf, denen bei der Abwehr der Hochwassergefahren eine besondere Bedeutung zukam.

Für die Leitung und Koordinierung der Abwehrmaßnahmen standen im Wechsel zwei voll ausgebildete Stäbe zur Verfügung. „Dies hat sich bestens bewährt“, sagt Alexander Muthmann. „Wir mußten somit bei der langen Einsatzdauer von fast einer Woche auf kein Personal zurückgreifen, das nicht mit der Stabsarbeit vertraut war.“

Die erste Flutwelle

Das Donauhochwasser kam in zwei Schüben. Schon zu Beginn der ersten Flutwelle bildete sich im Landratsamt ein kleiner Einsatzstab, dessen Mitglieder noch vom eigenen Schreibtisch aus agierten. Als erstes wurden die gefährdeten Gemeinden kurzfristig zu einer Besprechung eingeladen. Ein Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes erläuterte den Gemeindevertretern, wie Dämme zu beobachten sind und welche

Symptome auf einen kritischen Dammzustand hinweisen. Konkret wurden auch Vorschläge gemacht, wie ein Deich verstärkt werden kann. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Organisation der Dammwachen. Den Gemeinden ist diese Aufgabe gesetzlich zugewiesen. Sie stützen sich in der Regel auf die Freiwilligen Feuerwehren ab, die die Dammwachen stellen.

Zu diesem Zeitpunkt wurden alle weiteren Mitglieder der beiden Katastrophenschutzstäbe in Alarmbereitschaft versetzt. Nachdem sich die Hochwasserwelle stabilisierte, glaubte man, nochmal davongekommen zu sein.

Der zweite Alarm

Am Samstag, dem 26. März, stiegen die Pegelstände erneut bedrohlich, eine zweite Flutwelle rollte an.

„Der Deich im Bereich Bogen droht zu brechen.“ Diese Schreckensmeldung führte zur Bildung der gesamten Katastrophenschutzleitung. Das Lagezentrum im Keller des Landratsamtes wurde bezogen. Daß die Stabsräume dann fast eine Woche lang rund um die Uhr besetzt sein würden, ahnte wohl keiner der Mitarbeiter.

Die Leitungs- und Koordinierungsaufgaben wurden jetzt umfangreicher. Erste Maßnahmen wurden besprochen und insbesondere geklärt, wo genügend Kies bereitliegt und welche Lkw-Kapazitäten für den Transport zur Verfügung stehen.

„Es stellte sich etwas später heraus, daß der Alarm durch eine Fehleinschätzung ausgelöst worden war. Aber dadurch konnten wir u. a. glücklicherweise frühzeitig klären: wo bekommen wir die Fuhrunternehmer her, und welche Kapazitäten haben sie?“ erinnert sich Alexander Muthmann.

Katastrophenalarm ausgelöst

Am Sonntagvormittag spitzte sich die Lage dann weiter zu. Die Donau stieg stetig an, so daß gegen 11.00 Uhr Katastrophenalarm ausgelöst wurde.

Durch die erste Hochwasserwelle waren die Deiche der Donau schon so stark mit Wasser gesättigt und aufgeweicht, daß das gesamte Dammsystem im Landkreis als labil und instabil einzustufen war. Besonders gefährdet waren die Deiche im Außenbereich der Flußbiegungen.

Zu beobachten waren rund achtzig Kilometer Deich im Landkreis Straubing-Bogen. Insbesondere zu Beginn des Hochwassers stellte sich ein Problem: Viele fühlten sich als „Fachmann“ berufen und sagten einen Dambruch in ihrem Gebiet voraus. „So hatten wir am Sonntag, als am Abend der Deich bei Niederachdorf tatsächlich brach, rund dreißig Fehlalarme aus verschiedenen Orten. Der Stab mußte bei den Meldungen sehr vorsichtig sein, um die zur Verfügung stehenden Hilfskräfte nicht aufzusplittern“, sagt Alexander Muthmann.

Übersichtlicher wurde es erst, als Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes die Beurteilung der Gefährdungslage übernommen hatten. Sechs Flußmeister waren zu diesem Zeitpunkt ständig unterwegs und meldeten dem Stab, wo es tatsächlich kritisch war.

Schwerpunkt Niederachdorf

Neben den umfangreichen Dammstützungsmaßnahmen an vielen gefährdeten Stellen der Donau war der schon erwähnte Dambruch bei Niederachdorf einer der Schwerpunkte für die Katastrophenschutz-

leitung im Landratsamt. Die Arbeit konzentrierte sich hier auf die Evakuierung der Bewohner des Dorfes, wobei sich dies erfreulicherweise weniger schwierig als erwartet herausstellte.

„Wir hatten uns noch am Sonntagabend in einem Aufruf über die beiden regionalen Rundfunksender in Straubing an die Bevölkerung gewandt und sie gebeten, vom Hochwasser betroffene Familien aufzunehmen. Die Resonanz war überwältigend: Binnen drei Stunden bekamen wir annähernd 2000 Plätze angeboten. Die Pointe an der Geschichte war dann aber, daß wir weder die Ausweichquartiere noch die Angebote der Bevölkerung in Anspruch nehmen mußten, weil alle, die ihre Häuser verlassen mußten, sich der Hilfe von Freunden oder Verwandten bedient hatten,“ berichtet Alexander Muthmann. Für ihn ist dies ein Indiz, daß die Selbsthilfe der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Bereich, noch einen hohen Stellenwert hat.

Eine weitere Arbeit für die Einsatzleitung war u. a. der Abtransport des Viehs in ungefährdete Gebiete. Der Stab sorgte für die nötige Transportkapazität und organisierte die Unterbringung der Tiere in Ställen außerhalb des Hochwassergebiets. Im ge-

samten Zeitraum des Hochwassereinsatzes wurden rund 4000 Stück Großvieh evakuiert.

Im Bereich Niederachdorf wurde im Laufe der Woche dann noch ein Entlastungsdamm aufgeschüttet.

Gemeinsam gegen die Flut

Zufrieden äußert sich Muthmann über die Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutz-Organisationen sowie der Bundeswehr und Polizei. Sie gaben alle ihr Bestes.

Die Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises stellten das größte Potential der Hilfskräfte. Sie waren in allen Bereichen eingesetzt und beteiligten sich insbesondere an den Dammstützungsmaßnahmen.

Das Technische Hilfswerk war im Einsatz mit je einem Bergungs- und Instandsetzungszug und dem Verpflegungs- sowie Materialerhaltungstrupp. Hinzu kamen noch THW-Einheiten aus Ortsverbänden der benachbarten Kreise. Besonders hilfreich war das THW mit seinen leistungsfähigen Pumpen, die bei anderen Fachdiensten in dieser Art nicht vorhanden sind.

Betreuende Aufgaben übernahm das Bayerische Rote Kreuz. Die Helfer aus vier Kreisverbänden waren präsent in den bedrohten Ortschaften und unterstützten die Bevölkerung. In den Händen des BRK lag auch der größte Teil der Versorgung der Einsatzkräfte mit Verpflegung.

An den Hilfsmaßnahmen beteiligte sich auch der Betreuungslitzug, eine Regieeinheit des Landkreises.

Vielschichtige Aufgaben hatte die Bundeswehr übernommen. Aus den beiden Standorten im Landkreis Straubing-Bogen waren rund 1100 Soldaten im Einsatz. Der größte Teil der Soldaten war damit beschäftigt, Sandsäcke zu füllen, um gefährdete Dammstrecken stützen zu können. Besonders wertvoll waren für die Katastropheneinsatzleitung die Hubschrauber der Bundeswehr. Von ihnen aus konnte das gesamte Einsatzgebiet stets aus der Luft beobachtet werden, was dem Stab die Lagebeurteilung erheblich erleichterte.

Eingesetzt wurden daneben Lastenhubschrauber, die gefüllte Sandsäcke an schwer zugängliche Schadensstellen brachten.

Funkkanal überlastet

Einen erheblichen Anteil am Einsatzgeschehen hatte die Polizei. Sie setzte in der Einsatzwoche neben ihren vielfältigen Aufgaben rund 1800 Funksprüche für die Katastrophenschutzleitung ab, weil der KatS-Kanal 493 teilweise hoffnungslos überlastet war.



Einheiten der Bundeswehr füllen Sandsäcke und beteiligen sich an den Dammstützungsmaßnahmen.



Im nächtlichen Einsatz versuchen die Hilfskräfte, die Fluten zu bändigen.

Neben der Einsatzleitung des Landratsamtes Straubing-Bogen benutzten die Stadt Straubing (Stab, THW, Fernmeldezug) und das benachbarte Landratsamt Deggendorf (Stab, THW) den Funkkanal. Um die Aufnahme und das Absetzen von Funkprüchen in Zukunft zu erleichtern, wird jetzt versucht, für die Stadt Straubing und den Landkreis Straubing-Bogen je einen eigenen Funkkanal zu erhalten.

„Katastrophen-Tourismus“

Eine Aufgabe konnte die Polizei, schon aus personellen Gründen, nicht lösen: das Fernhalten der Schaulustigen aus den gefährdeten Gebieten. Es entwickelte sich ein regelrechter „Katastrophen-Tourismus“, der zum Problem für die Hilfskräfte wurde.

Viele Neugierige spazierten trotz aller Warnungen auf den instabilen Deichen, besuchten die Einsatzschwerpunkte, wollten das Hochwasser hautnah erleben. In vielen Fällen behinderten ihre auf den Zufahrtswegen zum Deich abgestellten Fahrzeuge die Hilfsmaßnahmen. Alle Aufrufe über Rundfunk und Presse, dem Geschehen fernzubleiben, waren fruchtlos. Die Uneinsichtigkeit siegte immer wieder.

Einen wichtigen, nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Schadensbekämpfung leisteten die Verwaltungen der betroffenen Gemeinden. Sie arbeiteten in den meisten Fällen mit der Katastrophenschutzleitung im Landratsamt eng und kooperativ zusammen.

Wichtige Erfahrungen

Der Bericht kann nur in groben Zügen das fast einwöchige Einsatzgeschehen widerspiegeln. Zu vielseitig und umfangreich waren die einzelnen Hilfsmaßnahmen, um darauf detailliert einzugehen. Am Ende des Gesprächs mit dem „Zivilschutz-Magazin“ erläuterte Regierungsrat Muthmann noch einige weitere wichtige Erfahrungen der Katastrophenschutzleitung während des Hochwassereinsatzes.

So legte der Stab einen großen Wert auf die genaue Führung des Einsatztagebuches. Der Tagebuchführer muß von allen wesentlichen Entscheidungen auch tatsächlich Kenntnis erhalten. „Die Stabsmitglieder müssen sich so disziplinieren, daß sie, wenn eine Entscheidung gefallen ist, sich davon überzeugen, daß dies im Tagebuch festgehalten wird. Es ist später immer mit

Vorwürfen zu rechnen. Hier ist dann das Einsatztagebuch ein wichtiges Entlastungsmoment. Mit ihm können die Gründe für Entscheidungen dokumentiert werden. Auch kann mit den Aufzeichnungen bewiesen werden, daß über ein strittiges Problem zumindest diskutiert wurde. So läßt sich der Vorwurf entkräften, das Problem erst gar nicht erkannt zu haben“, sagt Alexander Muthmann.

Die Fernmeldezentrale HVB machte u. a. den Verbesserungsvorschlag, sämtliche Sachbearbeiter des Stabes mit Direktwahlapparaten auszustatten. Hierdurch könne die zeitraubende Zwischenvermittlung über die veraltete Steckvermittlung (nur sieben Leitungen) entfallen. Bei der Direktwahl könnten die 16 Anschlüsse der Hauptvermittlung des Landratsamtes voll genutzt werden.

Nachdrücklich wies der Leiter des Fernmeldedienstes darauf hin, daß eine gute Funkverbindung nicht im gesamten Landkreis gegeben ist. Dies gelte insbesondere für den KatS-Kanal 493 im Bereich des nördlichen Landkreisteils. Hätte sich in diesem Gebiet die Katastrophe ereignet, wäre es wegen der bekannten Funkschatten aufgrund der unzureichenden Relais zu großen Schwierigkeiten im Funkverkehr gekommen.



Zahlreiche freiwillige Helfer unterstützen den Bau eines Hilfsdamms bei Niederachdorf.

men. Mit größtem Nachdruck solle deshalb die Errichtung eines neuen Relais betrieben werden.

Schwierige Pressearbeit

Eine wichtige Aufgabe der Einsatzleitung ist es, die Bevölkerung über den Stand und Ablauf der Hilfsmaßnahmen zu informieren. Nach der KatS-Dv 100 ist der S 1 (Personal und Innerer Dienst) zusätzlich zu seinen Aufgaben mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betraut.

„Nach unseren Erfahrungen sollte der S 1 diese Aufgaben nicht übernehmen. Er hat genügend andere Probleme zu lösen.

Wir hatten verschiedene Fernsehteams aus dem ganzen Bundesgebiet und rund 70 Journalisten zu betreuen, von den unzähligen telefonischen Anfragen gar nicht zu reden. Der S 1 ist nicht in der Lage, neben seinen fachlichen Aufgaben, die Pressearbeit zu übernehmen. Dies würde ihn in seiner Arbeit blockieren“, berichtet Alexander Muthmann.

„Wir lösten das Problem, indem der Stab eine Pressestelle einrichtete und mit zwei Mitarbeitern rund um die Uhr besetzte. Es ist dringend notwendig, hier für die Zukunft personell zu planen. Die Pressearbeit darf nicht vernachlässigt werden. Es besteht sonst die Gefahr, wenn man nicht aus erster Hand informiert, daß sich die Journalisten

andere Informationsquellen suchen. Meist ist dann Gerüchten Tür und Tor geöffnet und die Einsatzleitung stets mit Richtigstellungen belastet.“

Falschmeldungen

Zu verbessern sei auch die Zusammenarbeit mit den regionalen Radiosendern in Straubing, erläutert Alexander Muthmann. Sie seien in den meisten Fällen sehr hilfreich gewesen, hätten sich aber bei einem Teil ihrer Berichterstattung auf unsichere Informationsquellen gestützt. So meldeten die Sender u. a. bevorstehende Dammbüche und beunruhigten damit die Bevölkerung. Manche Bürger verließen ihre Arbeitsplätze, um nach Hause zu eilen; vor Ort stellte sich dann heraus, daß sie einer Falschmeldung aufgesessen waren. Eine bessere Absprache ist das Ziel eines Gesprächs zwischen Landratsamt und Radiosendern.

Große Herausforderung

Für alle an den Hilfsmaßnahmen Beteiligten war die Hochwasserkatastrophe an der Donau eine große Herausforderung. Sie wurde mit viel Einsatzwillen und auch persönlichem Engagement gemeistert. Dennoch muß am Ende eines jeden Einsatzes stehen: „Was war richtig, was falsch?“ Ehrliche Antworten auf diese Fragen tragen dazu bei, das bestehende Hilfeleistungssystem zu verbessern. Wenn Erfahrung zum Programm wird, kann in Zukunft bei Nottfällen noch wirkungsvoller geholfen werden.

—güse—



Das Lagezentrum im Keller des Landratsamtes.

(Fotos: dpa, Straubinger Tagblatt)

TOPAS steht für Sicherheit

Neuentwickeltes Fahrzeug für den Transport gefährlicher Flüssigkeiten im Praxistest

Obschon Studien zeigen, daß Tankfahrzeuge mit brennbaren oder entzündlichen Flüssigkeiten eine vergleichsweise erheblich niedrigere Unfallrate als andere Lastkraftwagen aufweisen, werden nach jedem Unfall mit Tankfahrzeugen Rufe nach dem Gesetzgeber laut.

Doch auch eine noch intensivere Schulung der Fahrer und noch mehr Verordnungen für den Transport können die Sicherheit nicht mehr entscheidend erhöhen. Weil Unfälle beim Transport gefährlicher Flüssigkeiten in ihren Auswirkungen auf die Umwelt aber schwer absehbar sind, darf in dem Bestreben nach mehr Sicherheit dennoch nicht nachgelassen werden. Es gilt nun, technische Voraussetzungen zu schaffen, die die Gefahren von vornherein begrenzen.

Aus diesem Grunde hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) bereits im Jahre 1980 erste „Grundlagenuntersuchungen zur Entwicklung verbesserter Transporttechnologien für gefährliche Stoffe“ beim Technischen Überwachungsverein Rheinland in Auftrag gegeben. Daneben wurde eine Projektstudie der Fahrzeugindustrie für ein Sicherheitstankfahrzeug vom BMFT finanziell gefördert.

Niedrigere Unfallrate

In der Bundesrepublik waren zum Zeitpunkt der Untersuchung etwa 33 000 Tankfahrzeuge zugelassen, von denen ca. 20 000 zum Transport gefährlicher Flüssigkeiten, überwiegend Mineralölprodukte, verwendet wurden. Die Mitte 1984 vorgelegte Projektstudie ergab, daß diese Fahrzeuge – statistisch gesehen – eine erheblich niedrigere Verkehrsunfallrate als andere Lastkraftwagen aufweisen.

Neben einer statistischen Auswertung des realen Unfallgeschehens und einer Befragung des Personals von Tankfahrzeugen über ihre Erfahrungen wurden im Rahmen der Studie auch fahrdynamische Messungen mit realen Fahrzeugen unterschiedlicher Bauart durchgeführt.

Umkippen besonders häufig

Als ein Resultat der Studienphase stellte sich heraus, daß das Umkippen des Fahrzeugs als die häufigste Unfallursache anzu-

sehen ist. Auch das Abkommen von der Fahrbahn sowie Unfälle beim Rangieren und beim Be- und Entladen wurden als wichtige Unfallarten erkannt.

Die aus den Erkenntnissen der Studienphase erarbeiteten weitreichenden Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit wurden – unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen – im 1985 vorgestellten Vor-Prototyp eines „Tankfahrzeuges mit optimierten passiven und aktiven Sicherheitseinrichtungen (TOPAS)“ realisiert. Neben einer Reihe von technischen Einrichtungen zur Unfallverhütung wurde bei diesem Fahrzeug als augenfälligste Neuerung der Schwerpunkt des Tankaufliegers um 30 Zentimeter abgesenkt. Die mit Hilfe einer neuen Tankform erreichte geringere Bauhöhe soll dem Umkippen des Fahrzeugs entgegenwirken. (Das „Zivilschutz-Magazin“ berichtete in Heft 10/85 über das Fahrzeug.)

Konzept für TOPAS-Prototyp

Dem Bau des in der Projektplanung vorgesehenen TOPAS-Prototyps gingen die Auswertung weiterer umfangreicher Statistiken und detaillierte Untersuchungen von Straßenverkehrsunfällen mit Tanklastwagen voraus. Auf der Basis der ergänzenden Erkenntnisse und der mit dem Vor-Prototyp gemachten Erfahrungen wurde schließlich der Prototyp konzipiert, der Ende 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Das Fahrzeug befindet sich seitdem unter Alltagsbedingungen in der praktischen Erprobung.

Was ist nun neu am TOPAS? Was unterscheidet das neue Fahrzeug von herkömmlichen Modellen? Sowohl das BMFT als auch die Hersteller des Fahrzeuges und der Betreiber haben als Projektpartner ein wahres Bündel von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in das neue Fahrzeugkonzept eingebracht. Die wichtigsten Maßnahmen für ein Mehr an Sicherheit sollen hier angesprochen werden.

Sicherheit für den Fahrer

Dem Hersteller der 260 kW starken Zugmaschine ist es gelungen, mit einem optimalen Fahrerhaus die Voraussetzungen für

einen bequemen und sicheren Arbeitsplatz zu schaffen. Gute Rundumsicht, klar gegliederte Instrumente und ergonomisch geformte Sitze erleichtern hier in Verbindung mit der Luftfederung die Arbeit.

Der aktiven Sicherheit, d. h. der Vermeidung von Unfällen, dienen Anti-Blockier-System (ABS), Antriebs-Schlupf-Regelung (ASR), Differentialsperre, verschleißlose Dauerbremse (Retarder), elektronisch-pneumatische Schaltung (EPS) mit Ganganzeige im Sichtfeld des Fahrers und die elektronische Luftdrucküberwachung aller Reifen.

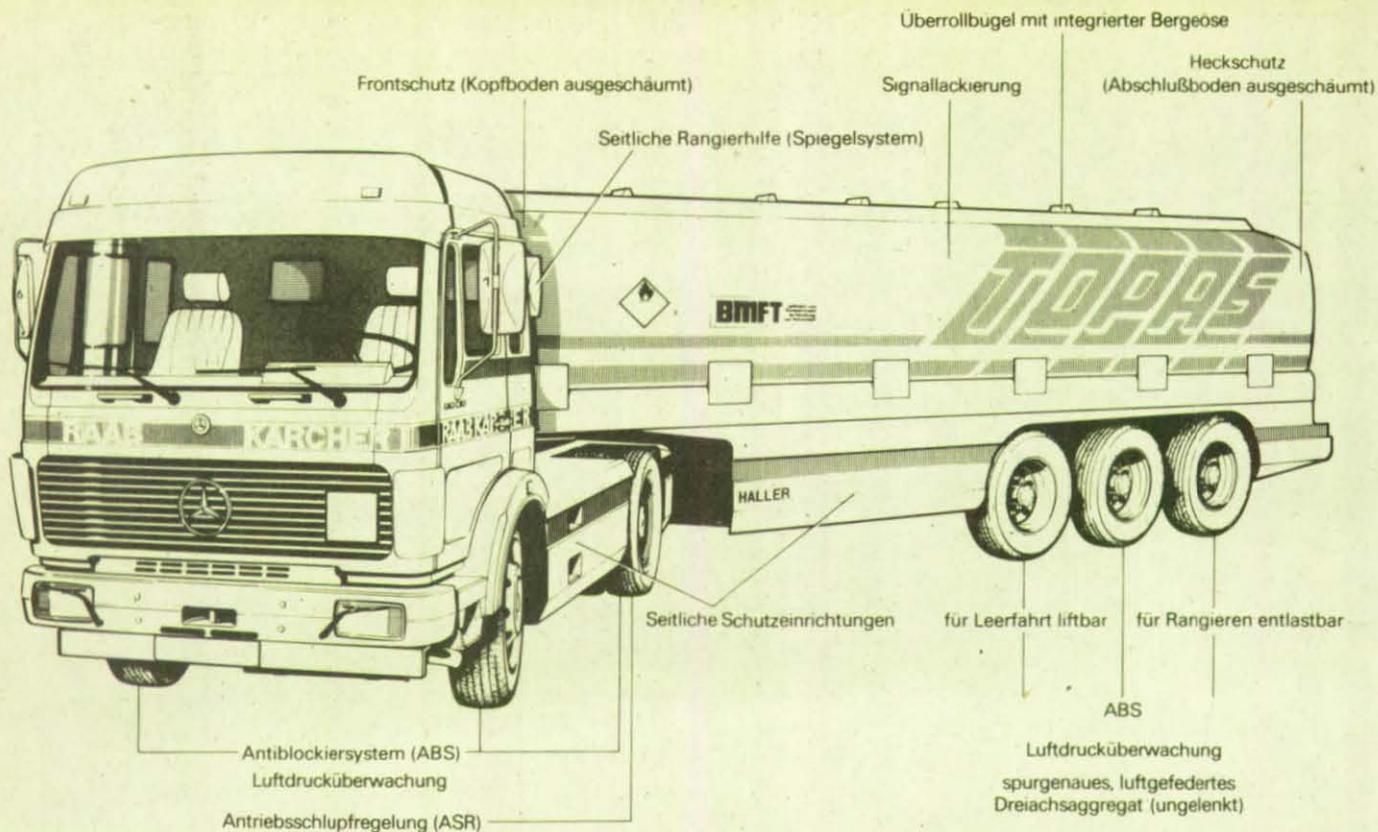
Als Rangierhilfe erhielt TOPAS ein Videosystem, das dem Fahrer erlaubt, auf einem Monitor den rückwärtigen Bereich zu beobachten. Möglich wird dies durch eine am Heck des Aufliegers angebrachte Kamera, die auch bei schlechten Lichtverhältnissen noch deutliche Bilder liefert. Außerdem erhielt der Auflieger im oberen Bereich der vorderen Kanten zwei vom Fahrerhaus aus stufenlos einstellbare Spiegel, um den gefährdeten „toten Winkel“ auszuschalten.

Der passiven Sicherheit, d. h. der Vermeidung oder Minderung des Verletzungsrisikos für die Beteiligten bei einem Unfall, dienen seitliche Schutzeinrichtungen zwischen den Achsen und ein Heck-Unterschuttschutz; dazu zählen aber auch Sicherheitsgurte und Kopfstützen für Fahrer und Beifahrer.

Auflieger mit vielen Verbesserungen

Auch für den Hersteller des Aufliegers galt es, einen hohen Sicherheitsstandard zu erreichen. Neben dem bereits angesprochenen tieferen Schwerpunkt weicht der aus Leichtmetall hergestellte dreiaxige TOPAS-Auflieger in wesentlichen Punkten von der Konstruktion konventioneller Typen ab.

So verfügt der Auflieger als aktive Sicherheitseinrichtungen ebenso wie die Zugmaschine über Anti-Blockier-System, Luftfederung und elektronische Luftdrucküberwachung aller Reifen. Die Spurweite wurde von den üblichen 2,04 auf 2,10 Meter verbreitert. Völlig neu entwickelte Niederquerschnitt-Reifen tragen zur besseren Straßenlage bei. Zusätzliche, hochgesetzte Brems- und Blinkleuchten erhöhen den Wahrnehmungseffekt, und ein am Heck angebrachtes Signalbild macht nachfolgende Ver-



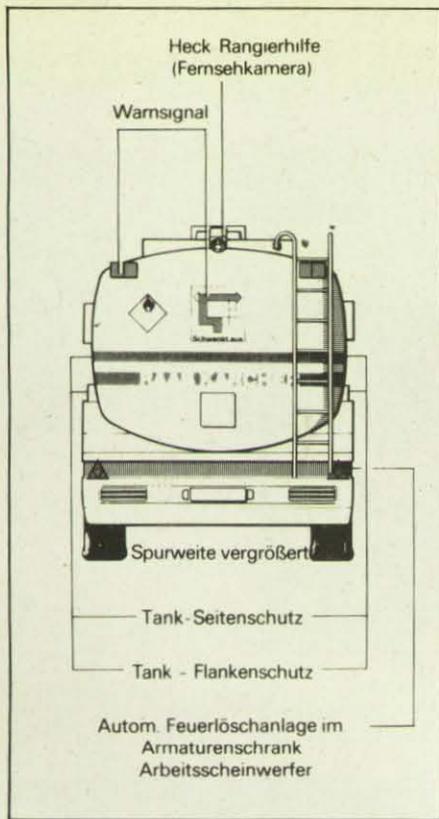
Elektronisch-pneumatische Schaltung (EPS)

Sicherheitspaket Fahrer

Dauerbremse (verschleißlos)



TOPAS verfügt über eine ganze Palette zusätzlicher Sicherheitseinrichtungen.



Die Kamera am oberen Tankrand vermittelt dem Fahrer ein Bild vom rückwärtigen Bereich.

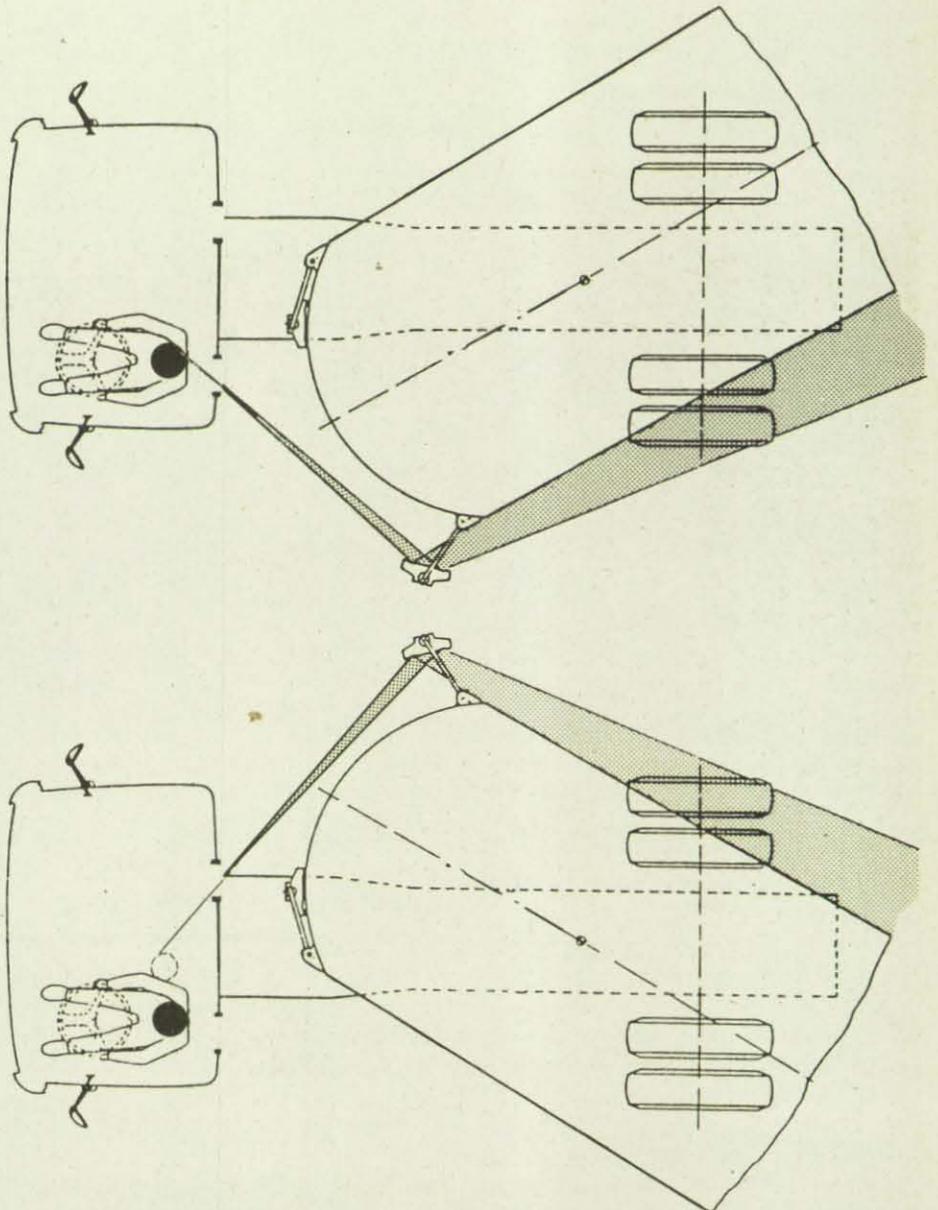
kehrsteilnehmer auf Abbiegevorgänge und das damit verbundene Ausschwenken des Fahrzeugs aufmerksam.

Wie bei der Zugmaschine dienen auch beim Auflieger seitliche Schutzvorrichtungen und ein Heck-Unterfahrerschutz der passiven Sicherheit. Weitere Maßnahmen gewährleisten den Schutz des Tanks bei Unfällen. Dazu zählen verstärkte und an besonders gefährdeten Stellen ausgeschäumte Außenwände des Tanks, besonders gesicherte Domschächte und Bergeösen für einen Kraneinsatz, geschützt angebrachte Armaturen sowie Brand- und Explosionschutz durch eine automatisch arbeitende Feuerwarn- und Löschanlage.

Zugmaschine und Auflieger haben eine auffällige Signallackierung – weiß mit roten Farbbändern –, die zur weiteren Verbesserung der Erkennbarkeit bei Nacht durch reflektierende Bänder an den Seiten und am Heck des Aufliegers ergänzt wird.

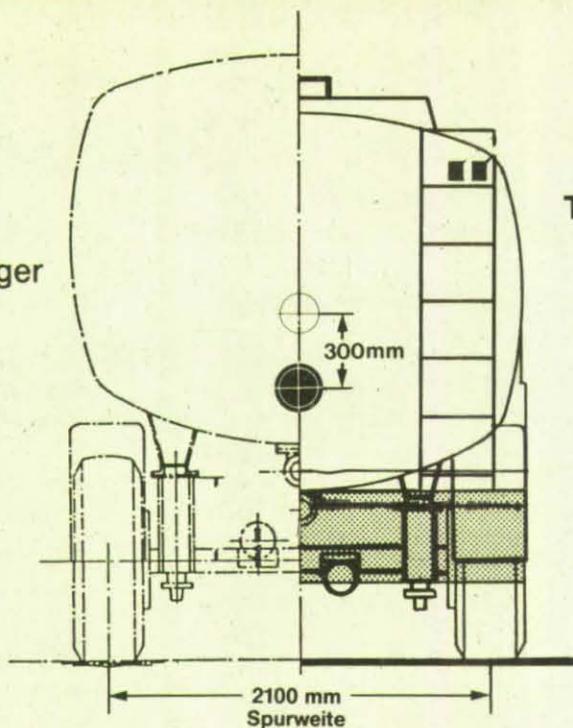
Gesamtgewicht auf 40 Tonnen erhöht

Das Mehrgewicht der Zusatzeinrichtungen und die höheren Herstellungskosten des Sicherheitstankfahrzeugs erfordern als Ausgleich zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit im Betrieb. So leisten die neuentwickelten Reifen einen wichtigen Beitrag zur Minderung des Rollwiderstandes, während die niedrige Bauhöhe und die seitlichen Verkleidungen an Zugmaschine und Auflieger die Aerodynamik erhöhen und so den Luftwiderstandsbeiwert entscheidend verbessern.



Mit dem rückwärtigen Spiegelsystem gewinnt der Fahrer auch Sichtfeld in den „toten Winkel“.

üblicher Tankauflieger



TOPAS-Tankauflieger

- ⊕ bisheriger Schwerpunkt
- tiefergelegter Schwerpunkt TOPAS



Beim Fahrversuch auf der Kreisbahn macht sich der tiefere Schwerpunkt vom TOPAS bemerkbar: Das Fahrzeug konventioneller Bauart (vorn) wäre ohne die seitlichen Stützräder nicht vor einem Umstürzen zu bewahren, während TOPAS sicher auf der Straße bleibt. (Fotos und Grafiken: Daimler-Benz AG)

Mit der Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts von bisher 38 auf nunmehr 40 Tonnen durch den Gesetzgeber wurde eine seit langem von Fahrzeugherstellern und -betreibern gewünschte Verbesserung erreicht. Durch die verstärkte Verwendung von Leichtmetall ergab sich zudem ein Gewichtsparsnis im Vergleich zu herkömmlichen Werkstoffen, womit das Mehrgewicht der Zusatzeinrichtungen kompensiert wurde und eine Nutzlast von 26.200 Kilogramm bei einem Tank-Fassungsvermögen von 39.000 Litern erreicht werden konnte.

Sicherheit hat ihren Preis

Der Preis für das Fahrzeug wird um etwa 25 Prozent über dem eines herkömmlichen Tankfahrzeugs liegen, wobei sich die Herstellungskosten bei größeren Serien noch senken lassen. Bei der Betrachtung der finanziellen Seite des Projekts darf aber vor allem nicht außer acht gelassen werden, daß TOPAS im Alltagsbetrieb mit Sicherheit eine günstigere Unfallrate als vergleichbare Fahrzeuge erreichen wird. Und allein der

finanzielle Schaden eines einzigen Unfalls kann die Preisdifferenz schon mehr als aufwiegen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß TOPAS aufzeigt, wie die Realisierung eines höheren Sicherheitsstandards möglich ist. Bleibt zu wünschen, daß die Realität auf unseren Straßen bald ähnlich aussieht. Staatssekretär Dr. Albert Probst vom BMFT faßt es als Prognose zusammen: „Je schneller dieses System Eingang in die Serie und den Markt findet, desto weniger Verordnungen und Gesetze müssen erlassen werden.“ -cl-

„Schlauer Fuchs“

Rund 2000 Helferinnen und Helfer zeigten ihr Können – Vielfältige Übungslage gab breites Aufgabenfeld

An der Großübung des Stuttgarter Regierungspräsidiums „Schlauer Fuchs“ am 16. Oktober 1988 beteiligten sich rund 2000 Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes der verschiedensten Fachdienste aus den Landkreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Zusammenarbeit der Fachdienste und des Stabes HVB. Zum ersten Male setzte das Innenministerium Baden-Württemberg bei einer KatS-Vollübung eine Funkfern-schreiberverbindung im 4 m-Band ein. So konnte die Technische Einsatzleitung Schwäbisch Hall über Funkfern-schreiben mit dem Stab HVB (eigener Landkreis) und dem Stab im Landratsamt Hohenlohe sowie dem Regierungspräsidium Stuttgart unmittelbar und schnell Verbindung aufnehmen. Der Versuch unter der Leitung des Innenministeriums fiel zur vollen Zufriedenheit der Verantwortlichen aus.

Gleichzeitig wurden auch die überarbeiteten KatS-Pläne des Landes getestet.

Vielfältige Übungslage

Noch durchzog kurz nach 8.00 Uhr dichter Nebel das Kochertal, als die ersten Einheiten und der Katastrophenabwehrstab des Landkreises alarmiert wurden: „Zugentgleisung infolge Gleisverschiebung im Betriebsgelände bei den Abstellgleisen. Betroffen sind Teile eines Personen- und Güterzuges. Im Personenzug sind Fahrgäste eingeklemmt und schwer verletzt. Zwei Güterwagen sind entgleist, einer brennt. Die Ladung: Fester Schwefel. In einem weiteren Güterwagen ist die schwach radioaktive Ladung ‚Thornitrat‘ aus einem geborstenen 50 kg Faß ausgelaufen“, so die erste Übungsannahme.

Alarm für Feuerwehr, THW, DRK und ABC-Zug.

Schnelle Hilfe

Als erste Einheit traf der „Löschzug Rettung“ der FFW Schwäbisch Hall an der Einsatzstelle ein. Ein Teil der Wehrmänner versorgte die „Verletzten“, weitere Einsatzkräfte bauten die Wasserversorgung zur Brandbekämpfung auf. Innerhalb weniger

Minuten hatte die Wehr zwei C-Rohre und ein Hydroschild unter Wasser.

Zwischenzeitlich traf auch der Bergungszug des THW und der 1. Sanitätszug – verstärkt mit DRK-Angehörigen der Bereitschaften Oberrot und Fichtenberg – an der Schadenstelle ein. Während die THW-Helfer versuchten, mit einem Motortrennschneidergerät die verklemmten Türen des Waggons zu öffnen, stiegen weitere Helfer durch die Zugfenster in das Innere und leisteten den „Verletzten“ Erste Hilfe.

Vor dem nahen Sportplatz bauten DRK-Helfer einen Verbandplatz auf und versorgten die „Opfer“.

Im hinteren Teil des Güterbahnhofes kam zwischenzeitlich der ABC-Zug an dem „verstrahlten“ Eisenbahnwagen zum Einsatz. Auch hier lief alles rasch und zügig ab, so daß die erste Einsatzstelle rechtzeitig geräumt werden konnte.

Zweite Übungslage

Kurz nach 11.30 Uhr erschütterte eine Explosion das Firmengelände einer Faßfabrik: „Das Kesselhaus ist in die Luft geflogen. Eine ganze Schicht mit 35 Personen ist eingeschlossen. Durch den Explosionsdruck wurden zwei Personen in den Feuerlöschteich geschleudert und sind untergegangen. Ein Arbeiter ist unter Baumstämmen eingeklemmt“, so die zweite Übungslage.

Zum ersten Male hatte eine Taucherguppe der DLRG Schwäbisch Hall hier die Gelegenheit, vor breitem Publikum ihr Können zu demonstrieren.

Wenige Minuten nach der Alarmierung versorgte die Werkfeuerwehr der Faßfabrik die ersten „Verletzten“ und nahm die Brandbekämpfung auf. Kurz darauf trafen der Löschzug der Haller Feuerwehr, das THW und der Sanitätszug am Schadensort ein.

Während die Feuerwehr die Bergung der „Verletzten“ übernahm und die Werkfeuerwehr bei der Brandbekämpfung unterstützte, bauten die Helfer des THW-Bergungszuges eine Seilbahn bis ins zweite Obergeschoß der Faßfabrik.

Nach einer Explosion im Farbenlager kam auch der ABC-Zug zum Einsatz.

In schwindelnder Höhe arbeiteten Helfer des THW, um von der Kranenbahn aus den

unter Baumstämmen eingeklemmten Arbeiter bergen zu können. Hierzu mußte ein starker Buchenstamm mit Hilfe eines Greifzugs angehoben werden.

Dank an Einsatzkräfte

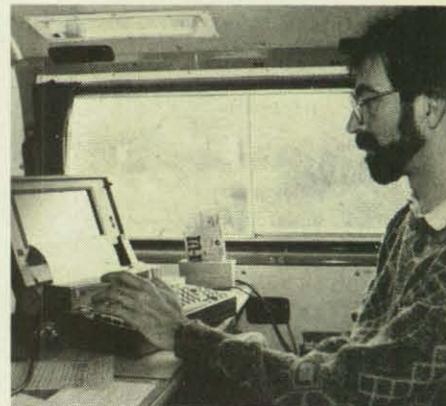
Am frühen Nachmittag trafen sich die Teilnehmer der Übung in der Markthalle in Schwäbisch Hall. Landrat Ulrich Stückle dankte allen beteiligten Einsatzkräften und betonte, daß Übungen zur Erhöhung des Leistungsstandards notwendig seien. Eines der größten Probleme sei es, so der Landrat, die Übung auf Grund der langen Meldewege „flüssig“ zu halten. Bei der Stabsarbeit hätten sich die Räume im Landratsamt wiederum bestens bewährt, da diese immer bereit stünden und nicht erst für den Stab eingerichtet werden müßten.

Reg.-Branddirektor Bernhard Puf stellte die Arbeit der TEL als besonders lobenswert heraus, hatte sie doch das Geschehen an der Einsatzstelle gut im Griff und sorgte für einen reibungslosen Informationsfluß.

In einem kurzen Durchgang zeigte Puf nochmals die Schadenstellen auf und ging auf die Besonderheiten ein.

Insgesamt äußerten sich alle Führungskräfte lobend über die gute Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste. Die Helferinnen und Helfer meinten: „Gemeinsam hatten wir diese Übung gut im Griff.“

Text und Fotos: Uwe Larsen



Zum erstenmal wird in der TEL ein Funkfern-schreiber eingesetzt.



Mit dem Motortrennschleifer ist schnell ein Zugang geschaffen.



Eine der Übungsaufgaben: das Bergen von „Verletzten“ aus Höhen.



Schnelligkeit ist Trumpf: Wehrmänner verlegen die Schlauchleitungen.



THW-Helfer bergen die „Verletzten“ aus dem Eisenbahnwagen.



Zum Einsatz kommen auch die Helfer eines DRK-Sanitätszuges.



Landrat Ulrich Stückle informiert sich über den Verlauf der Übung.

1989 bringt neue Ausbildungsgänge

Lehrgänge für Bootsführer und Bergungsräumgerätefahrer in Hoya aktualisiert

● Für die Bootsführer des Katastrophenschutzes und der organisationseigenen Pontongruppen des THW ist ein geänderter Ausbildungsgang geplant, in dem die erste Stufe ein neu konzipierter Lehrgang „Fahren auf dem Wasser“ ist. Für die Bediener und Bootsführer der zusätzlichen W1-Ausstattung (Schlauchboote) der Bergungszüge stellt der Lehrgang die abschließende schulische Ausbildung dar.

Für die angehenden Bootsführer der motorisierten W2-Ausstattung bzw. der THW-organisationseigenen Pontongruppen dagegen bildet er den Einstieg. Es schließt sich daran eine Standortausbildung an: 12 Stunden Fahrausbildung mit Motorbooten des Katastrophenschutzes. Im Umgang mit dem Motor, in den seemännischen Arbeiten und im Führen des Bootes sollen erfahrene Bootsführer aus den eigenen Einheiten ausbilden. Diese 12 Stunden Standortausbildung sind durch ein Fahrtenbuch als Voraussetzung für eine weiterführende schulische Ausbildung nachzuweisen. Je nach notwendigem Einsatzgebiet folgt nämlich der 14tägige Lehrgang „Bootsführer – Binnen“ oder die Küstenausbildung mit „Bootsführer – Küste I“ und „Bootsführer – Küste II“. Zu Beginn dieser Lehrgänge findet eine Kontrolle des Eingangswissens aus der 12stündigen Standortausbildung statt.

Nach bestandener Prüfung im Binnen- oder Küstenprüflehrgang erhält der Teilnehmer den entsprechenden Katastrophenschutz-Bootsführerschein.

Danach besteht die Möglichkeit, in einem neu gestalteten Lehrgang „Retten aus Wassergefahren“ vertiefte und erweiterte Kenntnisse für den Rettungseinsatz zu erlangen. Der Besuch ist freigestellt: Bootsführer, die durch private Erfahrungen oder durch Einsätze und Fortbildungsmaßnahmen am Standort entsprechende Fähigkeiten erlangt haben, können darauf verzichten.

● In der Vergangenheit wurde die erste Generation der Bergungsräumgerätefahrer durch eine Ersteinweisung bei der Herstellerfirma und später durch den Lehrgang „Bergungsräumgerätefahrer I“ für das Bedienen des Bergungsräumgerätes und im Lehrgang „Bergungsräumgerätefahrer II“ für den Einsatz der Anbaugeräte geschult.

In Planung ist eine geänderte Ausbildung für Bergungsräumgerätefahrer, welche auch die Ausbildung von Helfern ermög-

licht, die durch geringere einschlägige berufliche Tätigkeit vorgebildet sind. Vorgeesehen ist eine Unterweisung am Standort, die eine ausreichende Zahl von Betriebsstunden mit dem Bergungsräumgerät enthält.

Mindestens 15 nachgewiesene Betriebsstunden gelten als Teilnahmevoraussetzung für den Besuch des neuen 14tägigen Lehrgangs „Bergungsräumgerätefahrer“. Die erfolgreiche Teilnahme an diesem Lehrgang ist Bedingung für die Erteilung der Fahrerlaubnis.

Für Helfer, die den Lehrgang „Bergungsräumgerätefahrer I“ bereits absolviert haben, werden 1989 als Übergangsregelung noch eine Reihe von Lehrgängen „Bergungsräumgerätefahrer II“ angeboten.

Verstärkt ins Lehrgangsprogramm aufgenommen wurden die Lehrgänge „Einsatz des Bergungsräumgerätes“ für die Unterführer der Bergungsgruppen. Die Unterführer werden dabei nicht zu Bedienern des Fahrzeugs ausgebildet, aber sie müssen durch eigene Anschauung den Einsatzwert und die Einsatzmöglichkeiten des Bergungsräumgerätes kennenlernen.

● Die nachstehend wiedergegebenen Lehrgangsdaten geben eine Übersicht über die an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, angebotenen Lehrgänge. Dabei gibt die erste Angabe jeder Zeile die Lehrgangs-Nummer an, gefolgt vom Zeitraum des Lehrgangs. Der Termin in Klammern bezieht sich auf den Melde-schluß.

Sonderlehrgang „Ausbilder-Wasserfahrzeuge“

H 39 29.05. – 02.06.89 (03.04.89)

Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“

H 11 27.02. – 03.03.89 (02.01.89)

H 17 13.03. – 17.03.89 (16.01.89)

H 28 17.04. – 21.04.89 (20.02.89)

H 30 24.04. – 28.04.89 (27.02.89)

H 33 08.05. – 12.05.89 (13.03.89)

H 43 12.06. – 16.06.89 (17.04.89)

H 56 10.07. – 14.07.89 (16.05.89)

H 61 14.08. – 18.08.89 (19.06.89)

H 69 04.09. – 08.09.89 (10.07.89)

H 78 25.09. – 29.09.89 (31.07.89)

H 83 09.10. – 13.10.89 (14.08.89)

Sonderlehrgang „Bootsführer – Binnen“

H 62 14.08. – 25.08.89 (19.06.89)

H 72 11.09. – 22.09.89 (17.07.89)

H 94 30.10. – 10.11.89 (04.09.89)

Sonderlehrgang „Anpassungsausbildung für KatS-Bootsführer (Binnen)“

H 45 13.06. – 16.06.89 (17.04.89)

Sonderlehrgang „Bootsführer – Küste I“

H 7 06.02. – 10.02.89 (12.12.89)

Sonderlehrgang „Bootsführer – Küste II“

H 64 21.08. – 01.09.89 (26.06.89)

Sonderlehrgang „Anpassungsausbildung für KatS-Bootsführer (Küste)“

H 35 16.05. – 19.05.89 (20.03.89)

Sonderlehrgang „Retten aus Wassergefahren“

H 36 22.05. – 26.05.89 (28.03.89)

H 47 19.06. – 23.06.89 (24.04.89)

H 59 17.07. – 21.07.89 (22.05.89)

H 80 02.10. – 06.10.89 (07.08.89)

Sonderlehrgang „Bergungsräumgerätefahrer“

H 25 10.04. – 21.04.89 (13.02.89)

H 89 16.10. – 27.10.89 (21.08.89)

Sonderlehrgang „Bergungsräumgerätefahrer II“

H 21 03.04. – 07.04.89 (06.02.89)

H 34 08.05. – 12.05.89 (13.03.89)

H 84 09.10. – 13.10.89 (14.08.89)

H 96 06.11. – 10.11.89 (11.09.89)

Sonderlehrgang „Einsatz des Bergungsräumgerätes“

H 32 24.04. – 28.04.89 (27.02.89)

H 82 02.10. – 06.10.89 (07.08.89)

Zwischen Nord- und Ostsee

Flensburg

Sein 25jähriges Jubiläum als Leiter der BVS-Dienststelle Flensburg konnte Roland Hiebsch feiern. Er ist der einzige BVS-Dienststellenleiter, der auf einen solchen Zeitraum an der gleichen Dienststelle zurückblicken kann.

Zum Jubiläum konnte Hiebsch eine Schar von Gratulanten aus dem Flensburger Raum begrüßen: Feuerwehr, Amtsverwaltungen, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Bundeswehr und viele Freunde, die es sich nicht nehmen ließen, den Anlaß zu nutzen, ihre Sympathie zu bekunden.

Dienststellenleiter Hiebsch betonte vor seinen Gästen: „Ich habe es keinen Moment bereut, Flensburg treu geblieben zu sein!“

Leck

„Ein Anruf war echt!“ So titulierte Nordfrieslands größte Tageszeitung ihren Bericht über den die Selbstschutz-Woche in Leck abschließenden Sicherheitswettbewerb. Eine Teilnehmerin hatte statt des dafür aufgebauten Telefones für ihren Notruf die richtige Telefonzelle benutzt. Nachdem schon die ersten Hilfsmaßnahmen von der Polizei ins Rollen gebracht waren, stellte sich der Notruf als Irrtum heraus. Glücklicherweise wurde die Station „Notruf“ von Polizeibeamten betreut, die dann ihre Kollegen schnell beruhigt hatten.

Mit dem Sicherheitswettbewerb ging eine ereignisreiche Woche zu Ende, die der Bevölkerung in Leck eine Menge Information über alle Bereiche des Selbstschutzes beschert hatte.

Ganz Leck stand eine Woche lang unübersehbar im Zeichen des BVS: Spannbänder, Plakate, Handzettel, Schaufensterwerbungen, Info-Stände, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Aus-



BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender dankt Dienststellenleiter Hiebsch für sein langjähriges Engagement.



Computerberatung im Verbrauchermarkt – eine der vielfältigen Aktionen in Leck.

bildungsveranstaltungen, Computerberatungen und der Sicherheitswettbewerb. Begleitet wurden die Aktionen durch umfassende Berichterstattung von Presse und Rundfunk.

Berichte aus Hamburg

Hamburg

„Alle müssen das Helfen lernen, damit vielen geholfen werden kann“ war das Motto des „5. Altonaer Selbsthilfe- und Katastrophenschutztages“ in der Fußgängerzone.

Auf den ersten Blick konnten viele der über 20 000 Besucher den Eindruck bekommen, auf einem Volksfest zu sein, auf dem

Essen und Trinken angeboten werden und unterhaltende Teile den Ablauf bestimmen. Allerdings war sehr bald festzustellen, daß überall Informationen besonderer Art zu ernstesten Themen gegeben wurden, denn vorbeugende und abwehrende Selbsthilfemaßnahmen gegenüber den vielfältigen Gefahren in allen Lebensbereichen standen im Mittelpunkt.

Als Schirmherr der Veranstaltung eröffnete der Altonaer Bezirksamtsleiter Hans-Peter Strenge den Selbsthilfe- und Katastrophenschutztag. Er bedankte sich bei dem Organisationsstab, insbesondere bei dem BVS-Beauftragten Olaf Beyer, für die viele Arbeit, die in der Vorbereitungsphase zu leisten war. Weiterhin betonte er, daß die 5. Veranstaltung dieser Art ja auch ein kleines Jubiläum bedeute.

Als Moderator hatte sich Norbert Vojta vom Rias-TV Berlin zur Verfügung gestellt. Umsichtig und fachkundig hatte er über den ganzen Tag hinweg die Fäden in der Hand und sorgte dafür, daß keine Langeweile aufkam. Akteure und Besucher waren begeistert.

Als Mittelpunkt der gesamten Veranstaltung sorgte ein vom BVS organisierter Sicherheitswettbewerb für eine lehrreiche Belebung. An den Stationen dieses Wettbewerbs konnten die Besucher ihre Kenntnisse und Fertigkeiten insbesondere in der Ersten Hilfe überprüfen. Die Preise im Wert von über DM 10 000,- waren schon 14 Tage vor dem Wettbewerb in einem Schaufenster ausgestellt.

Erstmals war bei einem Selbsthilfe- und Katastrophenschutztag auch das neugegründete Altonaer Umwelt- und Gesundheitsamt anwesend. Weiterhin beteiligten sich verschiedene Berufsgenossenschaften, die Hamburger Feuerkasse, alle ansässigen Hilfsorganisationen und das Bezirksamt Altona.

Das Rahmenprogramm beinhaltete vor allem sicherheitsbezogene Attraktionen. Den Besuchern wurde gezeigt, wie ein Fettbrand gelöscht wird und was Rettungshunde im Einsatz zu leisten vermögen. Ein besonderes Interesse fand die vom ASB vorgestellte Satellitenstation der Auslandshilfe, über die Telefongespräche zu jedem Punkt der Erde geführt werden können.

Um 17.30 Uhr kam es dann zur Vergabe der Preise an die Teilnehmer des Sicherheitswettbewerbes. Als „Glücksfee“ hatte sich die bekannte Fernsehmoderatorin Heidrun von Gössel vom



Bezirksamtsleiter Strenge bei der Eröffnung der Altonaer Veranstaltung, links Moderator Vojta.

(Foto: Hempel)

NDR zur Verfügung gestellt. Allein hierbei waren mehrere hundert Besucher anwesend.

Wie bei den bisherigen Veranstaltungen auch, war der durch den Verkauf von Speisen und Getränken erzielte Erlös wieder für ein unfallgeschädigtes Altonaer Kind bestimmt. Im Auftrag aller Veranstalter konnte BVS-Beauftragter Olaf Beyer der Familie des Kindes die Spende überreichen.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

„Jeder Bürger sollte sich vergewissern, ob sein Wissensstand noch ausreicht, um im entscheidenden Moment auch tatsächlich Hilfe leisten zu können.“ Diese Feststellung traf Bremens Innenminister Bernd Meyer in seiner Rede zur Eröffnung des BVS-Sicherheitswettbewerbs im Roland-Center in Bremen-Huchting. Der Senator:

„Der Staat hat die Pflicht, die Bevölkerung vor Katastrophen zu schützen, gerade in der heutigen Zeit der Hochtechnologie ist dieses ein ganz besonders wichtiges Thema. Man muß aber einschränkend ganz deutlich sagen, wir – der Staat, nicht nur in Bremen, sondern überall in der Bundesrepublik – wären überhaupt nicht in der Lage, allein durch staatliche Organisationen die notwendigen Hilfeleistungen anzubieten, die notwendig sind bei Katastrophen; deswegen brauchen wir die engagierten freiwilligen Hilfsorganisationen.“

Neben diesem Hilfsangebot aber gehört natürlich auch dazu, daß wir uns alle über Sicherheitsbelange informieren; sind wir mal ehrlich, ich fange auch gleich bei mir an, wir schieben das Thema Sicherheitsbedürfnis sehr stark an den Rand.

Es ist, glaube ich, schon wichtig, daß wir den Selbstschutzgedanken immer wieder in die Öffentlichkeit bringen, an uns heranbringen, damit wir dann, wenn wir einmal ein Problem bekommen oder unsere Nachbarn in Problemen sind, uns oder unserem Nächsten helfen können. Ich danke dem BVS, daß hier in mo-



Viele Besucher des beliebten Einkaufszentrums informierten sich an den Info-Ständen. (Foto: Wolthemath)

natelanger Arbeit eine Sicherheitswoche organisiert worden ist und daß so viele Organisationen gerade diesen Gedanken an Sie, an uns, herangetragen haben. Wie die Ergebnisse zeigen, ist dieses auch gelungen. Ich glaube, weit über die Teilnehmer des Sicherheitswettbewerbs hinaus ist es gelungen, in dieser Woche – mit dem Roland-Center – Ihnen allen den Sicherheitsgedanken näher zu bringen und das ist ein großartiger Erfolg dieser Sicherheitswoche.“

Zum Abschluß der Sicherheitswoche veranstaltete der BVS unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ in Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen den Sicherheitswettbewerb. Der Startschuß fiel um 10 Uhr. Veranstaltungsende war um 16 Uhr.

„Die betäubliche Unfallstatistik hat bei uns Überlegungen ausgelöst, die schließlich zu diesem Sicherheitswettbewerb geführt

haben“, erläuterte BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer.

Im Rahmen des Wettbewerbs mußten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an zehn Stationen, die in Form eines Parcours aufgebaut waren, unterschiedliche Fragen beantworten. Dabei ging es in erster Linie darum, zu überprüfen, inwieweit jeder einzelne in der Lage ist, bei einem Unfall oder Unglücksfall schnell und richtig zu helfen.

Der Rundkurs war insgesamt etwa 200 Meter lang. An der Organisation und Durchführung des Sicherheitswettbewerbs beteiligten sich unter anderem der ASB, das DRK, die Feuerwehr, die DLRG, das THW, die Verkehrswacht, die JUH, Wasserschutzpolizei, Polizei Bremen, Bundesgrenzschutz und MHD.

.....

Georg Jakubeit feierte bei der BVS-Landesstelle Bremen silbernes Dienstjubiläum. Über die Tä-

tigkeit eines Geräteverwalters und Leiters eines Filmwagens der BVS-Landesstelle in Nordrhein-Westfalen kam er 1970 zunächst vertretungsweise nach Bremen. Hier wurde er bei der BVS-Landesstelle als Sachbearbeiter im Ausbildungsreferat eingesetzt. Kurzzeitig war er auch Fachlehrer und Leiter einer fahrbaren Ausbildungsstelle. Seit 1980 ist er als Fachbearbeiter tätig. Im Rahmen einer Feierstunde wurde ihm vom BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer die Dankurkunde überreicht.



BVS-Landesstellenleiter Singer (links) verleiht die Dankurkunde für Georg Jakubeit.

Quer durch Niedersachsen

Norden

Weit über die Grenzen Ostfrieslands hinaus bekannt ist das Stadtfest in Norden. Erstmals beteiligte sich in diesem Jahr der BVS an dieser Großveranstaltung mit einem Rundzelt, Info-Ständen und mehreren Sicherheitswettbewerben. Einheimische und Urlauber ließen sich an mehreren Tagen über die Notwendigkeit der Vorsorge informieren.

Besonders umlagert war an den fünf Ausstellungstagen ein Computer, der über die Lebensmittelbevorratung informierte. Über hundert Teilnehmer nahmen am Wochenende an Sicherheitswettbewerben teil. Besonders Urlauber nahmen die Gelegenheit wahr, die acht Stationen des Sicherheitswettbewerbes zu durchlaufen.

Volle Zufriedenheit herrschte auch bei den beteiligten ortsansässigen Katastrophenschutzorganisationen, die sich zum erstenmal einer breiten Öffentlichkeit stellen konnten. Übereinstim-

mende Meinung aller Beteiligten zum Abschluß der Veranstaltung war, sich im nächsten Jahr wieder daran zu beteiligen.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Oberhausen

Unter dem Motto „Was passiert, wenn was passiert“ wandten sich der BVS und die Oberhausener Hilfsorganisationen im Rahmen der Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ an die Bevölkerung. An der Veranstaltung auf dem Platz am Bero-Center beteiligten sich neben der Feuerwehr und der Polizei auch der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfallhilfe, das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst und das Technische Hilfswerk.

Aus Anlaß der seit nunmehr 39 Jahren in ununterbrochener Folge stattfindenden „Tarmstedter Ausstellung“ hatte die BVS-Dienststelle Cuxhaven der Bevölkerung des Landkreises Rotenburg/Wümme und den Besuchern aus angrenzenden Kreisen ein umfangreiches Informationsangebot gemacht.

Die 40. Wirtschafts-, Geräte-, Produkte- und Tierschau bot über vier Tage den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Gelegenheit zu einer Vielzahl von Einzelberatungen, Gruppengesprächen und sonstigen Kontakten.

Der in einem der Messe-Zelte aufgebaute Stand, als Informations- und Beratungsschwerpunkt über den Selbstschutz und die Arbeit des BVS gestaltet, sowie die im Freigelände eingerichteten Informationsstände fanden reges Interesse bei den Messebesuchern.

Zusätzlich angebotene Sicherheitswettbewerbe unter der Schirmherrschaft des Samtgemeindegemeindebürgermeisters Jürgen Rudolph sorgten an drei Tagen für Spannung.

Nachruf

Am 23. August 1988 verstarb plötzlich und unerwartet die ehrenamtliche Helferin der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven

Lisa (Lisel) Goldner

Viele Jahre war sie zusammen mit ihrem Mann als Ausbilderteam im Einsatz. Mit ihrer mitreißenden Fröhlichkeit war sie ein gern gesehener Gast an Schulen. In diesem Bereich ist eine Lücke entstanden, die nicht so leicht zu schließen ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Zum Programm gehörten neben Einsatzvorführungen auch die Demonstration moderner Einsatzfahrzeuge sowie ein Sicherheitswettbewerb. Zahlreiche Bürger nutzten die Gelegenheit, ihre Kenntnisse auf dem Gebiet der Ersten Hilfe, der Brandbekämpfung und des Selbstschutzes zu überprüfen.

Nach Ansicht von BVS-Dienststellenleiter Werner Loechel hat diese Gemeinschaftsveranstaltung in Oberhausen wieder einmal gezeigt, daß die Bevölkerung ein großes Informationsbedürfnis hat. Gleichzeitig war jedoch festzustellen, daß es gerade in der Eigenhilfe noch erhebliche Mängel gibt, was die Veranstalter dazu veranlaßte, auf die kostenlosen Ausbildungslehrgänge hinzuweisen.

Der bei der Stadt Oberhausen für den Feuer- und Katastrophenschutz zuständige Dezernent Klaus Gercke zeigte sich erfreut über die gute Zusammenarbeit der einzelnen Hilfsorganisationen. Bürgermeister Fritz Eickelen nahm den Wettbewerb zum Anlaß, den ehrenamtlichen Helfern für ihr Engagement im Dienste der Humanität zu danken.

Leverkusen

Mitarbeiter mehrerer Betriebe in Remscheid ließen sich im Selbstschutz ausbilden, nachdem der Remscheider Stadtdirektor Ellerbrake einen entsprechenden Appell an alle Sicherheitsbeauftragten von Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten gerichtet hatte.



Der Sieger des Sicherheitswettbewerbs konnte sich über einen Feuerlöscher freuen, rechts Bürgermeister Eickelen, links BVS-Dienststellenleiter Loechel.
(Foto: Spilker)

„Sicherheit wird heute groß geschrieben. Trotzdem sind Brände oder Unfälle nicht auszuschließen“, hatte der Stadtdirektor in seinem Schreiben an die Unternehmen hervorgehoben.

Die Aktion des Remscheider Stadtdirektors hat, wie die BVS-Dienststelle Leverkusen feststellen konnte, inzwischen Nachahmer in anderen Städten gefunden.

.....

Großeinsatz hatten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Leverkusen im Vinzenz-Palotti-Hospital in Bergisch Gladbach-Bensberg. Rund 300 Mitarbeiter aus allen Abteilungen des Krankenhauses wurden auf Wunsch der Klinikleitung im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes ausgebildet.

In 20 Lehrgängen lernten die Teilnehmer u. a. den Umgang mit Feuerlöschern, das Löschen eines Feststoffbrandes mit der Einstellspritze und schließlich das Ersticken brennender Kleidung. Zum Ausbildungsprogramm gehörte auch der schnelle Transport von Patienten.

Bei der Abschlußbesprechung bedankte sich der Sicherheitsbeauftragte des Krankenhauses, Diller, bei BVS-Dienststellenleiter Weck für das Engagement der BVS-Mitarbeiter. Gleichzeitig wurden für das kommende Jahr Fortbildungsveranstaltungen vereinbart.

Wuppertal

Für alle Daheimgebliebenen nutzte die BVS-Dienststelle Wuppertal die Ferienzeit für eine Reihe von Schwerpunktaktionen in den Städten Wuppertal, Ratingen, Hilden, Langenfeld, Mettmann und Velbert. Die Dienststelle ließ sich dabei nicht zuletzt von der Erkenntnis leiten, daß rund 62 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes haben.

BVS-Dienststellenleiter Werner Hachen und Fachbearbeiter Joachim Thierbach hatten, um möglichst großen Erfolg zu erzielen, ein Konzept entwickelt, nach dem die Bürger für einen begrenzten Zeitraum in möglichst konzentrierter Weise auf die Notwendigkeit des Katastrophenschutzes sowie entsprechende Vorsorgemaßnahmen angesprochen werden. Mit dieser Mehrfachinformation sollte erreicht werden, daß der einzelne über den Weg der Information letztlich zur Motivation und Erkenntnis gelangt, etwas für die eigene Sicherheit und die anderer Menschen zu unternehmen.

In den einzelnen Städten war der BVS jeweils an drei bis fünf Tagen der Woche an zentralen Stellen präsent. Praktische Vorführungen, wie das Ablöschen brennender Kleidung, weckten

das Interesse der Passanten an weiteren Informationen.

Parallel dazu zeigte der BVS in zentralen Gebäuden der jeweiligen Stadt die BVS-Kleinausstellung.

Herten

Aufgeschreckt durch Unfälle und Brände, speziell in Krankenhäusern, entschloß sich die Leitung des Zentrums für Psychiatrie in Herten, die Gefahren rechtzeitig aufzudecken und entsprechende Abhilfe zu schaffen. So kam es in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Recklinghausen zu einer Begehung des Krankenhauses. Als Ergebnis wurde schließlich eine Selbstschutz-Übung für die Sicherheitskräfte der Psychiatrie durchgeführt.

Inhalt dieser Fortbildungsveranstaltung waren Hinweise zur Vorsorge, ebenso wie die Information über wichtige Details in Fragen des Brandschutzes und der Rettung Verletzter. Den Abschluß bildete schließlich eine auf die Belange der Psychiatrie abgestimmte Übung.

Der für die Sicherheit im Psychiatrie-Zentrum Herten zuständige Mitarbeiter, Klaus Stemick, zeigte sich zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung: „Wir werden an unserem Konzept festhalten und unsere Mitarbeiter weiter schulen lassen, denn schnelles, entschlossenes Handeln schützt Menschenleben und verhindert Sachschäden.“

Auch BVS-Dienststellenleiter Bienbeck äußerte sich zufrieden: „Der hier eingeschlagene Weg kann auch für andere Betriebe als Vorbild dienen.“



Die Mitarbeiter der Klinik sind mit Eifer bei der Sache.

(Foto: Wagner)

Dortmund

Anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums konnte der Leiter der BVS-Dienststelle Dortmund, Erhard Stammerger, zahlreiche Glückwünsche entgegennehmen. Bei einem Empfang würdigten Repräsentanten aus Verwaltung und Politik, Verbänden und anderen Organisationen sowie zahlreiche Kollegen das Engagement des Jubilars.

Als Vertreter des Landesstellenleiters dankte Verwaltungsamtsrat Wilfried Marx dem Jubilar für treue Dienste und Kollegialität. „Die Dienststelle Dortmund hat unter Ihrer Leitung eine sehr positive Entwicklung genommen“, erklärte er.

Zu den Gratulanten zählte auch BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awisus aus Rheinland-Pfalz, mit dem der Jubilar zehn Jahre lang an der BVS-Schule Körtlinghausen zusammengearbeitet hat. Für den Arbeitskreis Dortmunder Behördenleiter gratulierte dessen Vorsitzender, Albert Hebborn.

Arnsberg

„Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ war das Motto eines Sicherheitswettbewerbs, zu dem der BVS ins sauerländische Schmallenberg eingeladen hatte. Von den rund 2000 Besuchern nutzten immerhin 143 die Gelegenheit, ihr Wissen auf dem Gebiet der Hilfeleistung zu testen. An dem Wettbewerb beteiligten sich neben der Stadt Schmallenberg die Feuerwehr, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft und die Polizei. Auf dem Programm der Veranstal-



Verwaltungsamtsrat Marx (links) überreicht BVS-Dienststellenleiter Stammerger die Dankurkunde.

ung standen lebensrettende Sofortmaßnahmen wie Blutstillung, das Versorgen von Brandwunden, das Absichern einer Unfallstelle ebenso wie das Absetzen eines Notrufs und das Löschen brennender Kleidung an einer Übungspuppe.

Bei der Siegerehrung wurden insgesamt 18 Bürger durch den Schirmherrn der Veranstaltung, Bürgermeister Otto Schulte, ausgezeichnet. Der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Arnsberg, Bernd Mielisch, lobte die überdurchschnittlichen Ergebnisse, die bei diesem Sicherheitswettbewerb erzielt wurden.

Bochum

„Die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Politik.“ Dies ist das Fazit eines Besuchs des Landtagsabgeordneten Wolfgang Schlotmann, der gleichzeitig Mitglied des Innenausschusses ist und daher zahlreiche Berührungspunkte mit dem Zivilschutz hat. Kein Wunder, daß sich der Abgeordnete als ausgezeichnete Kenner der Aufgaben und Ziele des BVS erwies. Als Gast in der Bochumer BVS-Dienststelle schnitt der Politiker die allgemeinen Fragen des Selbstschutzes ebenso an wie die geplanten Veränderungen in der Aufgabenstellung des BVS.

Darüber hinaus zeigte sich der Besucher bestens über den Selbstschutz in Arbeitsstätten unterrichtet. Kenntnisse übrigens, die Schlotmann als Behörden-selbstschutzleiter der Universität

Dortmund vor sechs Jahren in der BVS-Schule Körtlinghausen erworben hatte.

Der Politiker betonte auch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit des BVS mit der Landesregierung sowie mit den Katastrophenschutzorganisationen. Ziel dieser Kooperation müsse die Ausbildung der Bevölkerung und eine wirksame Aufgabenverteilung in der Öffentlichkeit sein.

Schlotmann hält es für notwendig, alle Mitglieder des Innenausschusses im Landtag mehr als bisher über den BVS zu informieren. Dies sei nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund eventueller Gesetzesvorlagen im Landesparlament erforderlich. So wurde ins Auge gefaßt, den gesamten Innenausschuß zu einer Informationstagung zur BVS-Schule Körtlinghausen einzuladen.

Schließlich kündigte der Politiker an, er werde sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Mittelstandsbetriebe in der CDU für ein Gespräch am „runden Tisch“ mit dem BVS einsetzen. Insgesamt bescheinigte Schlotmann dem BVS: „Keine andere Organisation ist besser geeignet, den Selbstschutz bevölkerungsnah darzustellen als dieser Verband.“

Körtlinghausen

Rund zwei Dutzend Repräsentanten freier Berufe und der gewerblichen Wirtschaft aus dem Kreis Recklinghausen besuchten die BVS-Schule Körtlinghausen. An zwei Tagen erhielten die Teilnehmer Informationen über Zivilschutzmaßnahmen des Staates.

Darüber hinaus wurden die Besucher in Theorie und Praxis von der Notwendigkeit ergänzender Selbstschutzmaßnahmen des Bürgers überzeugt.

Unter der Regie von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykman standen am ersten Tag Informationen über Angebot, Aufgaben und Ziele des BVS sowie die Möglichkeiten staatlicher und privater Hilfeleistungen im Gefahrenfall auf dem Programm.

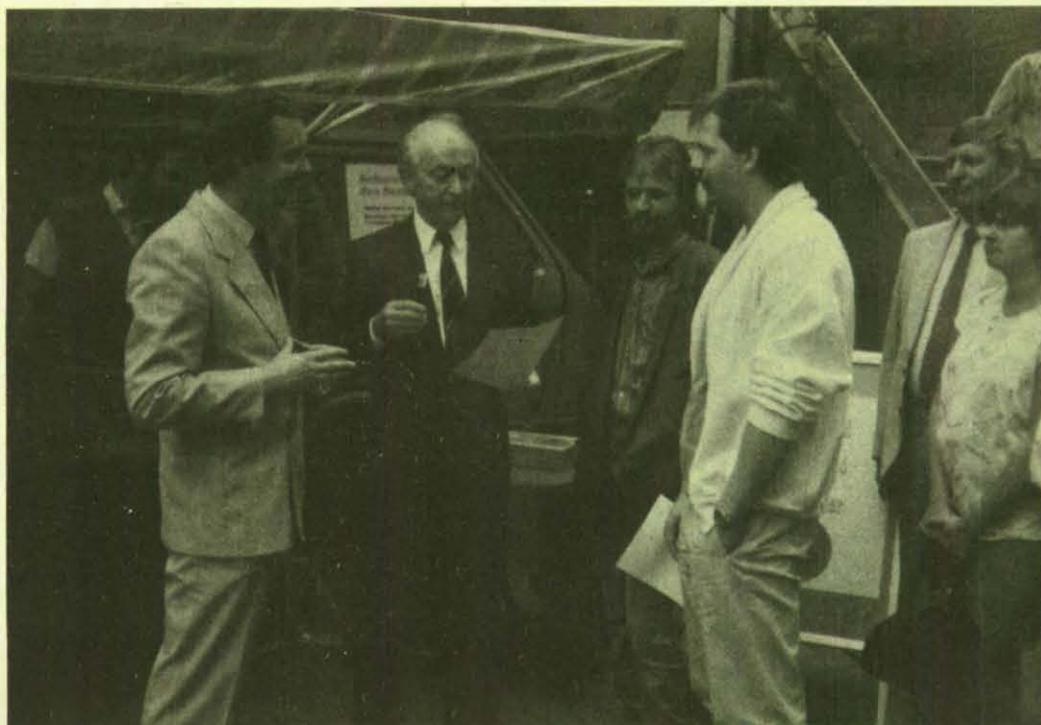
Im weiteren Verlauf der Tagung dominierten praktische Vorführungen aus dem Ausbildungsprogramm des BVS. Ein Programmpunkt, der bei allen Tagungsteilnehmern auf großes Interesse stieß.

Am Ende stand die übereinstimmende Bereitschaft, sich künftig mehr als bisher mit den Fragen des Zivil- und Selbstschutzes zu befassen und den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten zu intensivieren.

Recklinghausen

Strahlendes Wetter und gute Stimmung herrschten auf dem 19. Kanalfestival in Datteln. Ein gutes Omen für den Sicherheitswettbewerb des BVS beim traditionellen Volksfest an Europas größtem Kanalknotenpunkt.

Bürgermeister Horst Niggemeier eröffnete den Sicherheitsparcours, an dem sich Feuerwehr, Polizei, Technisches Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfallhilfe beteiligten. Insgesamt 72 Teilnehmer durchliefen die acht Stationen.



Bürgermeister Dr. Zahn ehrt gemeinsam mit BVS-Dienststellenleiter Bienbeck (links) die Sieger des Sicherheitswettbewerbs.

Horst Niggemeier überreichte dem Sieger Martin Schürmann die Siegerurkunde, eine Stadtmedaille und eine Dokumentenmappe. Auf die Frage, wo der Sieger denn das gute Wissen im Bereich der Soforthilfe her habe, antwortete er dem Bürgermeister trocken: „Ich habe vor einem Jahr einen Selbstschutz-Grundlehrgang besucht.“

Dorsten

„Die erste Dorstener Selbstschutzwoche ist eine gute Möglichkeit, für Aufgaben und Ziele des BVS zu werben“, erklärte Dorstens Bürgermeister Dr. Chri-

stian Zahn anlässlich der Eröffnung dieser Veranstaltung. „Es müssen immer neue Mittel und Wege gefunden werden, um den Bürger von der Wichtigkeit und Notwendigkeit des Selbst- und Zivilschutzes zu überzeugen“, sagte er. So wurde den Bürgern dieser Stadt eine Reihe von Einzelaktionen in Sachen Selbstschutz geboten.

Der BVS war nicht nur mit der Fahrbaren Zivilschutzausstellung im Rundzelt präsent, er bot auch einen Sicherheitswettbewerb rund um ein Dorstener Kaufhaus an. Dabei konnten BVS, THW, Feuerwehr, Polizei und DRK insgesamt 76 Teilnehmer begrüßen. Mehrere hundert Zuschauer be-

obachteten den Verlauf und ließen sich die Einzelheiten der Aktionen erklären.

Während der gesamten Aktionswoche bot die BVS-Dienststelle Recklinghausen zahlreiche Informations- und Ausbildungsveranstaltungen sowie Ausstellungen mit Computerberatungen an.

Mit Angebot und Verlauf zeigten sich auch die „Offiziellen“ zufrieden. Agnes Hürland, Parlamentarische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium und Dorstener Bürgerin, betonte die Wichtigkeit des Zivilschutzes. Und Horst Niggemeier, Bundestagsabgeordneter aus Datteln, wünschte dem BVS im Interesse der Bevölkerung Erfolg im Bemühen um mehr Sicherheit.

Aachen

Der Bundestagsabgeordnete aus Alsdorf, Achim Großmann, zeigte sich bei einem Informationsbesuch der BVS-Dienststelle Aachen beeindruckt von der Leistung, die der BVS in Aachen durch Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung erbringt. Beim anschließenden Besuch des Übungsgeländes der Dienststelle konnte er sich davon überzeugen, daß der BVS die gesamte Fachausbildung im Auftrag der Gemeinden unter realistischen Umständen durchführt.



Mit der Siegerehrung durch Bürgermeister Niggemeier (rechts) schließt der Sicherheitswettbewerb in Recklinghausen ab.

Großmann war schließlich kritischer Beobachter eines Fachlehrgangs „Bergung“, bei dem ihm unter anderem das Abseilen Verletzter mittels einer Sitzschlinge demonstriert wurde. Schließlich zeigte die BVS-Mitarbeiterin Frauke Kollhoff dem Gast das Ablöschen brennender Kleidung. Einige Überwindung kostete es den Besucher schon, diese Übung nachzuvollziehen. Doch nach dem gelungenen Versuch war der Applaus der Teilnehmer eine kleine Entschädigung.

Zum Abschluß sagte Großmann dem BVS seine volle Unterstützung auch für die weitere Arbeit zu.

Hessenspiegel

Neu-Isenburg

Zehn Tage war im Rathaus von Neu-Isenburg die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ zu sehen. Zur Eröffnung waren die führenden Vertreter der Parteien und die Selbstschutzberater der Stadt gekommen.

In seiner Eröffnungsrede wies Bürgermeister Dr. Paul Büchel auf die Bedeutung des Selbstschutzes in der heutigen Zeit hin: „Es hat sich gezeigt, daß Selbstschutz kein Schlagwort der Gegenwart ist, sondern eine Notwendigkeit über Jahrhunderte. Während früher die Menschen meist machtlos den Gewalten der Natur, aber auch kriegerischen Auseinandersetzungen gegenüberüberstanden und sich nur durch Flucht entziehen konnten, geht man heute davon aus, daß bei einiger Überlegung Schutzmöglichkeiten vorhanden oder zumindest geschaffen werden könnten.“

Die Entwicklung der Katastrophenabwehr läßt sich bis ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Damals waren die zur Verfügung stehenden Mittel zwar recht primitiv, doch versuchte man eine gewisse Organisation aufzubauen. So hatte jeder Bürger die Pflicht, Löschgeräte bereitzuhalten.

Der moderne Zivilschutz hat heute sehr viel weiterreichendere Aufgaben. Er deckt Bereiche wie Sanitätswesen, Versorgung, Rettung, Bergung, Strahlenschutz und Brandschutz ab. Im Mittel-

punkt steht, damals wie heute, der Mensch als Hilfesuchender und Helfer zugleich, und der Mensch sollte es sein, der sich den Selbstschutz zunutze machen sollte, denn es ist den Bürgern unseres Staates heute in die eigene Verantwortung gegeben, Selbstschutzkenntnisse zu erwerben und Selbstschutz zu betreiben.“

Langen

Im Rahmen einer Selbstschutz- und Sicherheitswoche präsentierte der BVS seine Zivilschutzausstellung vor der Stadthalle in Langen.

Bürgermeister Hans Kreiling übernahm gerne die Schirmherrschaft, wie er ausdrücklich in seiner Eröffnungsansprache betonte. Sein Hinweis auf die Verpflichtung des Hauptverwaltungsbeamten für den Selbstschutz wurde von den anwesenden Honoratioren mit Beifall aufgenommen.

Kreiling sprach auch darüber, daß Selbstschutz jeden einzelnen Bürger angehe und forderte die Anwesenden auf, das Angebot des BVS auch anzunehmen. Dies gelte, so sagte er, auch für den Schutzraumbau, „denn Tschernobyl kann sich wiederholen, aber auch viele andere Katastrophen“.

Dem BVS und seinen Mitarbeitern zollte der Bürgermeister hohe Anerkennung für die schwierige Arbeit. Sein Dank galt ferner dem Selbstschutzsachbearbeiter der Stadt Langen, Dieter Haferkorn, der mit viel Engagement die notwendigen Vorbereitungen getroffen habe.

Staatssekretär Claus Demke, Hessisches Ministerium der Finanzen, hob in seiner Ansprache die Pflicht der Politiker, den Selbstschutz bis hin zum Schutzraum zu fördern, hervor.

Es gehe nicht an, daß der Bürger allein dies bewältigen müsse, die öffentliche Hand, die verantwortlichen Politiker sollten schon in die Pflicht genommen werden und ihren Teil beitragen, daß unsere Welt friedlicher und somit sicherer werde. Er freue sich, daß die Stadtverwaltung Langen und der BVS hier den Vorreiter mache.

Claus Demke weiter: „Ich will alles in meiner Macht stehende

tun, um den Selbsthilfgedanken zu fördern.“

Im Anschluß führte der Fachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Hessen, Kärchner, die Gäste durch die Ausstellung. Kärchner stellte seinen Ausführungen das Motto voran: „Selbstschutz ist die Brücke für den Bürger zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe bei Unfällen, Unglücken und Katastrophen.“

Der abschließende Empfang im Rathaus konnte zu vielen Gesprächen genutzt werden.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Bad Dürkheim

Bei strahlendem Sonnenschein fand in Bad Dürkheim ein Sicherheitswettbewerb statt, den die BVS-Dienststelle Ludwigshafen auf Wunsch der Stadtverwaltung durchführte.

Zum gleichen Zeitraum fand auch die Zivilschutzausstellung „Mit dem Bürger – für den Bürger“ im Foyer der Kreisverwaltung in Bad Dürkheim statt. Neben verschiedenen Schaufensterwerbungen waren auch BVS-Ausstellungen auf dem Messegelände und im neuerbauten Rathaus der Stadt Bad Dürkheim zu sehen.

Besucher der Ausstellungen waren sowohl Bewohner der Stadt als auch Kurgäste. Übrigens war die älteste Teilnehmerin am Sicherheitswettbewerb 72 Jahre alt und ebenfalls Kurgast. Sie informierte sich über alles und wollte auch nicht versäumen, das Löschen an der Brandübungspuppe zu üben.

Neu-Anspach

Die BVS-Dienststelle Friedberg wurde von der Adolf-Reichwein-Schule in Neu-Anspach zur Teilnahme an einer Projektwoche eingeladen. In der Begrüßungsrede stellte der Konrektor der Schule die Bedeutung des Zivilschutzes und insbesondere des Selbstschutzes hervor. Er betonte, daß die in den verschiedenen Lehrgängen des BVS vermittelten Kenntnisse und Fertigkeiten die Bürger und damit auch die Schüler in die Lage versetzen, sich

selbst und anderen in Gefahrensituationen helfen zu können.

Es nahmen 20 Schüler an einem Selbstschutz-Grundlehrgang und einem Se-Ergänzungslehrgang „W“ teil. Die lebensrettenden Sofortmaßnahmen und die praktischen Brandschutzübungen stießen auf großes Interesse bei den Schülern.

In der Verabschiedung bedankte sich die Schulleitung für die gute Zusammenarbeit mit dem BVS, verbunden mit der Hoffnung, daß sich der BVS auch im nächsten Jahr an der Projektwoche beteiligt.

Mayen

An der neugestalteten Eifel-ausstellung in Mayen hatte sich auch die BVS-Dienststelle Koblenz beteiligt. Dabei wurde die Ausstellung „Bevölkerungsschutz“ vorgestellt. Eine Selbstschutzausstellung in Wohnstätten ergänzte die vorhandenen Bilder. Die ausgestellten Geräte zogen immer wieder Besucher an. Viele Fragen über den Selbstschutz konnten von den BVS-Mitarbeitern beantwortet werden. Vorsorge, Eigenhilfe und eine Vorratshaltung waren besonders aktuelle Themen.

Beim Rundgang besuchte auch der Oberbürgermeister der Stadt Mayen, Albert Nell, den BVS-Stand. In einem längeren Gespräch mit dem Fachbearbeiter für Schutzbau, Karl Viktor Kaifer, und dem Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz, Herbert Neuland, wurde vor allem die neugestaltete Öffentlichkeitsarbeit des BVS vorgestellt. Oberbürgermeister Nell wies darauf hin, daß gerade Informationen über Notsituationen und das richtige Verhalten bei Gefahren noch intensiver und deutlicher herausgestellt werden müssen.

Bayern heute

Nürnberg

Unter dem Motto „Die AOK Mittelfranken und der BVS im Dienste der Bürger“ veranstaltete die BVS-Dienststelle Nürnberg eine Bildausstellung in Verbindung mit einer Ausstellung von



Aufschlußreiche Informationen über Selbstschutzgerät bot der BVS bei der AOK in Nürnberg.

(Foto: Matejka)

Selbstschutzgerät in der AOK-„Gesundheitskasse“ in Nürnberg.

AOK-Direktor Walter Schwarz konnte 85 Ehrengäste zur Eröffnungsveranstaltung begrüßen. Bei seiner Ansprache unterstrich er die Verantwortung der beiden Körperschaften für den Dienst am Bürger. BVS-Dienststellenleiter Erhard Hosemann erläuterte Sinn und Zweck der Ausstellung und gab einen kurzen Überblick über die Arbeit des Verbandes.

Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Nürnberg demonstrierten anschließend vor dem Gebäude der AOK Ausschnitte aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang. Zum Abschluß wurde den Ehrengästen der Film „Sicherer leben“ vorgeführt.

München

Aus der Hand von Innenminister August R. Lang empfing BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker im Innenministerium in München das Verdienstkreuz am

Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

In seiner Laudatio führte Minister Lang unter anderem aus, daß Kopsieker seit fast drei Jahrzehnten im BVS tätig ist. Er war zunächst Dienststellenleiter in Krefeld, übernahm dann die Bezirksstelle in Arnberg und leitete zehn Jahre lang die BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen. Da-

neben wirkte er bei der Personalvertretung mit und war Vorsitzender des Hauptpersonalrates des BVS. Seit 1980 leitet er die BVS-Landesstelle Bayern.

Minister Lang faßte zusammen: „Sie setzten sich stets mit großem persönlichen Einsatz für die Verbreitung des Selbstschutzgedankens und den Schutz der Bevölkerung ein. Sachkundig und

verantwortungsbewußt vertreten Sie die Belange des Verbandes und widmeten sich engagiert der Betreuung der ehrenamtlichen Helfer. Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildungstätigkeit können bei den der Landesstelle nachgeordneten BVS-Dienststellen aufgrund Ihres Wirkens hervorragende Ergebnisse erzielt werden.“



Staatsminister Lang (rechts) verliest die Verleihungsurkunde für BVS-Landesstellenleiter Kopsieker.

Helmut Nitschke

Der Schutzraumbau in Berlin

Betrachtung der baulichen Zivilschutzmaßnahmen ergibt eine negative Bilanz

Die zum Bereich „Zivile Verteidigung“ in der Bundesrepublik Deutschland von den parlamentarischen Gremien verabschiedeten Gesetze konnten auf Grund der alliierten Vorbehalte nie nach Berlin (West) übernommen werden. Einzige rechtliche Basis für alle in Berlin (West) zutreffenden Zivilschutzmaßnahmen ist die Anordnung der Alliierten Kommandantura von 1965, BK/0 65 11, in der der Senat von Berlin angewiesen wurde

1. alle in Berlin notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, mit denen Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung, ihre Wohnungen, Arbeitsstätten und die für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse wichtigen Einrichtungen und Güter ... geschützt werden können.

2. Maßnahmen im Sinne der Nr. 1 sind insbesondere solche ... zur Errichtung von Schutzräumen für die Bevölkerung und von Schutzbauten für lebenswichtige Betriebe, Anlagen und Einrichtungen.

Bevor die alliierte Anordnung in die Praxis umgesetzt werden konnte, mußte die Finanzierung aller zu treffenden Zivilschutzmaßnahmen sichergestellt werden. Nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin wurde in einem Verwaltungsabkommen insbesondere die Finanzierung sichergestellt.

Stand der Schutzbaumaßnahmen

1. Öffentliche Mehrzweckanlagen

Im Rahmen des Bauvorhabens „Kudamm-Karree“ entstand eine mehrstöckige Garagenanlage, deren untere zwei Etagen eine Schutzanlage darstellen. Bauliche Nachlässigkeit und eine vielleicht nicht immer optimale Wartung

dieser Schutzanlage führten allerdings zu derart gravierenden Mängeln, daß der Schutzraum im Gefahrenfall einen nur unzureichenden Schutz bietet.

Eine weitere Anlage befindet sich als Tiefgarage am Exelsior-Gebäude in Berlin-Kreuzberg.

Einer Privatinitiative ist es zu verdanken, daß in der Laubacher Straße in Berlin 41 eine Schutzanlage mittlerer Größe, ebenfalls als Tiefgarage, entstand.

Im Rahmen der Erweiterung des Streckennetzes der Berliner Verkehrs-Betriebe wurde der U-Bahnhof „Pankstraße“ geplant und so konzipiert, daß er nach Bewilligung entsprechender Haushaltsmittel durch den Bund zu einer Mehrzweckanlage ausgebaut werden konnte.

Die Erweiterung des U-Bahn-Streckennetzes in Richtung Spandau ermöglichte Anfang der achtziger Jahre den Bau des U-Bahnhofes „Siemensdamm“ als Mehrzweck-Schutzanlage.

Die in Berlin (West) vorhandenen Mehrzweckanlagen haben folgende Kapazitäten:

Tiefgaragen:

Kudamm-Karree, Uhlandstraße 3 592 Schutzplätze
Exelsior-Gebäude, Stresemannstraße 3 102 Schutzplätze
Laubacher Straße 450 Schutzplätze

U-Bahnhöfe:

Pankstraße 3 346 Schutzplätze
Siemensdamm 4 332 Schutzplätze
Fassungsvermögen insgesamt: 14 822 Schutzplätze

Die Mehrzweckanlagen verfügen über Notbrunnen, Notstromanlage sowie Sitz- und Liegemöglichkeiten. Sie gestatten einen Aufenthalt von bis zu 14 Tagen.

Ungelöst ist die Frage nach einem Schutzraumbetriebsdienst, der im Gefahrenfall die zum Teil sehr aufwendigen Anlagen in Betrieb zu nehmen und die Schutzsuchenden zu betreuen hätte. Auch die medizinische Betreuung

in den Schutzanlagen ist und bleibt ungelöst.

2. Instandgesetzte Schutzanlagen aus dem 2. Weltkrieg

Berlin (West) weist als Teil der ehemaligen Reichshauptstadt eine große Zahl von Schutzanlagen aus dem 2. Weltkrieg auf. Nach Kriegsende versuchte man, diese Hindernisse eines Wiederaufbaues abzutragen oder zu sprengen. Dies gelang nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil. Bei Altbunkern, wie dem in der Schöneberger Pallasstraße, gelang es lediglich, die Zwischendecken herauszusprengen. Der Baukörper aber als solcher, Wände und Decken aus mehreren Metern Stahlbeton, zeigte sich vor allen Sprengversuchen unbeeindruckt.

Nachdem die alliierten Schutzmächte Zivilschutzmaßnahmen genehmigt hatten und die Kostenübernahme durch den Bund geregelt war, wurde eine Bestandserhebung durchgeführt. Ziel der Prüfung war es, instandsetzungswürdige Schutzanlagen zu ermitteln und durch den Senat dem Bund den Ausbau vorzuschlagen. Hierbei war zu berücksichtigen, daß ein Teil der alten, instandsetzungswürdigen Bunker zum Teil langfristig an gewerbliche Unternehmen vermietet waren. In anderen Schutzanlagen befand bzw. befindet sich ein Teil der Senatsreserve.

Um die Schutzanlagen dem Zivilschutz zuzuführen, wurden auslaufende Mietverträge nicht mehr verlängert. Unter Berücksichtigung der vom Bund zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel erfolgt dann Zug um Zug der Ausbau.

Im Rahmen dieser Maßnahmen sind folgende öffentliche Schutzräume entstanden:
Fehrbelliner Platz

1 809 Schutzplätze

U-Bahnhof Gesundbrunnen 1 318 Schutzplätze
Eiswaldstraße 1 074 Schutzplätze
Massiner Weg 350 Schutzplätze
Eiderstedter Weg 293 Schutzplätze
Nicolaistraße 202 Schutzplätze
Bosestraße 200 Schutzplätze
Bornsdorfer Straße 199 Schutzplätze
Fassungsvermögen insgesamt 5 445 Schutzplätze

Zur Zeit werden folgende ehemalige Luftschutzbunker zu Schutzräumen ausgebaut:
Stresemannstraße

ca. 520 Schutzplätze
Pallasstraße ca. 4 700 Schutzplätze

Sind alle aufgeführten Schutzanlagen ausgebaut, stehen der Bevölkerung insgesamt rd. 26 000 öffentliche Schutzplätze zur Verfügung.

3. Hausschutzräume

In der Stadt gibt es eine erst vor kurzem entstandene Siedlung, in der jedes Familienmitglied über einen Schutzplatz verfügt. Diese Siedlung, Düppel/Gartenstadt, sollte vor Jahren auf einem Gelände der ehemaligen Wehrmachtsführung entstehen. Um das Gelände mit Ein- und Mehrfamilienhäusern bebauen zu können, war es erforderlich, alte Schutzbauten abzutragen.

Die hierfür zuständigen Stellen vertraten einhellig die Auffassung, daß für die Zerstörung dieser alten Schutzanlagen Ersatz in Form von Hausschutzräumen geschaffen werden müsse. Dieser als richtig erkannte Weg konnte auch, allen Protesten und Resolutionen zum Trotz, gegangen werden. Inzwischen sind Schutzräume mit insgesamt 1 250 Schutzplätzen fertiggestellt.

Es gibt mit Sicherheit weitere private Hausschutzräume in Berlin, insbesondere in den Stadtrandgebieten. Da die Bauherren aber oft auf den Bundeszuschuß verzichten, können weitere

Schutzplatzzahlen nicht erfaßt werden.

Resümee

Die Bevölkerung Berlins ist absolut unzureichend geschützt. Nach Fertigstellung aller im Bau befindlichen Anlagen sind statistisch für ca. 1,4% der Bevölke-

rung Schutzplätze vorhanden, also noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

Zu den sehr hohen Baupreisen kommt erschwerend hinzu, daß der Berliner Bauherr zwar den Zuschuß des Bundes zum Hauschutzraum beantragen kann und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auch

erhält, die darüber hinaus entstehenden Mehrkosten jedoch entgegen den Regelungen im Bundesgebiet nicht steuerlich abgeschrieben werden können. Hier- von lassen sich viele Bauherren abschrecken.

Der Bund hat die für den Schutzraumbau im Land Berlin nachteilige Regelung, daß eine

steuerliche Abschreibung nicht möglich ist, bis heute nicht geändert, obwohl die Abschreibung von Mehrkosten aus dem Schutzraumbau in einem Steuergesetz geregelt und damit die entsprechende Übernahme nach Berlin ermöglicht werden könnte.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesminister des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Neumünster

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 1. 1. 1989 –

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Herford

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 1. 1. 1989 –

Leiter/-in in FZA bei der BVS-Landesstelle Hessen

Verg.-Gr. IV b BAT – ab sofort –

Fachbearbeiter/-in im Fachgebiet Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 1. 1989 –

Fachbearbeiter/-in im Fachgebiet Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Hessen in Wiesbaden

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 1. 1989 –

Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Bochum

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 3. 1989 –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 10. 12. 1988 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –

Deutscherherrenstr. 93–95, 5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. sucht für seine Bundesgeschäftsstelle in Köln einen

Sachbearbeiter für Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Zu seinen Aufgaben gehört neben der verwaltungsmäßigen Betreuung der Bereiche Katastrophenschutz und Rettungsdienst auch die Mitwirkung bei der Ausbildung im Katastrophenschutz auf Bundesebene.

Der Bewerber sollte nicht nur über praktische Erfahrungen im Rettungsdienst/Katastrophenschutz, sondern auch im administrativen Bereich verfügen.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an BAT.

Bewerbungen sind zu richten an:

**ASB-Deutschland e.V., Bundesgeschäftsstelle,
Sülzburgstraße 140, 5000 Köln 41**

Hamburg



Zum 14. Mal bei „Du und Deine Welt“

Hamburg. Es war die 25. Internationale Familienausstellung, die über 300 000 Besucher anzog. Das THW hatte diesmal für seinen Stand das Motto „Alarmzug des THW Hamburg“ gewählt.

Um Einsatzmöglichkeiten und Arbeitsvorgänge deutlich zu machen, waren Geräte des Bergungszuges, z. B. Motorsäge, Preßluftatmer, Gesteinsbohrhammer, Trennschleifer u.a.m. in Verbindung mit Funkalarmempfängern sowie ein Verschüttetensuchgerät ausgestellt.

In einer Außenveranstaltung für Presse- und Behördenvertreter wurde das Verschüttetensuchgerät in der Elbe bei Winsen erstmals unter Wasser getestet. Begleitet von Fernseh- und Rundfunkteams wurde ein ausgedienter VW-Käfer ca. 3 m tief in die Elbe versenkt. Ein BGS-Taucher wurde mit „versenkt“ und machte sich, nachdem die Geophone im Wasser waren, durch Klopffzeichen bemerkbar. Die genaue Ortung des versunkenen Fahrzeuges konnte trotz vielfacher Störgeräusche von einem Rettungsboot aus sofort erfolgen, und zwei weitere Taucher „retteten“ ihren Kameraden aus dem Auto.

Weiter informierten auf dem Messestand Bilder über den Einsatz des Alarmzuges und des Bergungsräumgerätes. Das Bergungsräumgerät mit verschiedenen Zusatzgeräten in Arbeitsposition sowie eine Drehscheibe mit Modellen von Einsatzfahrzeugen im Maßstab 1:87, wurden in Form von Dioramen den Besuchern dargestellt.

Nicht nur Hamburger, sondern auch Besucher aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen zeigten großes Interesse für den Stand des THW. Der Wunsch, im Dienste der Humanität tätig zu sein und das Interesse an einer



Staatssekretär Würzbach (rechts) läßt sich von Landesbeauftragten Trautvetter (Mitte) und Bezirksbeauftragtem Siebert die Funktion des Verschüttetensuchgerätes erläutern. (Foto: Clasen)

Mitarbeit in einer technisch ausgerichteten Katastrophenschutzorganisation stand bei Informationsgesprächen im Vordergrund.

Auch der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Henning Voscherau, Senatsmitglieder, der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, der Standortkommandant von Hamburg, Kapitän zur See Helmut Kähler, der Leiter der Hamburger Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Manfred Gebhardt, und weitere Repräsentanten verschiedener Bereiche stellten dem Stand des THW einen Besuch ab.

Radio Hamburg bat den THW-Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Günter Trautvetter, um ein Interview über das neue Verschüt-

tensuchgerät. Die Ausstellung war sehr erfolgreich. Deshalb wird das THW auch 1989 wieder bei „Du und Deine Welt“ vertreten sein. P.C./A.K.

Politiker informierten sich

Hamburg. Information und Meinungsaustausch standen im Mittelpunkt eines Besuches, den Bundestagsabgeordneter Funke und das Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bodeit, dem THW-Landesverband abstatteten.

Im Gespräch mit dem THW-Landesbeauftragten Trautvetter und den Hauptsachgebietsleitern

Nachruf

Am 8. Oktober 1988 verstarb im Alter von 85 Jahren nach langem, schweren Leiden

Dr. med. Fritz Hoffmann

Der Verstorbene gehörte dem THW seit der Gründungsversammlung des Landesverbandes Hamburg im Jahre 1952 an.

Von 1953 bis 1955 war er maßgeblich an der Gründung und dem Aufbau des Bezirksverbandes Hamburg-Altona beteiligt.

Bis 1968 war Dr. med. Hoffmann als betreuender Arzt und medizinischer Ausbilder für alle sieben Bezirksverbände in Hamburg unermüdlich tätig. In den Jahren 1968 bis 1980 war Dr. med. Hoffmann auch als Althelfer stets bemüht, sein fundiertes Wissen an die Helfer weiterzugeben.

Wir haben in ihm einen vorbildlichen Kameraden verloren.

Bundesanstalt
Technisches Hilfswerk
Der Bezirksbeauftragte
für Hamburg-Altona

erörterten die FDP-Parlamentarier aktuelle Fragen zur Arbeit des THW.



Landesbeauftragter Trautvetter (rechts) im Gespräch mit den beiden FDP-Parlamentariern MdB Funke (links) und Bürgerschaftsmitglied Bodeit. (Foto: Krüger)



THW beim Tag der Niedersachsen

Uelzen. Mit 150 000 Besuchern konnte der diesjährige Tag der Niedersachsen, der am 20. und 21. August 1988 in der Heidestadt Uelzen stattfand, an den Vorjahreserfolg von Lingen anknüpfen. Auch die Verantwortlichen des THW als einem von 32 teilnehmenden Verbänden zeigten sich mit dem Verlauf der beiden Veranstaltungstage hoch zufrieden. Insgesamt positiv bewertet werden kann auch der Versuch, die Landeswettkämpfe der THW-Jugend Niedersachsen in das bunte Geschehen einzubinden.

Leistungsschau des Ortsverbandes

Mit einer gekonnten Präsentation seiner Einsatz- und Leistungsbereitschaft wartete der THW-OV Uelzen auf, dessen langjähriger Orts- und derzeitiger Kreisbeauftragter Rudolf Froin auch als Bürgermeister der sogenannten „Uhlenkörperstadt“ (Eulenkäuperstadt) wirkt.

Unter der Leitung des Ortsbeauftragten Wolfgang Deuter waren nahezu alle Helfer beim Aufbau und Abbau sowie an der Durchführung der Veranstaltung beteiligt. Dabei kamen der komplette Bergungszug einschließlich des neuen Bergungsräumgerätes und der Instandsetzungszug mit sämtlichen Fahrzeugen sowie umfangreicher Gerätschaft zum Einsatz. Die Wasserdienstkomponente

wurde eindrucksvoll durch den Aufbau einer 4-t-Pontonfähre dokumentiert.

Die Jugendgruppe stand mit Ausnahme des Wettkampftages, wo man einen bravourösen dritten Platz belegte, für die Unterstützung der aktiven Helfer zur ständigen Verfügung.

„Gasthelfer“ aus Ronnenberg und Goslar

Während die Goslarer Helfer mit ihrer Diorama- und Modellschau von Anfang an dabei gewesen sind, waren in diesem Jahr vier Helfer aus Ronnenberg zum ersten Mal mit von der Partie. Sie demonstrierten mit großem Fleiß – wie bereits auf der „INTER-SCHUTZ '88“ – das Bergen aus Höhen mittels Rollglissgerät von einem Gerüstturm aus und hievten Hunderte kleiner und großer Bürger, darunter auch den Oberkreisdirektor Dr. Elsner, in die Höhe. Sie werden zukünftig einen festen Programmpunkt im Planungskonzept bilden.

Preis Ausschreiben und Hilfeleistungen

Eine gute Idee hatte der Ortsverband Uelzen, indem er ein Preis Ausschreiben vorbereitete, bei dem vier Fragen aus dem THW-Alltag auf einer Postkarte zu beantworten waren. Mit fast 1 000 Teilnehmern sowie einer späteren Verlosung wirkt diese Maßnahme über den Tag der Niedersachsen hinaus und bietet vor allem Adressenmaterial für Jung-helfer- und Helferwerbaktionen.

Bei der Aufzählung der Aktivitäten sollen aber auch einige technische Hilfeleistungen nicht unerwähnt bleiben. So rückten am Samstagabend 15 Helfer aus, um eine Bühne im Jugendtreffzelt



Die siegreiche Jugendgruppe aus Stade mit Bergungszugführer Biroth (links). (Foto: Bormann)

der Jugendfeuerwehr zu reparieren. Am Nachmittag wurde auf Ersuchen der Polizei eine Geldkassette aus der Ilmenau geborgen und ein Fahrrad gleich dazu. THW – live!

Landeswettkämpfe der THW-Jugend Niedersachsen

Mit besonderer Billigung der Veranstalter – der niedersächsischen Landesregierung und der Stadt Uelzen – wurden erstmals bei einem Tag der Niedersachsen die Landeswettkämpfe der THW-Jugend durchgeführt.

Pünktlich um 9.00 Uhr eröffnete am Samstagmorgen Bürgermeister Froin in Begleitung des Lingener Oberbürgermeisters Klukert die Wettkämpfe, zu denen acht von insgesamt 50 Gruppen angetreten waren. Folgende Aufgaben mußten bewältigt werden, wobei der Faktor Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielte:

- Bootsregatta auf der Ilmenau (nach Zeit)
- Bau eines Tonnenstegs
- Inbetriebnahme der Schmutzwasserpumpe und Bewegung eines Wasserballs innerhalb eines festgelegten Parcours mit dem Strahlrohr (nach Zeit)
- Erste Hilfe – Herstellen der stabilen Seitenlage eines Verletzten und Anlegen eines Druckverbandes am Unterarm
- Einordnen einer Karte, M. 1:50 000, sowie Punktbestimmung nach Koordinaten und Koordinatenbestimmung nach Punkten
- Hissen der THW-Jugendflagge.

Hoher Besuch am Mittag

Mitten in das Wettkampfgeschehen des zweiten Durchgangs am Mittag fiel der Besuch von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht. Er zeigte sich vom sichtbaren Eifer der Jugendlichen

sehr angetan und ließ sich trotz eines dichtgedrängten Besuchsprogramms viel Zeit, um sich ausführlich zu informieren.

Mit Spannung wurde dann am Nachmittag die Siegerehrung erwartet. Unter dem großen Jubel aller Beteiligten erhielt die Jugendgruppe Stade aus der Hand von Wilfried Burghardt vom Niedersächsischen Innenministerium den Pokal des Innenministers als erster Sieger überreicht. Ihn folgten Northeim und Uelzen als Zweit- und Drittplazierte sowie in der weiteren Reihenfolge Nordenham, Lüchow-Dannenberg, Hude-Bookholzberg, Cloppenburg und Oldenburg. Ihnen allen dankten Landesbeauftragter Eckard Leiser und Landesjugendleiter Claus Dick-Franke für die Bereitschaft zur Teilnahme. Unter Beteiligung weiterer Jugendgruppen klang das Veranstaltungsprogramm am Samstag mit einem vielbesuchten Spiel-, Mitmach- und Aktionstag unter der Gesamtverantwortung von Hans-Bernd Fuchs aus.

Fazit

Die Beteiligung des THW am Tag der Niedersachsen hat sich sehr bewährt. Auch wenn Spaß, Spiel und Freude beim Landesfest dominierten, war es doch wichtig, der Bevölkerung die hohe Motivation der ehrenamtlich wirkenden Mitglieder aller Katastrophenschutzorganisationen, namentlich des im Alltag weniger in Erscheinung tretenden THW, im großen Leistungsspektrum der Aktiven vor Augen zu führen. Wie sagte doch ein Passant angesichts des THW-Bereiches zu seinem Nachbarn: „Das THW bleibt ja Gott sei Dank erhalten.“ Insofern haben auch die Aktivitäten in Uelzen 1988 wieder einen kleinen Beitrag zu einer positiven Meinungsbildung geleistet. R.B.



Sicher im Rollglissgurt – das Trachtenmädchen hat keine Angst.

(Foto: Bormann)

THW-Direktor zu Gast in Hannover und Lehrte

Hannover. Die Verleihung der höchsten THW-Auszeichnung und die Einweihung einer neuen Unterkunft führten THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel und Referatsleiter THW I Hans-Joachim Derra in die niedersächsische Landeshauptstadt mit Abstecher ins 20 km entfernte Lehrte.

In der Unterkunft des THW-OV Hannover versammelten sich hauptamtliche Mitarbeiter und ehrenamtliche Führungskräfte aus 13 Ortsverbänden der Umgebung – sie repräsentierten immerhin rund 1200 Helfer –, um der Auszeichnung von Ortsbeauftragtem Günther Cyriacks mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold beizuwohnen. Am Vorabend seines 60. Geburtstages erfuhr dieser die hohe Ehrung für seine 35jährige, engagierte Mitarbeit. Bereits 1953 hatte Cyriacks als junge Helfer am Hollandeinsatz teilgenommen und später trotz langjähriger Unterkunftsmisere dem THW die Treue gehalten.

Das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz erhielt anschließend der Kreisbeauftragte für den Landkreis Hannover, Ernst Brünig. Für 25- bzw. 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit im THW wurde das Ehepaar Rudolf und Doris Hepe mit Urkunden bedacht.

Im Anschluß an die Ehrungen gingen Direktor Henkel und Landesbeauftragter Leiser auf die aktuelle Situation des THW nach der Veröffentlichung des Bundesrechnungshofgutachtens mit der Auflösungsempfehlung ein. Erfreut wurde die Mitteilung aufge-



Direktor Henkel (rechts) verliest die Verleihungsurkunde für Günther Cyriacks. (Foto: Bormann)



Führungswechsel in Lehrte: Direktor Henkel (links) verabschiedet Heinrich Schaper (rechts) und führt Helmut Mogck in sein neues Amt als Ortsbeauftragter ein. (Foto: Bormann)

nommen, daß sich die Regierungsparteien zwischenzeitlich nachdrücklich zur Existenz des THW bekannt und für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage noch in dieser Legislaturperiode ausgesprochen haben.

Beim abendlichen Gespräch wurden auch die Alltagsorgen der Helfer erörtert – wobei das Spektrum vom Bedarf an zusätzlichen Führungs- und Transportfahrzeugen in einem Großortsverband bis zur Wartung und Pflege nicht –STAN– gemäßen Gerätes reichte.

Aus Anlaß des 60. Geburtstages ihres Ortsbeauftragten hatten die Hannoveraner Helfer am nächsten Morgen zu einem Empfang eingeladen, zu dem als prominenteste Gäste Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und Regierungspräsident Gottfried Jakob erschienen waren.

Mit einem Festakt, eingebunden in einen Tag der offenen Tür, beging der Ortsverband Lehrte die Einweihung seiner neuen Unterkunft. Ab 10.00 Uhr hatten die zahlreichen Besucher Gelegenheit, das neue Domizil in Augenschein zu nehmen, sich über den Fahrzeug- und Gerätepark zu informieren und Vorführungen, z. B. mit der Sauerstoffpflanze, beizuwohnen. Die jungen Gäste konnten sich bei Schlauchbootfahrten auf den Teichen des Geländes und am Überqueren eines Seilhängesteges vergnügen.

Fierlich ging es dann am Nachmittag beim Festakt in der geschmückten Kraftfahrzeughalle zu. Nach Übergabe eines überdimensionalen blauen Schlüssels durch Staatshochbauamtsleiter Lothar Pollack hielt THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel die Festansprache, in der er seine Freude ausdrückte, daß das „Nomadendasein“ des Lehrter THW nun

endlich ein Ende habe. Als „Modell zum Appetitholen“ für andere auf ihre Unterbringung wartenden Ortsverbände bezeichnete er treffend die wirklich gelungene Unterkunft.

Für den dienstältesten aktiven Ortsbeauftragten des THW in Niedersachsen, Dipl.-Ing. Heinrich Schaper, war die Einweihung des neuen Hauses Höhepunkt seiner Laufbahn und Abschied zugleich. Nach 27jähriger Ortsbeauftragtentätigkeit gab der 64jährige sein Amt ab. Seine Nachfolge trat Helmut Mogck an. Stehend und mit langanhaltendem Beifall wurde Kamerad Schaper von den Gästen und der Helferschaft verabschiedet.

R.B.

Veranstaltungsreigen in Niedersachsen

Eine Veranstaltung kommt selten allein – diese Erkenntnis bewahrheitete sich am ersten Herbstwochenende des Jahres im Landesverband Niedersachsen auf gravierende Weise. Und da gleich fünf Veranstaltungen parallel liefen, hieß das Motto: Alle verfügbaren hauptamtlichen Führungskräfte an die Front.

Leer. THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser entschied sich für einen Auftritt in seiner ostfriesischen Heimat. Anlässlich der Einweihung der neuen Ortsverbands-Unterkunft in Leer hielt er die Festansprache. Sein Redekonzept umfaßte drei Schwerpunkte – Mittelsituation auf dem Liegenschaftssektor, das Bundesrechnungshofgutachten mit dem klaren Votum der Regierungsparteien für den Erhalt des THW, und schließlich das Verhältnis zwi-

schen Feuerwehr und THW, das in Niedersachsen erfreulicherweise von Sachlichkeit geprägt ist. Nach dem Festakt, an dem neben vielen anderen Gästen die Bundestagsabgeordneten Rudolf Seiters und Günther Tietjen teilnahmen, wurde die Bevölkerung zu einem Tag der offenen Tür erwartet, deren Besuch allerdings etwas unter der schlechten Witterung litt.

Burgdorf. In Vertretung des THW-Landesbeauftragten wohnte Hauptsachgebietsleiter Einsatz Jochen Rohwedder der 28. Sitzung des erweiterten Vorstandes der THW-Helfervereinigung Niedersachsen in Burgdorf bei. Die Leitung hatte der Landesvorsitzende, MdB Dr. Dietmar Kansy. Neben aktuellen internen Themen bildeten der Bundesrechnungshofbericht und das Verhältnis zwischen Feuerwehr und THW weitere Diskussionsschwerpunkte. Ausführlich wurde auch über eine gesetzliche Regelung für das Technische Hilfswerk gesprochen.

Peine. Zu einem Lehrgang für die Zugführer des Bergungsdienstes der THW-Geschäftsbereiche Lüneburg, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen hatte Hauptsachgebietsleiter Ausbildung Ralph Dunger in ein Peiner Hotel geladen. Dunger zeigte sich enttäuscht über die geringe Teilnehmerzahl von 20 Führungskräften. Mit Unterstützung der Kollegen wurden Fragen aus Verwaltung, Ausstattung, Ausbildung und Helferrecht erörtert. Für alle Teilnehmer eine sehr informative Veranstaltung.

Osterode. In südlicher Richtung, in den Harz, verschlug es den Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Reiner Bormann, an diesem ereignisreichen Tag. Um 9.00 Uhr hatte THW-Ortsbeauftragter Bernd Oppermann in Osterode zu einem kleinen Festakt anlässlich des 30jährigen Bestehens in die Unterkunft eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Ortsbeauftragten, einer Ansprache von Sachgebietsleiter Bormann und Grußworten der Gäste begab man sich auf den Marktplatz des Harzstädtchens, wo eine Fahrzeug- und Geräte-

schau viele interessierte Besucher fand. Der Abend gehörte dann mit einem geselligen Beisammensein den Osteroder Helferinnen und Helfern mit Angehörigen.

Hildesheim. Bereits um 11.00 Uhr wartete auf Sachgebietsleiter Reiner Bormann eine weitere Amtshandlung, die er in seiner Heimatstadt besonders gern vornahm. Im Beisein vieler Gäste und der gesamten Helferschaft wurde Karl-Heinz Mädels offiziell in sein Amt als THW-Ortsbeauftragter der Domstadt eingeführt. Mädels hat sich in dreißigjähriger Zugehörigkeit zum THW als einsatzbereiter und erfahrener Helfer erwiesen, dem Bormann „fachliche Kapazität, persönliche Integrität und menschliche Qualität“ bescheinigte. Daß er für die Stadt Hildesheim zudem ein Mann ihres Vertrauens ist, bestätigte Stadtdirektor Hoffmann in seinem Grußwort. R.B.

Gemeinsam an die Öffentlichkeit

Braunschweig. Der Altstadtmarkt in Braunschweig war Ort einer gemeinsamen Ausstellung der Bundesgrenzschutzabteilung Nord 4 und dem THW-OV Braunschweig. Anlaß der Ausstellung war der „Informationstag Dritte Welt“, der auch in Braunschweig stattfand.

Der Ortsverband Braunschweig beteiligte sich mit einem Gerätekraftwagen, einem Mannschaftskraftwagen und einem Führungsfahrzeug an der Ausstellung. Es wurden Filme über die Arbeit des THW gezeigt, zahlreiche Gespräche geführt und Nachwuchswerbung betrieben.

Der Bundesgrenzschutz zeigte eine Fähre aus Pontons, einen Beleuchtungswagen und einen Trinkwasseraufbereitungswagen, mit dem pro Stunde 10 000 Liter Trinkwasser produziert werden können.

Als besonderer Gast konnte auf der Ausstellung der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Volkmar Köhler, begrüßt werden, der zuvor in der Industrie- und Handelskammer über Entwicklungshilfe gesprochen hatte. T.S.

Saarland



Hohe Auszeichnung für Dieter Meyer-Paysan

Saarbrücken. Im Rahmen des Festaktes zum 30jährigen Bestehen des THW-OV Saarbrücken entpflichtete Gerd-Jürgen Henkel, Direktor des THW, den bisherigen Kreisbeauftragten Dieter Meyer-Paysan auf dessen eigenen Wunsch.

In seiner Laudatio ging Direktor Henkel sowohl auf den beruflichen Werdegang wie auch auf das Engagement des scheidenden Kreisbeauftragten ein. Insbesondere führte Direktor Henkel die Leistungen Meyer-Paysans im Ausbildungswesen an, das bundesweit Bedeutung bekam und heute noch seinen Niederschlag in Ausbildungsvorschriften findet.

Meyer-Paysan trat 1955 in das THW, OV Darmstadt, ein, wo er alsbald Ausbildungsleiter wurde. Er führte im Betreuungsbereich Südhessen die Helferprüfung als Abschluß der Grundausbildung ein. Nach seinem Wohnortwechsel 1958 nach Saarbrücken stellte er sich dem neu gegründeten THW-Ortsverband Saarbrücken zur Verfügung und beeinflusste dessen Aufbau entscheidend. Von 1976 bis 1981 leitete er den Ortsverband als Ortsbeauftragter und hatte gleichzeitig das Amt des Kreisbeauftragten inne.

Nachdem Dieter Meyer-Paysan neben anderen Auszeichnungen 1975 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen worden war, zeichnete Direktor Henkel den scheidenden Kreisbeauftragten

nun nach mehr als 30jährigem Engagement mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus. S.



Für seine Verdienste um das THW wurde Dieter Meyer-Paysan mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold ausgezeichnet.

Baden-Württemberg



Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Frank Braun

der durch einen tragischen Unfall aus unserer Mitte gerissen wurde.

Frank war seit 1985 im THW-OV Schopfheim tätig. Seit Anfang des Jahres unterstand ihm die Grundausbildung der Helfer. Er war durch seine Kameradschaftlichkeit und Zuverlässigkeit als Gruppenführer bei allen sehr beliebt.

Alle, die ihn kannten, schätzten ihn als unternehmungslustigen und humorvollen Kameraden.

Wir nehmen Abschied in tiefer Trauer.

Trefzer, Ortsbeauftragter
Die Helfer des THW-OV
Schopfheim



Die THW-Fahrzeugschau aus der Vogelperspektive.

(Foto: Schardin)

Bayern



THW-Stützpunkt zum Ortsverband „befördert“

Ergolding. Als ein derzeit äußerst seltenes Ereignis bezeichnete THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Reiner Vorholz die Erhebung eines THW-Stützpunktes zu einem Ortsverband. Zu den bereits bestehenden Ortsverbänden Landshut und Vilsbiburg gesellt sich nun der Ortsverband Ergolding. Diese Erhebung, so der Landesbeauftragte, sei nur durch die jahrelange unermüdlige Arbeit der THW-Helfer des Ergolding Stützpunktes, insbesondere aber durch Hermann Schwarz, möglich geworden.

Es gelte deshalb, so Vorholz, Hermann Schwarz, den bisherigen Stützpunktleiter zu ehren, der sich schon 1971 mit der Aufstellung eines in Ergolding zu stationierenden Fernmeldezuges befaßt habe. Als Dank und Anerkennung erhielt Hermann Schwarz aus der Hand des Landesbeauftragten das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Auch Landrat Ludwig Meyer überbrachte dem THW die besten Glückwünsche zur Ernennung zum selbständigen Ortsverband. Er bedankte sich bei allen THW-Helfern für ihren freiwilligen Dienst.

Meyer betonte, es sei für ihn als Leiter des Katastrophenschutzes gut zu wissen, daß das THW im Landkreis so hervorragend ausgebildet sei. Ihm sei bewußt, daß niemand diese Organisation bezahlen könne, wenn nicht die vielen Übungs- und Einsatzstunden ehrenamtlich geleistet würden. Er hoffe, daß sich stets junge Bürger bereitfänden, beim THW mitzuarbeiten.

Nach Landrat Meyer überbrachte Kreisbrandrat Georg Gahr die Glückwünsche der Feuerwehren des Landkreises. Gahr erklärte, wenn auch manchmal zu lesen sei, es bestünde ein Konkurrenzdenken zwischen Feuerwehren und THW, so könne er versichern, daß dies für den Landkreis Landshut nicht gelte.

Nach den Grußworten verlas der Landesbeauftragte die Urkunde für den neuen Ortsverband und ernannte gleichzeitig Manfred Winner zum Ortsbeauftragten von Ergolding. Winner sprach dann auch das Unterkunftsproblem an. Bis jetzt fehle es an zweckmäßigen Unterrichts-, Ausbildungs- und Aufenthaltsräumen.

L.B.

Lob für das THW

Regen. Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann stattete dem Regener THW einen Kurzbesuch ab. Ortsbeauftragter Alfons Mania hieß den prominenten Gast willkommen und informierte über die Gegebenheiten des Ortsverbandes.

Der Ortsverband besteht seit 1974; er hat mittlerweile 60 Helfer und verfügt über einen Bergszug und eine Fernmeldezentrale. Seit mehreren Jahren verfügt der Ortsverband über eine geräumige, gut ausgestattete eigene Unterkunft. Innenminister Zimmermann war sichtlich beeindruckt von der Leistung der THW-Helfer und brachte dies in einem anschließenden Rundfunkinterview auch zum Ausdruck.

Zu den Gästen der Veranstaltung zählten auch MdB Gerda Hasselfeldt, MdL Josef Niedermayer und der Regener Bürgermeister Heinz Wölfl sowie Hans Schelzig als Vertreter des THW-Landesbeauftragten. PNP

THW hilft Kehlheimer Glaskünstlerin

Kehlheim. Im Rahmen des „Glasjahres Ostbayern“ wurde die Idee der Kehlheimer Glaskünstlerin Ursula Merker, fünf pyramidenförmige Glasschiffe im Altmühltal bei Essing schwimmen zu lassen, ein voller Erfolg. Ihre Aktion „Spiegelndes Altmühltal“ sollte unter anderem auf die schöne Gegend zwischen Kehlheim und Riedenburg aufmerksam machen.

Der THW-OV Kehlheim unterstützte diese Aktion auf Bitten des Landratsamtes Kehlheim. Der „Stapellauf“ des Prototyps der Glasschiffe in den Originalmaßen – 4 m lang, 2,3 m breit, ca. 280 kg schwer – fiel zur Zufriedenheit der Künstlerin aus. Es wurden nun fünf dieser gläsernen Schiffe mit Lastwagen von Kehlheim nach Essing transportiert und im Rhein-Main-Donau-Kanal zu Wasser gelassen.

Von der Slip-Stelle aus schleppten zwei Arbeitsboote die Glas-Pyramiden ca. 2 km stromaufwärts, was wegen der denkbar schlechten Stromlinienform der Objekte fast eine halbe Stunde pro Glasboot in Anspruch nahm.

Die Boote wurden nach dem Entwurf der Künstlerin im Kanal postiert und so verankert, daß sie sich zwar drehen, aber nicht von der Stelle bewegen konnten. So hatten sie eine faszinierende Wirkung auf alle Zuschauer. R.L.

THW-Pionier hoch geehrt

Weiden. Das THW Weiden feierte seinen Ortsbeauftragten: Hans Wieland, seit zwölf Jahren an der Spitze des Ortsverbandes, empfing aus der Hand von Staatsminister August Lang das Bundesverdienstkreuz am Bande. Für die Helfer war das Grund genug, ihm bei seiner Rückkehr einen zünftigen Empfang zu bereiten.

In seiner Laudatio würdigte Minister Lang die Verdienste des Ortsbeauftragten. Hans Wieland ist seit 1962 mit großem Engagement beim THW-OV Weiden tätig. Bereits 1970 leitete er in vorbildlicher Weise den Einsatz des THW anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Banja Luka. 1976 übernahm er die Leitung des Ortsverbandes und wirkt seitdem auch als Kreisbeauftragter für den Bereich Weiden/Neustadt. 1982 gründete Wieland einen örtlichen THW-Förderverein und ist seitdem dessen 1. Vorsitzender.

Zur Feierstunde im Münchner Innenministerium, bei der neben Minister Lang auch der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Alois Glück, der Amtschef des Innenministeriums, Ministerialdirektor Dr. Georg Waltner, sowie der für den Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerialdirektor Dr. Erich Haniel anwesend waren, wurde Hans Wieland von einer THW-Delegation begleitet. R.M.

20 000 Liter Öl flossen in den Inn

Rosenheim/Mühldorf/Bad Aibling. Vermutlich weil ihm plötzlich Übel wurde, verlor ein 22jähriger Berufskraftfahrer auf der Bundesstraße zwischen Kufstein und Söll die Beherrschung über seinen Tanklastzug. Der Lkw kam von der Fahrbahn ab und stürzte in die in den Inn mündende Weißache. Dabei wurde der Tank aufgerissen und rund 20 000 Liter schweres Heizöl flossen in die Weißache.

Ein Großteil des Öls, so ein Sprecher der Landes-Gendarmerie-Direktion Innsbruck, habe von den Feuerwehren noch in Tirol zurückgehalten werden können. Das Ausmaß des Schadens an den Gewässern lasse sich jedoch vorerst nicht erfassen. Etwas später wurde der diensthabende Flußmeister des Rosenheimer Wasserwirtschaftsamtes davon unterrichtet, daß auf dem Inn bei Kiefersfelden Öl gesichtet worden sei.

Das THW wurde alarmiert. 60 THW-Helfer aus Rosenheim, Bad Aibling und Miesbach begannen unverzüglich mit dem Einbau einer Ölsperre auf dem Inn bei Nußdorf. Weil aber ein Teil des Öls währenddessen schon vorbeigeflossen war, veranlaßte das Landratsamt Rosenheim die Errichtung einer weiteren Ölsperre bei Wasserburg.



Ortsbeauftragter Mania (rechts) überreicht Bundesinnenminister Dr. Zimmermann ein Erinnerungsgeschenk. (Foto: Sauer)



Innenminister Lang gratuliert Ortsbeauftragtem Wieland zu der hohen Auszeichnung. (Foto: Meiler)



Viel körperlicher Einsatz war notwendig, bis die THW-Helfer den Autokran „befreit“ hatten.

(Foto: Binsmeier)

Dort hatte das THW Mühldorf unweit des Innwerkes erhebliche Mühe beim Aufbau: Eine der Schlauchverbindungen riß, so daß der Einbau der Ölsperre erst nach Stunden abgeschlossen werden konnte. Acht Stunden nach Bekanntwerden des Ölunfalls war schließlich auch bei Wasserburg ein deutlicher Ölfilm auf dem Inn erkennbar.

Als nach weiteren Stunden kein Öl mehr angetrieben wurde, baute das THW die erste Ölsperre wieder ab, die Wasserburger Sperre blieb zunächst bestehen. Nach Angaben eines Sprechers des Wasserwirtschaftsamtes ist über Wasserburg hinaus auf dem Inn kein Öl mehr festgestellt worden.

„Einer trat für den anderen ein“

Mallersdorf. Nach den harten Einsätzen zur Dammverteidigung beim katastrophalen Donauhochwasser im März trafen sich die Einheiten und Fachdienste aus dem Großraum Mallersdorf Anfang August erstmals zu einem Gedankenaustausch im Einsatzzentrum des THW Mallersdorf. THW-Ortsbeauftragter Willi Seidel stellte den Einsatzzeifer der THW-Helfer heraus und lobte die

gute kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Kameraden der Feuerwehren, des Bayerischen Roten Kreuzes, der Bundeswehr und mit der Bevölkerung.

Die Hochwassereinsätze rund um die Uhr, angefangen vom Tag des Katastrophenalarms am Sonntag, dem 27. März, bis Karfreitag, dem 1. April, hätten bei allen Beteiligten ein Klima des Miteinanders und der gegenseitigen Unterstützung geschaffen, das beispielgebend sei, sagte der THW-Ortsbeauftragte.

Für die Gemeinde Aholing stattete Bürgermeister Georg Wagner den Dank an die Helfer ab.

Bürgermeister Wagner erinnerte an die gefährvollen Tage und skizzierte noch einmal den Verlauf der einzelnen Maßnahmen, die zum Schutz vor den verheerenden Fluten getroffen wurden.

Als Zeichen der Anerkennung und zur Erinnerung an die gemeinsam bewältigte „Hochwasserkatastrophe März 1988“ überreichte Bürgermeister Wagner im Beisein des gesamten Gemeinderates den Wappenteller der Gemeinde Aholing, um mit dieser Geste den Helfern für ihre Leistungen bei den Hochwassereinsätzen zu danken. A.W.

Kran ausgegraben

Dachau. Eine spektakuläre Bergung gelang dem THW Dachau in Zusammenarbeit mit einer Münchner Autokran-Firma. Ein Kranwagen dieses Unternehmens war in Sollern (Landkreis Dachau) zum Aufstellen einer Fertiggarage am Vormittag in eine Wiese gefahren und dort in kürzester Zeit bis zum Aufsetzen eingesunken. Der Boden der Wiese, ein ehemaliger Weiher, war für den zwar geländegängigen, aber rund 50 Tonnen schweren Autokran viel zu weich. Glücklicherweise wurden keine Ölleitungen oder gar der Dieseltank des Fahrzeuges beschädigt, so daß keine unmittelbare Gefahr für die Umwelt bestand.

Zunächst war guter Rat teuer, doch dann benachrichtigte man schließlich das THW Dachau. Die THW-Helfer sollten zunächst im Falle eines Lecks im Dieseltank oder einer Ölleitung zur Stelle sein und bei einbrechender Nacht die Einsatzstelle ausleuchten.

Gegen 19.00 Uhr rückten die Dachauer mit sechs Fahrzeugen an und versuchten, wenigstens ein weiteres Absinken und dadurch noch größere Schäden zu verhindern. Die THW-Helfer gr-

ben alle vier Stützen des Kranes frei. Mit fester, jeweils etwa drei Quadratmeter großer Unterlage aus starken Holzbohlen, sollte der Kran sich auf seinen eigenen vier Stützen aus dem Boden heben. Das Holz holte sich das THW aus einem nahegelegenen Sägewerk.

Und tatsächlich, nach stundenlangem Ausgraben und Freilegen konnte sich der Kran vorsichtig und unter lautem Knacken der Bohlen hochheben. Jetzt schien die zunächst aussichtslos anmutende Bergung machbar zu sein. Die acht Räder des Krans wurden mit Dachbalken, je drei nebeneinander und mit Querstreben vernagelt, unterbaut. Darauf sollte der Kran mit Allradantrieb aus eigener Kraft rückwärts aus dem weichen Boden herausfahren.

Gegen zwei Uhr morgens war es dann soweit, das Warten der zahlreichen Anwohner, die die ganze Zeit dabei blieben, sollte sich rentieren. Der Kran senkte sich vorsichtig auf seine Räder und fuhr dann unter lautem Knacken von brechendem Holz in einem Zug etwa zweihundert Meter auf festen Untergrund. Die acht Stunden harte Arbeit hatten sich gelohnt, und zurück blieben „nur“ einige Quadratmeter völlig verwüsteter Wiese. W.B.

Luftraumüberwachung aus 10 000 Metern Höhe

Die Warndienst-Verbindungsführer Corr und Lanwehr berichten über einen Tag an Bord eines NATO-Frühwarnflugzeuges

Als Warndienst-Verbindungsführer versehen wir unseren Dienst in verbunkerten Anlagen der NATO-Luftverteidigung. Unsere Aufgabe in diesen Nervenzentralen der Luftverteidigung besteht darin, Informationen, die dort zur Verfügung stehen, für Zwecke des Zivilschutzes auszuwerten. Im Falle einer Bedrohung werden von diesen Warndienst-Verbindungsstellen Warnmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung eingeleitet.

Diese Luftverteidigungszentralen verfügen über Großraumradargeräte, die Flugziele erfassen und auf Radarkonsolen darstellen. Das System wird unterstützt

durch ein elektronisches Datenverarbeitungssystem, das es ermöglicht, Flugzielinformationen mit benachbarten Radarstellungen auszutauschen. Dadurch steht ein großflächiges Luftlagebild zur Verfügung. Seit Anfang der achtziger Jahre wird dieses Datenverbundsystem durch Flugzielinformationen „fliegender Radarstellungen“ wirkungsvoll ergänzt.

Auch wir als Warndienst-Verbindungsführer nutzen diese Daten, die durch AWACS erfaßt und übermittelt werden, auf unseren Konsolen.

Wenn man täglich mit diesen Daten arbeitet, macht ein solches „fliegendes Radarsystem“ natür-

lich neugierig. Fragen nach der Arbeitsweise, den technischen Möglichkeiten, der Zuverlässigkeit und den Schwierigkeiten eines solchen Systems suchten nach Antworten. Wir beschlossen, einen Mitflug zu beantragen, um diese Fragen vor Ort zu erkunden. Dank tatkräftiger Unterstützung durch die 4. Luftwaffendivision wurde uns diese Möglichkeit eröffnet.

Besuch in Geilenkirchen

Am 1. Tag unseres Besuches auf der „Main Operating Base“ Geilenkirchen haben wir Gelegenheit, uns mit den personellen und

technischen Voraussetzungen vertraut zu machen, die es ermöglichen, dieses System zu betreiben. Meistens sind zwölf der insgesamt 18 Maschinen, die offiziell als NATO E-3A bezeichnet werden, in Geilenkirchen stationiert. Die restlichen sechs Maschinen verteilen sich auf Flugplätze in Griechenland, Italien, Norwegen und der Türkei.

Schon auf dem Flugplatz geht es recht multinational zu. Elf verschiedene Nationalitäten der NATO-Mitgliedsländer sind hier vertreten. Wir lassen diese internationale Atmosphäre auf uns wirken, als wir zu unserem Ziel, der örtlichen Flugsicherung, ge-



Die Flugzeuge des NATO-Frühwarnsystems AWACS (Airborne Warning and Control System) sind ein Eckpfeiler der Luftraumüberwachung.

(Foto: Griek)

hen. Hier werden wir gründlich in die Aufgaben und Organisation der Flugsicherung eingewiesen. Wir erfahren von den unterschiedlichen Zuständigkeiten des Bezirks-, Bereichs- über den Anflug- und Landekontrolldienst bis hin zum Platzkontrolldienst.

Nach diesen umfangreichen Informationen im Anflug- und Landekontrollraum ist erst einmal eine Tasse Kaffee notwendig, um die Eindrücke zu verarbeiten. Der Höhepunkt dieser Einweisung ist die Besichtigung des Tower. Von hier oben liegt uns das gesamte Flugfeld zu Füßen. Wir beobachten eine E-3A, wie sie über den Taxiway zu ihrer Startposition rollt.

Als sie diese auf der Runway erreicht hat, wartet der Pilot auf die Startfreigabe durch den Controller auf dem Tower. Nachdem der Luftraum nun endlich frei ist, erfolgt die Startfreigabe. Die vier Pratt & Whitney Triebwerke entwickeln ihre volle Schubkraft und beschleunigen die E-3A.

Es ist ein beeindruckendes Erlebnis, als die 145 Tonnen schwere Maschine mit diesem ungewöhnlichen Teller auf ihren Schultern abhebt und in Richtung ihres Einsatzgebietes davonfliegt. Mit den Wünschen zu einem guten Flug verabschiedet sich der Tower-Controller.

Wir denken an unseren Start, morgen früh um 8.30 Uhr Ortszeit soll unser „Take off“ sein.

Mission D1M097 „Ready to Go“

27. April 1988. Der Tag unseres Mitfluges ist angebrochen. Um 7.00 Uhr finden wir uns im Briefing-Raum der 1. Staffel zum Mission-Briefing ein. Briefings sind in der Fliegersprache kurze Besprechungen über den Einsatz, in denen alle Einzelheiten der betreffenden Mission angesprochen werden.

Der Meteorologe verspricht uns gutes Wetter während des Fluges. Nachdem der taktisch führende Offizier die Aufgaben dieses Tages erläutert hat, werden die Uhren verglichen. Der Pilot gibt noch besondere Anweisungen bei Luftnotfällen und nun sind wir bereit, mit dem Zubringerbus zum Flugfeld zu fahren. Mission D1M097 ready to go!

Zwölf AWACS in einer Reihe

10 Minuten später erreicht der Bus den Abstellplatz für die Maschinen. Uns bietet sich ein grandioser Anblick. Da stehen sie, zwölf AWACS in einer Reihe! So etwas haben wir noch nie gesehen.

Wie zum Appell aufgestellt, stehen vor uns die Boeing 707's, ganz in grau lackiert; mit der großen pilzförmigen Antenne wirken diese Vögel auf uns wie Kulissen aus einem Science-fiction-Film.

Der Bus hält. Das ist sie! AA 00451 – unser Flugzeug. 47 Meter ist es lang und hat eine Spannweite von 45 Metern. Das Seitenleitwerk ragt mit seiner Spitze gut 13 Meter in den Himmel. Am auffälligsten jedoch ist die Radaranterie. Sie hat etwa neun Meter Durchmesser und thront drei Meter über dem Rumpf. In der Tat, diese Maschine ist eine fliegende Meisterleistung der Ingenieure.

Wir sind die ersten, die den Zubringerbus verlassen und steigen die Treppe zur Eingangstür hinauf. Die Sonne scheint, es wird ein guter Tag.

Der Innenraum der Maschine ist in gedämpftes, diffuses Licht getaucht. Links neben der Eingangstür sehen wir das Cockpit, ein Techniker beendet seine letzten Überprüfungen. Wohin müssen wir gehen? Ach ja, uns waren beim Mission-Briefing die Sitze Nr. 34 und 37 zugeteilt worden. Wir gehen an verschiedenen Radarkonsolen vorbei und etwa in der Mitte des Flugzeuges finden wir unseren Sitz. Sehr bequem!

Nun haben wir Zeit, uns ein wenig umzusehen, bis zum Start werden noch gut 1½ Stunden vergehen. Es dauert eben seine Zeit, bis zwölf AWACS-Flugzeuge in ihr Element steigen können.

Soldaten aller NATO-Staaten

Die Besatzung ist mittlerweile auch vollzählig eingetroffen. Das Cockpit ist mit vier Crewmitgliedern besetzt. Zwei Piloten, ein Navigator und ein Flugingenieur sind für das Fliegerische verantwortlich.

Die taktische Besatzung, die eigentlichen Radarspezialisten, besteht aus 13 Soldaten. Die 1. Staffel setzt sich aus etwa einem Drittel deutschen Soldaten und zwei Drittel amerikanischen

Soldaten zusammen. Der NATO-Gedanke wird allein aus der Zusammensetzung der Mannschaft offensichtlich. In den drei AWACS-Staffeln verrichten Soldaten fast aller NATO-Staaten ihren Dienst.

Die Zeit bis zum Start verbringt die Crew mit Ausfüllen von Listen und Log-Büchern. Auch hier ist die „Schriftlichkeit der Verwaltung“ maßgebend.

Sehr sorgfältig werden die Sauerstoffgeräte überprüft, die überall im Innenraum angebracht sind. Diese Atemgeräte werden zur Lebensversicherung, wenn der Druck der Kabine abfallen sollte. Ein amerikanischer Offizier, der mein Atemgerät überprüft, klopf mir auf die Schulter und sagt: „You will live! Du wirst überleben!“ Welch ein Trost!

Der Pilot meldet sich über die Bordsprechanlage. Er kündigt eine „Rapid Decompression Exercise“ während des Fluges an und erläutert die dafür vorgesehenen akustischen Signale. Diese Übung soll die Tätigkeiten der Besatzung bei Druckabfall schulen. Das Signal „Bail Out, Absprung“, wird nur kurz angesprochen – Fallschirme werden zur Zeit nicht ausgegeben!

9 Std. 30 Minuten über Süddeutschland

Es ist 8.30 Uhr. Startzeit! Der Pilot beschleunigt das Flugzeug. Nach kurzer Zeit weist ein Ruck darauf hin, daß wir abgehoben haben. Steil steigt die Maschine in den Himmel. Nach etwa 20 Minuten haben wir unsere Einsatzhöhe erreicht, wir dürfen die Sicherheitsgurte lösen. Wir beschließen, die Maschine zu erkunden. Wo fängt man am besten an? Vorne natürlich, im Cockpit.

Hier haben wir einen imposanten Blick nach außen. Ansonsten gibt es kaum Möglichkeiten, die Außenwelt zu betrachten. Im hinteren Teil der AWACS stehen nur vier bierdeckelgroße Scheiben für Ausblicke zur Verfügung und die sind dazu noch vergittert, um aus dem Rumpf einen Faradayschen Käfig zu machen. Hier vorne jedoch hat man gute Sicht. Die Sonne scheint mit gleißender Helligkeit. Unter uns sehe ich mächtige Wolken, wie aus Watte geformt. Der Navigator erklärt uns unsere Flugroute. Wir wer-

den 9 Std. 30 Minuten in der Luft sein.

Unser Einsatzgebiet ist ein Oval im südlichen Deutschland. Der Navigator hat alles auf seiner Fliegerkarte eingetragen. Stolz erklärt er uns seine Navigationsgeräte. Neben verschiedenen Trägheitsnavigationsgeräten verfügt die Maschine über ein leistungsfähiges Wetterradar. Sogar eine Sextantenstation ist an Bord. „Wird bei Transatlantikflügen noch benutzt“, erklärt der Navigator. Ein Blick auf die Fluginstrumente zeigt uns: Wir fliegen in fast 10 000 Metern Höhe mit einer Geschwindigkeit von 380 Knoten.

Unser nächster Anlaufpunkt ist der Radio Operator, der Funkplatz. Hier werden alle Fernmeldeverbindungen hergestellt, die notwendig sind, um den Auftrag zu erfüllen. Von der Kurzwelle bis in die höchsten Frequenzen kann fast das gesamte Wellenspektrum abgedeckt werden!

Aber es gibt mehr zu sehen. Hinter den Funkern treffen wir den Computerspezialisten. Er ist damit beschäftigt, ein Datenband auszuwechseln. „Hier wird alles aufgezeichnet“, erklärt er uns. Der Computer ist gewissermaßen das Nervenzentrum dieser fliegenden Frühwarnstation. „Ohne uns geht gar nichts“, strahlt uns der Techniker an.

Wir wollen gerade noch einige Fragen stellen, da ertönt aus den Bordlautsprechern das Signal „Druckabfall“. Wir erinnern uns an die Anweisungen der Piloten. Zurück zum Sitz und anschnallen. Gott sei Dank, dieses ist nur eine Übung! Nachdem Entwarnung gegeben wird, sind wir auf dem Weg zur Middle Section, der mittleren Sektion, wo die Radarkonsolen stehen.

Der Warndienst ist mit AWACS verbunden

An neun Konsolen wird hier die Luftraumüberwachung sichergestellt. Weiterhin ist es von hier möglich, eigene Flugzeuge per Funk an Angreifer zu zeigen, um diese zurückzudrängen oder zu bekämpfen.

Ein deutscher Offizier läßt uns an seiner Konsole Platz nehmen und erklärt uns deren Grundfunktionen. Die Darstellung auf der Konsole ist so, als ob man einen Schultatlas öffnet. Ganz Europa

tut sich vor einem auf. Das Radarbild bewegt sich nicht, alle Flugzeugbewegungen werden vom Rechner kompensiert.

In grüner Grafik erscheinen die Radarinformationen. Die Landkarte ist übersät mit kleinen Pünktchen. Jeder Punkt kennzeichnet die Position eines Flugzeuges. Sehe ich nicht da ein Flugzeug in Südfrankreich? Und was ist mit dem Flieger über London? Mal sehen, was über der Adria fliegt! Die Auffassung des Radars ist einfach unglaublich!

Der Offizier erklärt, daß alle Daten mit dem Boden ausgetauscht werden. Über die Luftwaffenkampfzentralen ist also auch der Warndienst direkt mit AWACS verbunden und kann an dem immensen Datenangebot teilhaben! Nur mit Schwierigkeiten können wir uns von der Konsole lösen, aber da ist ja noch der Radartechniker. Ein amerikanischer Unteroffizier zeigt uns mit Stolz sein „Baby“. Es fällt auf, daß keine Hohlleiter zu sehen sind, die durch die Kabinendecke zur Antenne führen. Auf unsere diesbezügliche Frage fängt der Amerikaner unverdrossen an, auf gut vier Meter Länge die Kabinenverkleidung zu demontieren, um uns seine Hohlleiter zu zeigen. So genau wollten wir es nun doch nicht wissen!

Uns knurrt der Magen. Fragen macht hungrig. Wie gut, daß die kleine Küche gleich hinter dem Arbeitsplatz des Technikers zu finden ist. Hier sind auch unsere Lunch-Pakete verstaut worden. Mal sehen, was es gibt. Schnitzel, Karottenstäbchen, Roastbeef-Sandwich, Cola – nicht schlecht!

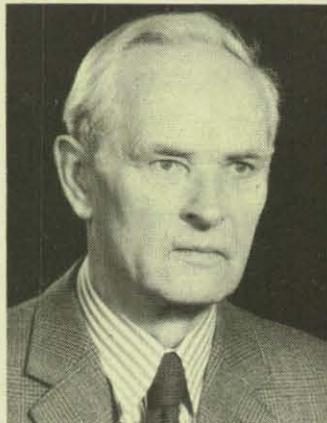
Ein großer Tag geht zu Ende

Die Zeit vergeht buchstäblich wie im Fluge. Wir stehen kurz vor der Landung. Schade, daß dieser großartige Tag zu Ende geht. Aber noch ein Bonbon hat der Pilot für uns. Bevor endgültig gelandet wird, erleben wir noch ein Touch-and-Go-Manöver. Die Maschine startet nach kurzer Bodenberührung durch und geht wieder in den Steigflug. So etwas erlebt man nur bei AWACS.

Ehemaliger Warnamtsleiter verstorben

Nur wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag verstarb der frühere Leiter des Warnamtes II, Bassum, Gerhart Mehnert. Der gebürtige Berliner trat 1959 als technischer Angestellter in den Bundesdienst ein. Nach Referententätigkeiten im damaligen Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) übernahm er 1964 die Aufgaben des Leiters des Warnamtes II. Aus dieser Funktion trat er im Oktober 1973 als Verwaltungsobererrat in den wohlverdienten Ruhestand.

Gerhard Mehnert hatte wesentlichen Anteil am Ausbau des Warndienstes im Bereich seines Warngbietes, das das Land Bremen und den westlichen Teil Niedersachsens umfaßt. Die Arbeit und die Leistung von Gerhart Mehnert zum Schutz der Bevölkerung werden auch weiterhin im Zivilschutzsystem der Bundesrepublik Deutschland ihre Auswirkungen behalten.



Gerhart Mehnert †

Warndienst stellte sich vor

Düren. Im Rahmen eines Sicherheitswettbewerbs des BVS in der Fußgängerzone der Stadt Düren, hat das Warnamt V die Gelegenheit genutzt, der Bevölkerung die Aufgaben eines Warnamtes nach dem Zivilschutzgesetz und der Strahlenschutzverordnung näherzubringen.

Insbesondere die Aufgabe des Warndienstes gemäß der Strahlenschutzverordnung fand große

Aufmerksamkeit. Dazu trug u.a. der Aufbau einer funktionsfähigen Warndienst-Meßstelle am Informationsstand bei.

An dieser Meßstelle konnte die entsprechende Technik erläutert werden; in regelmäßigen Abständen wurden Abfragen demonstriert und die aktuellen Ver-

strahlungswerte dem Bürger halbstündlich durch Aushang bekanntgegeben.

Die kooperative Zusammenarbeit mit dem BVS, eine Besucherzahl von fast zweieinhalbtausend Bürgern und das – zumindest zeitweise – sonnige Wetter trugen zum Erfolg der Veranstaltung bei.



Der Leiter des Warnamtes V, Dipl.-Ing. Volker Helbig, bei der Funktionsbeschreibung der WD-Meßstation. (Foto: Jansen)

Warndiensthelfer übten Gedankenaustausch

Weingarten. Rainer Schrieder, Auswerteleiter der Warndienstleitmeßstelle in Weingarten, wurde für seine 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit im Warndienst von Regierungsdirektor Grünewald mit der Ehrennadel in Gold und einer Ehrenurkunde ausgezeichnet.

Grünewald, der diese Ehrung im Auftrag des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz vornahm, würdigte Rainer Schrieder als einen zuverlässigen und fleißigen Mitarbeiter.

Die Ehrung fand im Rahmen eines Helfertages statt, zu dem

sich die Angehörigen der WD-Leitmeßstelle 82 in Mosbach mit ihren Kollegen aus Weingarten in der Weingartener Leitmeßstelle trafen.

Werner Voß, Leiter des Warnamtes VIII in Rottenburg, hieß zu diesem Treffen zahlreiche Gäste aus den Katastrophenschutzorganisationen und der Stadtverwaltung Weingarten willkommen. Dabei nutzte er die Gelegenheit, dem Leiter der WD-Leitmeßstelle 84, Hans Baur, sowie allen zugehörigen Helfern für die hervorragende Organisation der gesamten Veranstaltung zu danken.

Er wies besonders darauf hin, daß neben den gemeinsamen Warndienstübungen gerade solche Helfertage dazu geeignet seien, den für die Arbeit wichtigen Kontakt der Warndiensthelfer untereinander zu vertiefen.



Regierungsdirektor Grünewald (rechts) zeichnet Auswerteleiter Schrieder mit der Ehrennadel in Gold aus. (Foto: Baur)



Rotes Kreuz leistet Überlebenshilfe im Sudan



Die Überschwemmungen im Sudan machten Hunderttausende von Flüchtlingen obdachlos.

Nach den sintflutartigen Regenfällen am 4. August 1988 hat sich die Lage in Khartum etwas entspannt. Der anhaltende Regen in Äthiopien und im Südsudan führt beim Blauen und Weißen Nil jedoch weiter zu Hochwasser und Überschwemmungen. Dies ist besonders in Khartum beim Zusammenfluß des Nils und nördlich der Hauptstadt der Fall. In der Drei-Städte-Hauptstadt (Khartum/Omdurman/Khartum-Nord) mit vier bis fünf Millionen Einwohnern leben ca. eine Million Menschen, die überwiegend aus Konfliktregionen des Landes kommen und bereits seit geraumer Zeit am Rande der Stadt ohne Infrastruktur siedeln. Die vielfältigen Probleme, die sich aus der Ansiedlung von Hunderttausenden dieser Heimatlosen für die

Hauptstadt und den Sudan insgesamt ergeben, waren schon vor den Überschwemmungen eine schleichende und sich ständig weiterentwickelnde Katastrophe. Die Überschwemmungen machten die Notlage dieser Bevölkerungsschicht nun öffentlich bekannt. Die Heimatlosen in der Hauptstadt verloren weitgehend ihre Unterkünfte und sind ständig der Seuchengefahr ausgesetzt.

Der Rote Halbmond im Sudan hat sich mit Unterstützung der Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften dieses besonders gefährdeten Personenkreises angenommen und verteilt Zelte, Plastikfolien und Decken. Darüber hinaus entstanden 25 Gesundheitsstationen in Zelten, die mit Ärzten aus staatlichen Krankenhäusern und von der ört-

lichen Ärztevereinigung personell besetzt werden (tägliche Pflichtstunden). Hinzu kommen Helfer des Roten Halbmondes, die Konzentrate für Salzlösungen zur Durchfallbekämpfung verteilen, die Anwendung der Lösungen den Müttern erklären, Wunden pflegen und verbinden, sowie Hilfsdienste verschiedenster Art in den Stationen leisten. Die häufigsten in den Gesundheitsstationen festgestellten Erkrankungen sind Durchfall, Malaria und Masern, hinzu kommen viele Verletzungen an den Beinen derjenigen Menschen, die meist barfuß durch das knöcheltiefe oder auch etwas tiefere Wasser laufen und auf scharfe Gegenstände treten.

Die Wasserversorgung wird gegenwärtig vom Roten Halbmond in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Katastrophenhilfecorps verbessert; Brunnen werden gebohrt. Das DRK hat mit Zuladungen auf zwei Hilfsflüge Folienma-

terial in den Sudan geliefert, das als Regen- und Staubschutz bzw. als Unterkunftsmaterial bei den Überschwemmungsopfern Verwendung findet.

Dringend benötigt werden Fahrzeuge zur Aufrechterhaltung der Hilfsstruktur unserer Schwestergesellschaft. Der Rote Halbmond möchte nach den zur Zeit laufenden Überlebenshilfen seine Katastrophenschutzstruktur ausbauen und die Wasserversorgung von bis zu 400 000 Heimatlosen der Hauptstadt übernehmen, bis die Regierung Strukturhilfen für diesen Personenkreis geschaffen hat.

Um die angelaufenen Hilfsmaßnahmen fortsetzen zu können, bittet das DRK die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland um Spenden auf das Sonderkonto 41 41 41, Kennwort „Sudan“ bei allen Banken und Sparkassen sowie beim Postgiroamt Köln.

DRK-Hilfe für Hurrikan-Opfer in Mexiko

Der Hurrikan „Gilbert“, der mehrere Länder der Karibik und das texanische Festland in den Vereinigten Staaten zu weiten Teilen verwüstet hat, richtete auch in Mexiko und der Halbinsel Yucatan schwere Schäden an. Für Zehntausende von Obdachlosen leistete das Deutsche Rote Kreuz (DRK) eine weitere Soforthilfe. Vier Tonnen leichte Herren-, Damen- und Kinderoberbekleidung im Gesamtwert von rund 20 000 DM wurden nach Mexiko geflogen. Noch besteht kein Gesamtüberblick über die auf der mexikanischen Halbinsel Yucatan durch den Hurrikan angerichteten Schäden. Das Mexikanische Rote Kreuz hat bereits weiteren Bedarf

an Hilfsgütern für die Betroffenen gemeldet. So werden unter anderem dringend Küchensets, Decken, Notbeleuchtungen und Generatoren, da unter anderem das Elektrizitätssystem zusammengebrochen ist, benötigt.

Die Kleiderhilfe des DRK für Mexiko ist die zweite Hilfslieferung für ein von dem Hurrikan „Gilbert“ betroffenes Land. Vorher waren bereits 5 000 Decken auf die bislang am schwersten betroffene Karibik-Insel Jamaika geflogen worden. Auch aus der Dominikanischen Republik und Haiti sowie aus Honduras liegen dem DRK Hilfsanfragen vor.

Für die dringend benötigte Fortsetzung seiner Hilfsmaßnahmen bittet das DRK die Bevölkerung um Spenden auf das Sonderkonto 41 41 41, Kennwort „Wirbelsturm Gilbert“ bei allen Banken und Sparkassen sowie beim Postgiroamt Köln.



Die Helfer des Roten Halbmondes übernehmen die Verteilung der Hilfsgüter.

Sowjetische Delegation zu Gast beim DRK

Eine Delegation der Allianz der Gesellschaften des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes der Sowjetunion hielt sich zu einem Freundschaftsbesuch vom 7. bis 11. September in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Geleitet wurde die Delegation vom Präsidenten des Exekutiv-Komitees der Allianz, Dr. Dimitry D. Venedictov. In seiner Begleitung befanden sich der Präsident des Zentralkomitees der Ukraine, Dr. Ivan Ussitschenko, die Leiterin des Suchdienstes, Frau Valentina Fatiukhina, und der Referatsleiter für Auswärtige Beziehungen, Alexey Gartinsky.

Die Delegation hielt sich zu Informationsgesprächen im DRK-

Generalsekretariat auf und besichtigte den Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes. Weiterhin standen eine Einladung in die Sowjetische Botschaft für die Delegierten aus der Sowjetunion und ihre Gastgeber vom Deutschen Roten Kreuz auf dem Programm, der Besuch des Blutspendedienstes in Bad Kreuznach, die Besichtigung des DRK-Landesverbandes Saarland in Saarbrücken, der DRK-Rettungsleitstelle in Winterberg und des DRK-Krankenhaus in Saarlouis.

Weitere Besuche und Gespräche, die in freundschaftlicher Atmosphäre geführt wurden, ergänzten das Programm.

Margitta Zimmermann



Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, überreicht dem Präsidenten des Exekutiv-Komitees der Allianz der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, Dr. Dimitry D. Venedictov, das Ehrenzeichen des DRK für besondere Verdienste um das Deutsche Rote Kreuz. (Fotos: Zimmermann)



Gäste und Gastgeber stellen sich dem Fotografen. Von links nach rechts: Frau Valentina Fatiukhina, Leiterin des Suchdienstes; Dr. Christian Kergel, Stellv. Generalsekretär des DRK; Dr. Dimitry D. Venedictov, Präsident des Exekutiv-Komitees der Allianz der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond; Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des DRK; Dr. Ivan Ussitschenko, Präsident des Zentralkomitees der Ukraine; Bernd Hoffmann, Abteilungsleiter im DRK; Michael Naumann, Mitarbeiter des DRK-Suchdienstes; Alexey Gartinsky, Referatsleiter für Auswärtige Beziehungen.

Gemeinsames Hilfsprogramm für die Obdachlosen in Bangladesh

Zur Unterstützung des Roten Halbmondes in Bangladesh, der eine Million von insgesamt 25 Millionen Obdachlosen nach der Überschwemmungskatastrophe versorgt, haben die Europäische Gemeinschaft, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein gemeinsames Sofort-

hilfsprogramm aufgelegt. Ein DRK-Sprecher sagte in Bonn, das Programm umfasse die Beschaffung und den Transport von 1 800 Tonnen Reis, 225 Tonnen Linsen und 60 000 Kleidungsstücken samt der Transportkosten in Höhe von insgesamt 1,5 Millionen Mark.

Auch die Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften unterstützt die Schwestergesellschaft in Bangladesh mit zehn Millionen Schweizer Franken, damit deren Hilfsaktion in 17 Distrikten ausgeweitet werden kann. Nach Informationen des Roten Halbmonds in Dhaka sind von den Überschwemmungen,

den schwersten seit Menschengedenken, 24 Millionen Menschen in 41 Distrikten betroffen. Eine halbe Million Häuser seien völlig zerstört worden, etwa 1,5 Millionen Gebäude hätten schwere Schäden davongetragen. Riesige Anbauflächen stünden unter Wasser, es drohen große Ernteverluste.

Der DRK-Delegierte in Dhaka, Michael Schulz, steht in dauerndem Kontakt zum Roten Kreuz in Bonn und bestätigte inzwischen den dringenden Bedarf an Hilfe aus den Ausland. Sie soll in das bereits existierende Programm des Roten Halbmondes und seiner Verteilungsstruktur eingebaut

werden, die sich schon bei der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr bewährt hat. Während sich Michael Schulz in der Hauptstadt von Bangladesh um die Koordinierung der dort eingehenden Hilfsgüter kümmert, wird ein weiterer DRK-Delegierter die Helfer des Roten Halbmondes im Landesinnern unterstützen.

Um die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen fortsetzen zu können, bittet das DRK die Bevölkerung um Spenden auf das Sonderkonto 41 41 41, Kennwort „Bangladesh“ bei allen Banken und Sparkassen sowie beim Postgiroamt Köln.

Rechtzeitig zur Berliner Feier:

Die große 100-Jahr-Chronik des ASB von Wilhelm Müller

Das Jahr 1988 ist für den Arbeiter-Samariter-Bund ein Jubiläumsjahr. Hundert Jahre ist es her, daß sich in Berlin sechs Zimmerleute zusammengetan haben und den ersten Erste-Hilfe-Kurs mit praktischen Übungen organisierten. Seitdem hat sich sehr viel verändert, und der ASB ist äußerlich kaum wiederzuerkennen. Aus einer losen Gemeinschaft, die oft Mühe hatte, einen Versammlungsraum zu finden, ist eine große Organisation geworden, mit Rettungswachen, Sozialstationen, Pflegeheimen und Spezialfahrzeugen aller Art. Moderne Geräte und neue Methoden beherrschen das Bild. Kaum einer erinnert sich mehr an die Zwischenstufen und Fortschritte vergangener Zeiten, die den ASB auf den heutigen Stand gebracht haben. Doch das Jubiläum wäre unvollständig ohne einen Rückblick auf die eigene Vergangenheit. Diese Lücke hat Wilhelm Müller, Bundesgeschäftsführer des ASB, mit seiner umfassenden 100-Jahr-Chronik geschlossen. Nach mehreren Vorstufen – einem Buch über die Samariter in Köln 1985 und der Kleinen ASB-Chronik 1986 – hat Müller jetzt die bewegte Geschichte des ASB seit den Anfängen ausführlich dargestellt.

Das Buch ist alles andere als ein unzugängliches Geschichtswerk. Mit verständlichen Texten ist es für einen großen Leserkreis geschrieben. Die Chronik ist so gestaltet, daß man zu dem Stoff schnell Zugang erhält: Jeweils zu einem bestimmten Jahr stehen mehrere kleinere Artikel, illustriert durch Bilder, Statistiken oder alte Dokumente. Daher eignet sich die Chronik gleichermaßen als Nachschlagewerk wie als Lesebuch: Es ist eine illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Wesens.

Die Chronik ist das Ergebnis fast zwanzigjährigen Sammelns und Forschens. Noch Mitte der 60er Jahre existierte so gut wie kein geordnetes Archivmaterial über die Geschichte des ASB. Wilhelm Müller, der 1974 das Amt des Bundesgeschäftsführers übernahm, setzte sich dafür ein, daß die vorhandenen Bestände an Bildern, Akten und Zeitschriften gesichtet wurden. Man begann, Archive in der Bundesrepublik und in der DDR anzuschreiben und Dokumente, die den ASB betreffen, auszuwerten. Obwohl der Schwerpunkt des ASB in der Vorkriegszeit in Mitteldeutschland lag, besitzt die DDR nicht soviel Material wie der ASB in der Bundesrepublik heute. Auch Zeitzeu-

gen wurden intensiv befragt. Aus der Mitgliederkartei des ASB suchte man 287 Mitglieder heraus, die schon vor 1933 aktiv waren, und zeichnete ihre Erinnerungen über die ASB-Vergangenheit auf.

Für die 100-Jahr-Chronik hat Wilhelm Müller die verschiedensten Quellen verwertet. Neben den Akten der Bundesleitung, die wie durch ein Wunder heute noch erhalten sind, hat er Protokolle von Sitzungen, Rundschreiben, Festschriften der Ortsverbände und die seit 1910 bestehende Mitgliederzeitung benutzt. Fünf Jahrgänge der Zeitschrift, von 1920 bis 1925, wurden nur dadurch wieder verfügbar, daß ein alter Samariter sie auf dem Dachboden

fand und der Bundeszentrale übergab. Das über die Jahre angelegte Bildarchiv umfaßt heute annähernd 10 000 Fotos, von denen etwa 1 000 in die Chronik eingearbeitet sind. Oft war es schwierig, die Bilder zu datieren, wenn sie keinerlei Aufschrift oder Jahreszahlen trugen. Dann mußten die Fotos anhand von Details wie Häusern oder Kleidungsstücken identifiziert werden.

Die weitreichenden Forschungen waren nur möglich durch die Mitarbeit von engagierten Samaritern in den Ortsverbänden. Diese gingen in die kleinen Archive und Bibliotheken, werteten die Lokalzeitungen aus und beschafften der Bundeszentrale weiteres Material. Die von Wilhelm Müller ins Leben gerufene Forschungsaktion hat vielen Helfern in den Ortsverbänden neues Interesse an der Geschichte des ASB vermittelt.

In der Chronik ist in 850 Einzelartikeln alles verwertet, was für den ASB von Bedeutung war. Jede Entwicklung, jedes Ereignis ist dann angesprochen, als es zum ersten Mal im ASB auftrat. Die Chronik versucht aber auch, die Regionen im ASB gleichmäßig zu berücksichtigen. Schließlich stehen die ASB-Ereignisse nicht losgelöst von der allgemeinen Geschichte da, sondern sind durch Hinweise auf das Umfeld, auf Arbeiterkultur und Politik ergänzt. Wichtige Ereignisse der deutschen Geschichte, die auch die Entfaltung des ASB maßgeblich bestimmt haben, sind aufgeführt. Die 100-Jahr-Chronik des ASB versucht, mehr zu sein als ein Vereinsregister mit Namen und Jahreszahlen.

In Berlin können die Teilnehmer der 100-Jahr-Feier die Chronik verbilligt erwerben, danach ist das Werk im Buchhandel zum Ladenpreis zu kaufen.

Martin Lehrer

Wilhelm Müller

Mit einem Unfall fing es an...

Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes



Wirtschaftsverlag GmbH

DDR-Delegation des Deutschen Roten Kreuzes zu Besuch beim ASB

Eine DDR-Delegation des Deutschen Roten Kreuzes kam aufgrund einer Gegeneinladung (1985) nach Köln (Sitz der Bundesgeschäftsstelle des ASB), um sich vor Ort über Aufgaben und Einrichtungen einer westdeutschen Hilfsorganisation zu informieren. Als Delegierte kamen: Prof. Dr. Gerhard Rewald (Präsident), Dr. Karl-Heinz Borgwadt (Vizepräsident) und Dr. Winfried van Treek (Abteilungsleiter).

Beide Hilfsorganisationen fühlen sich in ihrer Tradition miteinander verbunden, denn die Wiedergründung des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR nach dem 2. Weltkrieg fußt auf der traditionellen Arbeit des ASB in den Jahren 1903 bis 1933.

Nicht der Kriegsschauplatz, sondern das „Schlachtfeld der Arbeit“, auf dem durch mangelnde oder nicht vorhandene Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken der Jahrhundertwende unzählige Arbeitsunfälle passierten, bildeten damals den Leitgedanken, eine Hilfsorganisation zu gründen. Ihr Ziel: Menschen auszubilden, die Erste Hilfe leisten konnten. Das war 1888. Dieser Leitgedanke, bedürftigen Menschen zu helfen, steht bei beiden Organisationen nach wie vor oben an. Allerdings haben sich die Aufga-



Aus Anlaß des Besuches einer DDR-Delegation des Deutschen Roten Kreuzes gab der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger, einen Empfang im Rathaus der Stadt.

V.l.n.r.: Fritz Tepperwien (Stv. ASB-Bundesvorsitzender), Fritz Gogalla (Beisitzer im ASB-Bundesvorstand), Arend Rahmer (ASB-Schatzmeister), Prof. Dr. Dr. Gerhard Rewald (Präsident des DRK der DDR), Dr. Karl-Heinz Borgwadt (Vizepräsident des DRK der DDR), Norbert Burger, Gabriele Klühs (Beisitzerin im ASB-Bundesvorstand), Dr. Winfried van Treek (Abteilungsleiter des DRK der DDR), Martin Ehmer (ASB-Bundesvorsitzender). (Foto: Specht)

bengebiete stark erweitert und den gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen angepaßt.

Vom 22. - 26. August 1988 konnte sich die DDR-Delegation durch ein umfangreiches Besichtigungsprogramm einen Überblick über verschiedene Einrichtungen des ASB verschaffen: Auslandhilfe/Rückholdienst, Bundesschule, Seniorenheime, Ambulanzflugdienst, Einsatzzentralen, Sozial- und Hauspflegestationen, Fahrdienst für Behinderte, Rettungswachen, Katastrophenschutz. Ergänzt wurden diese Besichtigun-

gen durch Fachvorträge zu aktuellen Themen wie: „Versorgung pflegebedürftiger Menschen“, „Die Situation des Rettungsdienstes“ und „Mobile Soziale Dienste für Alte, Behinderte und Pflegebedürftige in der BRD“.

Die Besichtigungen und Vorträge boten ausreichend Anlaß, gegenseitige Erfahrungen mitzuteilen. Die Vertreter beider Organisationen kamen überein, Expertendelegationen auszutauschen, und zwar für die Bereiche: Ausbildungsfragen, Krankentransport und Rettungsdienst, Katastro-

phenschutz und Jugendarbeit. Durch diesen Expertenaustausch sollen die Kontakte weiter intensiviert werden.

„Wir sind überzeugt davon, daß durch den Besuch und durch die getroffenen Vereinbarungen die Kontakte zwischem dem Deutschen Roten Kreuz der DDR und dem Arbeiter-Samariter-Bund in der BRD gefestigt worden sind – nicht zuletzt auch deshalb, weil man sich persönlich kennengelernt hat“, sagte der Bundesvorsitzende des ASB, Martin Ehmer, zum Abschluß des Besuches. K.M.

ASB unter den Helfern beim Grubenunglück Borken

Bei dem bisher schwersten Unglück auf einer Braunkohlengrube kamen Anfang Juni im nordhessischen Borken 51 Bergleute ums Leben. Mit 57 Samaritern und insgesamt 15 Fahrzeugen unterstützte der ASB Kassel die Arbeit der Rettungsmannschaften über und unter Tage.

Nach bisherigen Erkenntnissen ist die Grube durch eine Braunkohlenstaubexplosion zerstört worden, deren Ursache noch unklar ist. Dabei stürzten fast alle

Schächte ein, und die 57 Bergleute der Frühschicht wurden eingeschlossen. Sofort nach der Explosion entstand in den Stollen eine tödliche Konzentration von giftigem Kohlenmonoxid, was auch die Rettungsarbeiten äußerst gefährlich machte. Am Unglücksort übernahm der ASB mit seiner mobilen Rettungswache die Betreuung der Angehörigen der Kumpel, die in der Grube verschüttet waren. Der ASB-Rettungswagen wurde an der Bergungsstelle am „Nordschacht“ des Bergwerks eingesetzt, bis nach elf Tagen die letzten Vermissten geborgen werden konnten. In den ersten 36 Stunden wurden die ASB-Helfer von Kassel aus versorgt und alle acht bis zwölf Stunden ausge-

tauscht, das erste Mal um Mitternacht des 1. Juni, des Tags der Explosion.

Von drei Seiten versuchten die Grubenwehren, die zum Teil aus dem Ruhrgebiet eingeflogen waren, in die Grube vorzudringen. Schutt und die hohe Giftgaskonzentration machten es den Rettungsmannschaften schwer, in den verschütteten Stollen voranzukommen. Wegen der akuten Gefahr für die Männer der Grubenwehr mußten mit ihnen jeweils ein Arzt und ein Rettungssanitäter unter Tage fahren. ASB und Berufsfeuerwehr wechselten sich bei diesem Dienst ab. Als nach zwei Tagen die Schadstoffkonzentration teilweise abgenommen hatte, richtete die Gruben-

leitung provisorische Rettungsstellen unter Tage ein, die mit Notärzten und ASB-Helfern besetzt wurden. Diese Rettungsstellen blieben bis zur Bergung der letzten Toten am 11. Juni bestehen.

Dank der unermüdlichen Arbeit der Rettungsmannschaften konnten nach zwei Tagen noch sechs Kumpel lebend geborgen werden. Durch einen glücklichen Umstand waren sie von dem giftigen Gas verschont geblieben. Der Leiter der Kasseler Berufsfeuerwehr, F. Disse, lobte nach Abschluß der Rettungsarbeiten das Zusammenwirken aller beteiligten Helfer von Bundesgrenzschutz, ASB, dem Roten Kreuz und den Krankenhäusern. Dr. Blum

Rettungsdienst im Abseits?

Rückschritt durch Gesundheitsreformgesetz

In der Rettungsleitstelle Buxtehude geht von einem aufgeregten älteren Mann die Meldung ein, daß seine Frau in der Wohnung zusammengebrochen ist und leblos daliege.

Aufgrund dieses Meldebildes werden ein Rettungswagen und ein Notarztsatzfahrzeug im Rendezvoussystem zum Einsatzort geschickt.

Die Patientin wird am Notfallort untersucht, notfallmäßig versorgt und zur weiteren diagnostischen Klärung in das Krankenhaus eingeliefert.

Nach eingehender Untersuchung durch den diensthabenden Arzt entscheidet dieser, daß eine stationäre Behandlung nicht erforderlich ist, und entläßt die Patientin in die Obhut und weitere Behandlung des Hausarztes.

Dieser fiktive Einsatz aus dem Bereich des Rettungsdienstes kommt Tag für Tag vor; ist also für die Notärzte und Rettungssanitäter fast schon ein Routineeinsatz geworden. Bisher war es selbstverständlich, daß die Kosten für den Einsatz von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, so gilt dies nach dem 1. Januar 1989 nicht mehr; die Kosten dieses Einsatzes wären dann vom Patienten selber zu tragen!

Umstrittenes Vorhaben

Gesundheitsreformgesetz: Seit Monaten geistert dieser Begriff durch die Medien, und bis vor kurzem ist kaum jemandem aufgefallen, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen – so die offizielle Bezeichnung – unter an-



Der Rettungsdienst stellt eine anerkannte und unverzichtbare Versorgungsleistung der Bevölkerung dar.

derem auch den Rettungsdienst/Krankentransport maßgeblich tangiert, wenn nicht sogar auf Dauer demontiert.

Der vorgenannte Gesetzentwurf ist umstritten wie kaum ein anderer. Bedenken werden nicht nur von der Opposition, den Wohlfahrtsverbänden, karitativen Einrichtungen usw., sondern auch aus den Reihen von CDU/CSU und FDP vorgetragen. Niemand wird bestreiten, daß die Absicht der Bundesregierung, eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch eine Strukturreform in der Krankenversicherung zu erwirken, grundsätzlich zu begrüßen ist. Neben einer Kostendämpfung muß eine solche Reform aber auch darauf abzielen,

● die medizinische Versorgung der Bevölkerung auf Dauer zu sichern,

● die Leistungsfähigkeit des gesamten Gesundheitssystems zu stärken, ohne dabei mehr Belastungen als bisher für den Kreis der Versicherten festzuschreiben.

In den §§ 68 und 142 des Gesetzentwurfes wird für den Rettungsdienst festgelegt, daß

● die Krankenkassen zukünftig nur noch Kosten für medizinisch

notwendige Fahrten in Höhe des 20,- DM je Fahrt übersteigenden Betrages bei vollstationären Leistungen übernehmen,

● diese Regelung unterschiedslos sowohl für den qualifizierten Krankentransport und die Notfallrettung als auch für die sogenannten Patientenfahrten gilt.

Das heißt, daß die geplante Reform völlig an den gewachsenen Strukturen und Erfordernissen eines zeitgemäßen Rettungsdienstes vorbeigeht und den Rettungsdienst zu einer reinen Transportleistung disqualifiziert. Es ist erschreckend, daß die Johanniter-Unfall-Hilfe in ihren Stellungnahmen die Verfasser des Gesetzentwurfes auf die mittlerweile selbstverständlich gewordene Tatsache hinweisen mußte, daß der Rettungsdienst

eine anerkannte und unverzichtbare Versorgungsleistung der Bevölkerung darstellt. Die geplanten Eingriffe in Struktur und Leistung des Rettungsdienstes stellen – insbesondere auf dem Lande – eine konkrete Gefährdung der Versorgung mit qualifizierter rettungsdienstlicher Leistung dar.

Der Gesetzentwurf übersieht, daß die Entscheidung des Einsatzes von Rettungsmitteln aufgrund des Meldebildes getroffen wird. Er übersieht weiter, daß die Kosten des Rettungsdienstes durch die **Hilfsfrist** (12 bis 15 Minuten) bestimmt werden. Diese Hilfsfrist – gesundheitspolitisch durch Länderbestimmungen vorgegeben – ist von den Leistungsträgern des Rettungsdienstes einzuhalten, weil der Ret-

Bei einem Gesamtbetrag von ca. 1,57 Milliarden DM für Rettungsdienst und Patientenfahrten pro Jahr soll ein Betrag von 800 Millionen DM, also 51 Prozent, eingespart werden. Der Anteil des Rettungsdienstes an den Gesamtkosten Gesundheitswesen beträgt 0,64 Prozent.

Die oben genannten geplanten Einsparungen betragen 6 Prozent der insgesamt einzusparenden 14 Milliarden DM – also das Zehnfache(!) des Anteils!

Kann der Rettungsdienst nach dieser Amputation zukünftig überhaupt noch als ein solcher bezeichnet werden?

Sonnenbrand und Wundverband

tungsdienst sonst weitgehend wirkungslos wird, da aus notfallmedizinischer Sicht die ersten 15 Minuten nach Eintritt des Schadensereignisses über das Schicksal, die notwendige Dauer des Krankenhausaufenthaltes sowie die evtl. Invaliditätsquote des Patienten entscheiden.

Wer also im Rettungsdienst Kosten dämpfen will, der muß die Hilfsfrist verlängern. Das bedeutet steigende Kosten und Anstieg der Sterblichkeits- und Invaliditätsrate, und das muß der Bevölkerung dann auch klipp und klar gesagt werden.

Da aufgrund der Hilfsfrist die **Vorhaltekosten** des Rettungsdienstes weitgehend gleich bleiben werden, wird es möglicherweise zukünftig weniger Einsätze geben, die sich dann aber verteuern, weil die gleichen Vorhaltekosten finanziert werden müssen. Das hat zur Folge, daß langfristig Kapazitäten des Rettungsdienstes abgebaut, Rettungswachen geschlossen und Personal entlassen werden muß. Dies bedeutet einen Einbruch in das flächendeckende und rund um die Uhr dienstbereite System. Insbesondere die Bevölkerung auf dem Lande wird diese Ausdünnung und zwangsweise Steigerung der Hilfsfristen besonders treffen. Es grenzt ans Makabre, feststellen zu müssen, daß auf dem Lande zukünftig schneller gestorben wird.

Das Vertrauen in die Regierung und Politiker wird sicherlich nicht dadurch gestärkt, daß sich diese zu den Bedenken und Stellungnahmen nicht äußern oder, wenn sie dies in Einzelfällen einmal doch tun – wie Bundesarbeitsminister Norbert Blüm –, den Rettungsdienstorganisationen vorwerfen, sie würden eine Verunsicherungskampagne der Patienten einläuten.

Es bleibt zu hoffen, daß die Alternativvorschläge – vor allen Dingen der des Freistaates Bayern, der auch von anderen Bundesländern mitgetragen wird – aufgegriffen und doch noch realisiert werden. Die Selbstbeteiligung von 20,- DM wird bei realistischer Betrachtung sicher unumgänglich sein; die Übernahme der Transportkosten nur bei anschließender vollstationärer Behandlung muß aber gestrichen werden! Werner Franzen

„Viel Praxis“ war das Motto des diesjährigen Bundesjugendausbildungslagers (BJAL), das vom 23. Juli bis 6. August in Friedrichshafen stattfand. Zum zehnten Mal befand sich das Sanitätsausbildungszentrum „850“ der Bundeswehr fest in der Hand der JUH. Die Leitung des Lagers hatte Klaus-Peter Plathow, Landesjugenddezernent aus Schleswig-Holstein. Für die Ausbildung zeichnete traditionell die Bundesschule verantwortlich, die Jan Schmalbrück entsandt hatte. Das breite Ausbildungs- und Freizeitangebot fand die Zustimmung der über 90 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik.

Was macht man als Schminker, wenn der Darsteller nicht so aussieht im Wundbild, wie man sich das so vorgestellt hat? Ganz einfach, der Schminker macht alles wieder ab und beginnt von vorn. Wie man schminkt und korrekt darstellt, konnten die Teilnehmer unter Anleitung von Isa Lange (OV Ladenburg) lernen. Großes Erstaunen herrschte bei den „Maskenbildnern“, als sie vorgeführt bekamen, mit welch simplen Mitteln wie Salzteig, Schnellkaffee, Rübensirup und anderen Zutaten echt aussehende Wunden „anzurichten“ sind. Ganz klar, daß der Schminklehrgang dann als „Service“ die Verletztendarsteller für den Helferkurs herrichten mußte. Dieser Kurs, wie jedes Jahr am stärksten besucht, stand unter der Leitung von Birgit Brauns, Walter Kratz und Paul-Christian Franz.

Sie zeigten all das, was ein Sanitätshelfer der JUH können muß. Die Ausbilder konnten einem schon leid tun, denn ihr Kurs erhob die Nacharbeit zum Prinzip. Abends ab 22 Uhr ging es rund, denn da wurde geübt, geübt und geübt. Um Mitternacht mußten die letzten Lernwilligen mit Gewalt aus dem Übungsraum gezerrt werden, in dem die Recording Annes und andere Übungsgeräte zur „Mißhandlung“ bereitlagen. Der „Knüller“ war die Abschlußübung: Der Helferkurs ver-

sorgte die vom Schminkkurs hergerichteten Verletzten sach- und fachgerecht, der Ausbilderlehrgang schiedsrichterte, der Lehrgang „Soziale Dienste“ beteiligte sich ebenso wie der Sprechfunkkurs. Damit waren sämtliche Teilnehmer in die Abschlußübung eingebunden und konnten ihr Können demonstrieren.

Soziale Dienste, eine neues Ausbildungsangebot der JUH, wurde erstmals im Rahmen des Ausbildungslagers angeboten. Die elf Teilnehmerinnen und zwei Teilnehmer lernten dabei unter der Anleitung von Axel Simon den Umgang mit Behinderten und konnten auch selbst Erfahrungen als Behinderte sammeln. Sie wurden im Rollstuhl nach Friedrichshafen gefahren und mußten dann in den Kaufhäusern einkaufen, sich von Passanten beim Überqueren der Straße helfen lassen und dabei oftmals erfahren, daß viele Menschen mit Behinderten nichts zu tun haben wollen. Die ganze Aktion wurde mit einer Video-Kamera aufgezeichnet und hinterher gemeinsam besprochen. Die Betroffenheit war deutlich spürbar, als mancher seine negativen Erfahrungen erzählte. Neben diesen praktischen Dingen stand aber auch eine ganze Menge Theorie an: Wie stellt man Anträge, wo kann man Hilfen beantragen, welche Hilfsmittel gibt es, waren nur einige der angesprochenen Themen.

Relativ klein war der Lehrgang „Sprechfunk/ABC“. Unter diesem Kürzel führte Klaus M. Lange acht Helfer in die Kartenkunde ein und informierte sie über atomare, biologische und chemische Kampfstoffe, die teilweise auch bei „zivilen“ Unglücksfällen auftreten. Im Mittelpunkt aber stand die Fernmelderei. Eine Woche

lang probten die Fernmelde-Lehrlinge den sogenannten KatS-Dv 810.3-Sprechfunk. Neben dem praktischen Umgang mit den Funkgeräten wurde auch kräftig Theorie gebüffelt, um die physikalischen Grundlagen kennenzulernen und zu verstehen.

Traditioneller Bestandteil des BJAL sind die Lehrgänge für Schwesternhelferinnen und Ausbilder der Stufe I (Erste Hilfe-Ausbildung). Im Schwesternhelferinnen-Kurs lernten elf Teilnehmer unter der praxisorientierten Leitung von Barbara und Alfred Eltus den Umgang mit Kranken und deren Pflege. Wie man Kurs Teilnehmer motiviert und wie man Erste Hilfe richtig „verkauft“, vermittelte Jan Schmalbrück in seinem Seminar für Ausbilder. Das Grundlagenwissen in Methodik, Didaktik und Medienkunde konnte von den Teilnehmern anschließend in Lehrproben angewandt und überprüft werden.

Neben der Ausbildung kam aber auch die Freizeit beim diesjährigen BJAL nicht zu kurz. Dank des guten Wetters – letztes Jahr ertrank die ganze Veranstaltung in Regenwasser – konnten die Schwimmbäder „gestürmt“ werden. So mancher klagte denn auch über einen Sonnenbrand beim ersten Tagesausflug zum Nebelhorn nach Österreich. Hier konnte man Drachenflieger und Gleitsegler bei ihren Starts bewundern. Für den zweiten Tagesausflug stand eine Bodenseefahrt auf dem Programm.

Bundesarzt Dr. Wolfgang Kra-wietz, der das Lager am Ende der ersten Woche besuchte, zeigte sich erfreut über die gebotenen Möglichkeiten und sagte seine Unterstützung zu, damit es auch 1989 wieder ein BJAL in Friedrichshafen geben kann.



Über 90 Teilnehmer lernten und genossen die Tage am Bodensee.

Gesundheitsreform: Geht der Rettungsdienst baden?

„Unsere Gesundheit ist in Gefahr“ – „Bürokratie statt Leistung“ – „Wer krank ist, muß zuzahlen“ – „Eine Mogelpackung voller Irrtümer“. Kostproben von Presseschlagzeilen zur Strukturreform des Gesundheitswesens. Der Widerstand hat sich formiert. Krankenkassen, Krankenhausgesellschaften, Sozialverbände, Arbeitgeber und Taxiunternehmer haben sich mehr oder weniger lautstark zu Wort gemeldet, Ärzte, Zahnärzte, Gewerkschaften, Arzneimittelhersteller und viele andere sich ebenfalls kritisch mit dem Reformvorhaben auseinandergesetzt, zum Teil in gar nicht zimperlicher Art. Zweifelsohne, die Bundesregierung ist unter massiven Beschuß geraten.

Im Gesundheitswesen sind seit 1970 die Kosten um fast 400 Prozent auf gegenwärtig jährlich rund 120 Milliarden DM angewachsen. Eine gigantische Summe. Verschlimmert wird die Situation noch dadurch, daß trotz dieses gewaltigen Ausgabenvolumens kein Ende der Kostenexplosion in Sicht ist. Weitere Ausgabensteigerungen lassen sich nicht mehr durch eine Anhebung der Beitragssätze der Krankenkassen, wie seit Jahren praktiziert, auffangen. Hier ist mit einer Belastung der Arbeitslöhne von durchschnittlich 13 Prozent die Schmerzgrenze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erreicht, d.h. ein weiterer Anstieg der Beitragssätze wäre wirtschafts- und sozialpolitisch unverträglich.

Handeln tut not

Und so ist es an sich zu begrüßen, daß die Bundesregierung den Mut faßte, das „heiße Eisen“ Gesundheitsreform anzufassen. Dabei ließ sie sich von der Überlegung leiten, daß es mit einer wie auch immer gearteten „kleinen Lösung“ nicht getan ist. Um die Ausgabenexpansion in den

Griff zu bekommen, soll die gesetzliche Krankenversicherung grundlegend neu geordnet werden. In der Tat spricht vieles dafür, daß es nur mit einer Reform an Haupt und Gliedern gelingen kann, die gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung zu erhalten und langfristig zu sichern.

Das haben auch die Hilfsorganisationen erkannt. Unisono erklärten sie ihre Bereitschaft, das Anliegen des Reformwerks zu unterstützen. Wenn das Deutsche Rote Kreuz, Arbeiter-Samariter, Johanniter und Malteser sich dennoch in die Schar der „Widerständler“ einreihen, so nicht, um Kritik um ihrer selbst willen zu üben. Anlaß zur Beanstandung geben ihnen vielmehr die auf den Rettungsdienst bezogenen Regelungen des Gesundheits-Reformgesetzes. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt heute über ein flächendeckendes, jederzeit einsatzbereites Rettungsdienstsystem, das weltweit zu den besten zählt. Form und Qualität dieses Systems lassen sich, so die Überzeugung der Hilfsorganisationen, nicht mehr aufrechterhalten, wenn der Bundestag das Gesetz in der vorliegenden Fassung beschließen sollte.

Kostenerstattung von nachträglicher Diagnose abhängig

Was besagen nun die Maßnahmen, die den Stein des Anstoßes bilden? Unter der Überschrift „Fahrkosten“ sieht der Paragraph 68 des Entwurfs eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vor, daß – die Krankenkassen künftig nur noch Kosten für medizinisch notwendige Fahrten in Höhe des 20,-DM je Fahrt übersteigenden Betrages bei solchen Leistungen übernehmen, die vollstationär erbracht werden,

– diese Regelung unterschiedslos sowohl für die Notfallrettung, den qualifizierten Krankentransport (das sind Transporte von Personen, die keine Notfallpatienten sind, die aber aufgrund ihrer Erkrankung medizinisch betreut werden müssen) als auch für die sogenannten Patientenfahrten (Taxi) gilt.

Die Menschen hierzulande müssen also befürchten, daß sie – von Härtefällen abgesehen – künftig selber zur Kasse gebeten werden, wenn der Rettungsdienst für sie tätig geworden ist. Denn nur, wenn sich, um dies nochmals zu verdeutlichen, an den Rettungsdienst eine vollstationäre Klinik- bzw. Krankenhausbehandlung anschließt, werden die Kassen die Kosten der rettungsdienstlichen Leistungen übernehmen. Aber auch dann ist sowohl bei einer Notfallrettung als auch bei einem qualifizierten Krankentransport eine Selbstbeteiligung der Patienten in Höhe von 20,-DM vorgesehen.

Eine solche Regelung verkennt in eklatanter Weise die rettungsdienstlichen Einsatzabläufe und die Funktion der Rettungsdienstleitstellen. Die Leitstellen müssen im Bereich der Notfallrettung im Interesse des Patienten in kürzester Zeit entscheiden, welches Rettungsmittel (Rettungshubschrauber, Notarztwagen, Rettungswagen, Krankentransportwagen) sie zum Einsatz bringen. Das Meldebild, aufgrund dessen sie ihre Entscheidung treffen, stammt in vielen Fällen von medizinisch nicht geschulten Personen.

Der medizinische Laie kann jedoch im allgemeinen nicht beurteilen, ob z.B. die plötzliche Erkrankung eines Familienangehörigen oder die Verletzungen, die ein Passant bei einem Unfall erlitten hat, eine stationäre Behandlung erfordern. Selbst ein praxiserfahrener Notarzt kann

dies aufgrund seiner Feststellungen vor Ort nicht immer mit letzter Sicherheit voraussagen. Erst die weitergehende diagnostische Untersuchung in der Klinik führt zu gültigen Erkenntnissen und Entscheidungen. Der Bürger darf aber nicht finanziell bestraft werden, indem ihm die Kosten der rettungsdienstlichen Leistungen aufgebürdet werden, wenn eine stationäre Aufnahme nicht notwendig ist, weil sich im nachhinein seine Verletzungen oder seine Erkrankung glücklicherweise doch nicht als so schwerwiegend herausgestellt haben.

Besondere Gefährdung der Notfallversorgung im ländlichen Bereich

Die Benutzungsentgelte des Rettungsdienstes sind je nach Region unterschiedlich. Sie können bei Entsendung eines Rettungswagens mit Notarzt bei 2 000,-DM und sogar noch darüber liegen. Der Bürger wird künftig gründlich zu überlegen haben, ob er den Rettungsdienst in Anspruch nimmt. Die Gefahr, daß dies auch in medizinisch notwendigen Fällen unterbleibt, liegt auf der Hand. Für die Kassen werden höhere Kosten entstehen, weil ohne eine qualifizierte vorklinische Versorgung intensivere und längere stationäre Krankenhausaufenthalte die zwangsläufige Folge sein werden.

Ein wesentlicher Faktor bei der Bemessung der Einsatzentgelte sind die Vorhaltekosten (ca. 65%). Ein moderner Rettungsdienst, der bundesweit über 24 Stunden auch an den Wochenenden und feiertags einsatzbereit ist, kostet seinen Preis. Zum Nulltarif ist dies nicht zu haben. Bei verringerter Inanspruchnahme aber und unverändert hohen Fixkosten werden erhebliche Verluste eintreten. Dieser Effekt wird sich durch den Eigenkosten-



In kürzester Zeit muß in der Leitstelle darüber entschieden werden, welche Rettungsmittel zum Einsatz kommen sollen.

anteil von 20,-DM noch verstärken, weil sich hierdurch zusätzlich die Zahl der qualifizierten Krankentransporte und damit die Einnahmen des Rettungsdienstes reduzieren werden. Die Hilfsorganisationen, die zu rund 75 Prozent den Rettungsdienst im Bundesgebiet abdecken, sind nicht in der Lage, die Defizite auszugleichen.

Es stellt sich daher die Frage, wer für die Verluste aufkommt. Die öffentliche Hand oder vielleicht doch die Krankenkassen? Wenn beide sich dieser Verantwortung entziehen, wird es unausweichlich dazu kommen, daß Kapazitäten des Rettungsdienstes abgebaut, Rettungswachen geschlossen und Personalkräfte entlassen werden müssen. Ehrenamtliche Helfer könnten nicht mehr im bisherigen Umfang eingesetzt werden. Die Hilfsfristen (das sind die Zeitspannen vom Eingang der Notfallmeldung bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes am Notfallort), die im Bundesgebiet bei 8 bis maximal 15 Minuten liegen, könnten nicht mehr eingehalten werden. Diese

Auswirkungen würden sich vor allem in ländlichen Regionen einstellen. Durch eine Ausdünnung des Rettungsdienstsystems würde die Bevölkerung auf dem Lande sehr bald eine schlechtere Notfallversorgung erhalten als ihre in Ballungsgebieten lebenden Mitbürger.

Sollte der Staat – der Rettungsdienst ist eine staatliche Aufgabe – die zu erwartenden Defizite auffangen, um den hohen Standard dieses wichtigen Bestandteils der öffentlichen Gesundheitsvorsorge weiterhin sicherzustellen, wäre das Ergebnis lediglich eine Umverteilung der finanziellen Ressourcen. Der Bürger müßte als Steuerzahler für das eintreten, was er als krankenversicherter Beitragszahler einspart. Dies kann nicht der Sinn und Zweck einer Gesundheitsreform sein.

Falscher Verständnis der Funktion des Rettungsdienstes

Schon der Terminus „Fahrkosten“ im Gesetzentwurf offen-



Der Rettungsdienst ist ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Gesundheitsvorsorge im vorklinischen Bereich.

bart, daß die Bundesregierung nicht erkannt hat, was Rettungsdienst heutzutage darstellt. Dessen Leistungen beschränken sich anders als früher nicht mehr auf einen reinen Transportdienst. Rettungsdienst ist nach heutigem Verständnis und heutiger Wirklichkeit notwendige vorklinische Versorgung, deren Effizienz entscheidend ist für den Erfolg und die Dauer der nachfolgenden klinischen Behandlung.

Ebenso wenig scheint es bislang nach Bonn durchgedrungen zu sein, daß der Rettungsdienst, bestehend aus Notfallrettung und qualifiziertem Krankentransport, sowohl in funktionaler, organisatorischer, medizinischer als auch in ökonomischer Hinsicht eine Einheit bildet. Sollten sich die Reformpläne der Bundesregierung in bezug auf den Versicherungsschutz bei rettungsdienstlichen Leistungen realisieren, wird es de facto zu einer Trennung der beiden Komponenten des Rettungsdienstes kommen. Damit wäre der Notfallrettung die wirtschaftliche Basis entzogen, was deren baldiges Ende in ihrer jetzigen Form bedeuten würde.

Ein leistungsfähiger Rettungsdienst ist von großem Nutzen

Dies alles wird um so unverständlicher, wenn man den volkswirtschaftlichen Nutzen eines funktionierenden Rettungsdienstes bedenkt. Nach einer Studie des Deutschen Verkehrssicherheitsrates aus dem Jahre 1985 werden mit jeder in den Rettungsdienst investierten Mark 5,-DM eingespart, eben weil eine schnelle notfallmedizinische Hilfeleistung noch am Ort des Notfallgeschehens in vielen Fällen teure stationäre Klinikbehandlungen verkürzt oder gar abwendet. Es ist aber nicht nur der finanzielle Aspekt, den es zu bedenken gilt. Es geht ebenso um viel menschliches Leid, das durch einen effizienten Rettungsdienst, der Menschenleben rettet und Invaliditäten zu verhindern hilft, vereitelt werden kann.

Der Ausgabenposten „Rettungsdienst“ umfaßte 1987 1 032 Millionen DM. Gewiß ist das ein ordentlicher Batzen Geld. Vergleicht man diese Summe jedoch mit den Gesamtausgaben im Ge-

sundheitswesen, macht sie nicht einmal 1 Prozent aus. Der Rettungsdienst ist also, relativ betrachtet, nicht der große Kostenfaktor unseres Gesundheitssystems, mit dessen Beschneidung der große Spareffekt erzielt werden könnte. Im Hinblick auf die Versicherungsleistungen beim Rettungsdienst den „Rotstift“ ansetzen zu wollen, zeugt von Kurzsichtigkeit, wenn hierdurch diese bewährte Einrichtung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zerschlagen wird.

Echte Kostendämpfung durch die Hilfsorganisationen

Wenn die Kosten des Rettungsdienstes trotz aller Verteuerungen dennoch in einem noch erträglichen Rahmen geblieben sind, ist dies, was betont sei, zu einem wesentlichen Anteil den Hilfsorganisationen zu verdanken. Durch die Mitwirkung ihrer ehrenamtlichen Helfer und die Arbeitszeitregelungen ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter im Rettungsdienst leisten sie schon seit Jahrzehnten in Millionenhöhe einen echten Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Auch das scheint der Bundesregierung entgangen zu sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei noch kurz angesprochen: Der Wegfall der Leistungspflicht der Krankenkassen und die Selbstbeteiligung der Patienten zwingen zur privaten Abrechnung. Der Gesetzentwurf trifft dazu, wie die Entgelte erhoben werden sollen, keine Aussage. Zu Recht lehnen die Hilfsorganisationen die Übernahme von Inkasso-Aufgaben in Zusammenhang mit der Durchführung rettungsdienstlicher Leistungen ab. Ein solches Tun würde in Widerspruch zu ihrem Selbstverständnis stehen und ihrem Ansehen abträglich sein.

Überdies läßt es die Art der Aufgaben, die dem Rettungsdienstpersonal obliegen, nicht zu, sich ums Geldkassieren zu kümmern, was insbesondere den Ehrenamtlichen nicht zugemutet werden kann. Der Einzug von Gebühren im nachhinein aber schafft neue Bürokratie, zusätzlichen Verwaltungsaufwand und erhöht das Risiko, daß Entgelte nicht eingetrieben werden können. All das wird zu einer zusätzli-

chen Verteuerung des Rettungsdienstes führen. Wer die administrativen Mehrkosten und die zu erwartenden Forderungsausfälle tragen soll, ist weder im Gesetz geregelt, noch hat sich die Bundesregierung bezeichnenderweise dazu bislang geäußert.

Zusammenfassung

● Der Malteser-Hilfsdienst sieht ebenso wie die anderen Hilfsorganisationen (ASB, DRK und JUH) die Notwendigkeit, der seit Jahren anhaltenden Kostenexplosion im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten.

● Er begrüßt daher grundsätzlich die Bestrebungen der Bundesregierung, eine weitere Ausgabenexpansion mittels einer

grundlegenden Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung, die vom einzelnen mehr Solidarität und Eigenverantwortung verlangt, zumindest zu dämpfen.

● Das Ziel der Strukturreform, das hohe Niveau unseres Gesundheitswesens zu erhalten und zu stärken, kann, was den Rettungsdienst angeht, nicht erreicht werden, sofern der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung Gesetzeskraft erlangen sollte.

● Ein solches Gesetz hätte negative Folgen für die Leistungsfähigkeit der Rettungsdienste. Insbesondere die vorklinische Notfallversorgung der ländlichen Bevölkerung würde sich fühlbar verschlechtern, ein Abbau des Rettungsdienstpotentials, der zu be-

fürchten wäre, sich aber auch bei einem Massenanstieg von Verletzten nachteilig auswirken.

● Es ist töricht, ein vorbildliches und bewährtes Hilfeleistungssystem, wie es der hiesige Rettungsdienst darstellt, aufs Spiel zu setzen. Dabei ist der Grundfehler des Gesetzentwurfs darin zu sehen, daß er den Rettungsdienst als reine Transportleistung sieht und nicht als das, was er tatsächlich ist, nämlich als einen wichtigen Bestandteil der medizinischen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im vorklinischen Bereich.

● Insbesondere aus Gründen des Selbstverständnisses des Malteser-Hilfsdienstes und der Natur rettungsdienstlicher Leistungen kann es nicht zu dessen

Angelegenheit gemacht werden, unmittelbar vor Ort Inkasso-Aufgaben wahrzunehmen. Sollte der Paragraph 68 des Gesetzentwurfs entgegen dem Votum der Hilfsorganisationen unverändert beschlossen werden, muß ein Abrechnungsverfahren gefunden werden, das die Hilfsorganisationen weder finanziell noch in ihrem Ansehen belastet.

Bleibt zu hoffen, daß Einsicht und Vernunft der verantwortlichen Politiker doch noch obsiegen werden, indem sie eine Gesundheitsreform schaffen, die im Interesse der Menschen unseres Landes der Bedeutung eines leistungsfähigen Rettungsdienstes und der Arbeit der Hilfsorganisationen auf diesem Gebiet Rechnung trägt. Heinz Himmels

Resolution

der 29. Bundesversammlung des Malteser-Hilfsdienstes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG)

Der Gesetzentwurf sieht in § 68 unter der Überschrift „Fahrkosten“ vor, daß

● die Krankenkassen künftig im Rettungsdienst (Notfallrettung, qualifizierter Krankentransport) nur noch Fahrkosten übernehmen, wenn sich eine stationäre Behandlung anschließt, jeder Transport das Inkasso des Eigenanteils von 20,- DM durch den Leistungsträger im Rettungsdienst beim Versicherten auslöst.

● der qualifizierte Krankentransport zum Arzt, bei dem eine fachliche Betreuung notwendig ist oder werden kann, nicht mehr von der Krankenkasse finanziert wird.

Diese Regelung kann nicht hingenommen werden, weil sie:

- die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung gefährdet,
- die im Rettungsdienst tätigen freiwilligen Hilfsorganisationen in unzumutbarer Weise belastet und
- dieses in der Praxis zu unvermeidbaren Ergebnissen führt,

und zwar aus folgenden Gründen:

① Die Bundesregierung läßt sich bei ihren mit der Reform bezweckten Sparmaßnahmen offenkundig von der irrigen Vorstellung leiten, daß der Rettungsdienst eine reine Transportleistung sei.

Tatsächlich aber ist – wie täglich aufs neue erwiesen – dieser von Notärzten und Rettungssanitätern wahrgenommene Dienst ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung im vorklinischen Bereich. Jede Verringerung seiner Wirksamkeit kann weit höhere stationäre Behandlungskosten verursachen, kann vermeidbare Invaliditäten und Menschenleben kosten.

② Das heute flächendeckende Rettungsdienstsystem in der Bundesrepublik Deutschland, bislang beispielhaft in seiner Qualität und Effizienz, wird zu etwa 75 Prozent von den freiwilligen Hilfsorganisationen (ASB, DRK, JUH, MHD) getragen. Seine permanente Funktionsfähigkeit bedingt hohe Vorhaltekosten an Person und Material. Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, so ist mit

einem drastischen Rückgang der Inanspruchnahme des Rettungsdienstes mit demgemäß noch ungünstigeren Vorhaltekosten und folglich mit Defiziten zu rechnen, die keine der Hilfsorganisationen abzudecken vermag. Das aber führt zwangsläufig zur Schließung von Rettungswachen, zur Entlassung geschulten Rettungspersonals und somit zur Ausdünnung des Rettungsdienstsystems vor allem in den ländlichen Gebieten.

Kann der Gesetzgeber dies zulassen oder gar wollen?

③ Sollten diese Vorschriften in Kraft treten, dann wäre der MHD gezwungen, Inkasso-Aufgaben zu übernehmen, die mit seinem Selbstverständnis als freiwillige Hilfsorganisation nicht vereinbar sind und daher abgelehnt werden.

Aber nicht nur dies; ebenso gravierend sind:

- das Risiko des Bürgers, die gesamten Rettungskosten selbst zahlen zu müssen,
- der erhebliche Verwaltungsaufwand des Rettungsdienstes beim Inkasso der Selbstbeteiligung von 20,- DM,
- das damit verbundene Ausfallrisiko bei der Realisierung der erbrachten Leistungen.

Kann der Gesetzgeber das wirklich wollen?

Deshalb erwartet der MHD vom Gesetzgeber:

- daß auch in Zukunft jeder Transport im Rettungsdienst, bei dem aus medizinischen Gründen eine fachliche Betreuung notwendig ist oder wird, durch die Krankenkassen finanziert wird;
- daß ein Inkasso der Selbstbeteiligung von 20,- DM durch die Hilfsorganisationen entfällt.

Diese Forderungen sind im Interesse der betroffenen Bevölkerung berechtigt. Die Erwägungen des Bundesrates im Beschluß vom 10. 6. 1988 (BT-Drs 11/2493) sind zwar im Ansatz begrüßenswert, können aber nicht befriedigen, weil sie in bezug auf den großen Bereich der qualifizierten Krankentransporte nicht ausreichend sind.

Bremen, 11. September 1988

Erster Delegationsbesuch der Feuerwehren der Bundesrepublik in der DDR



Der 26. September 1988 wird in die Feuerwehrgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als der Zeitpunkt eingehen, wo sich erstmals Feuerwehr-Delegationen beider Staaten zu einem offiziellen Besuch trafen. Auf Einladung der DDR besuchte eine fünfköpfige Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes unter Führung von Präsident Struve eine Woche lang Feuerwehren und historische Stätten in Ost-Berlin und im Bezirk Potsdam. Beide Delegationen stellten sich einem Erinnerungsfoto (v.l.n.r.): FNFV-Vorsitzender LtD. BD Kurt Klingsohr, Vizepräsident Dr. Peter Fischer, Präsident Hinrich Struve, Generalmajor Herbert Pohl (DDR), Vizepräsident Rolf Englerth, Oberst Joachim Walter (DDR), Bundesgeschäftsführer Reinhard Voßmeier.

Generalmajor Pohl betonte im Verlaufe des Delegationsbesuches, daß sich die Führungsspitze der Feuerwehren beider Staaten schon seit vielen Jahren mindestens einmal jährlich auf internationaler Ebene im Rahmen von CTIF-Tagungen trifft und daß die dabei gewonnene gegenseitige Anerkennung die Basis für den jetzigen ersten offiziellen Delegationsbesuch darstellt. Seit rund zehn Jahren treffen sich bei CTIF-Tagungen seitens des DFV Präsident Struve, Oberbranddirektor Gebhardt und Bundesgeschäftsführer Voßmeier mit Generalmajor Pohl und Oberst Walter.

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, leitete eine fünfköpfige Delegation des Verbandes, die

vom 26. – 30. September 1988 in der Deutschen Demokratischen Republik weilte. Sie folgte einer Einladung des Vorsitzenden des

Nationalen Komitees der Feuerwehren der DDR, Generalmajor Herbert Pohl, Leiter der Hauptabteilung Feuerwehr im Ministerium des Innern der DDR.

Erstmals in der Nachkriegszeit besuchte eine offizielle Feuerwehr-Delegation der Bundesrepublik Deutschland Feuerwehren der DDR. Die erfreulichen Verbesserungen in den Beziehungen zwischen beiden Staaten führten zu dieser längst überfälligen offiziellen Kontaktaufnahme zwischen den Feuerwehren der Bundesrepublik mit ihren rund 1,2 Millionen Aktiven und denen der DDR mit den rund 450 000 aktiven Männern und Frauen.

DFV-Präsident Struve sprach bei der Abreise der Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes eine Gegeneinladung an Generalmajor Pohl aus, mit einer Delegation der Feuerwehren der DDR im nächsten Jahr die Feuerwehren der Bundesrepublik zu besuchen. Präsident Struve sprach in Übereinstimmung mit Generalmajor Pohl den Wunsch aus, diesen begonnenen Dialog der Völkerverständigung fortzusetzen.

Während des einwöchigen Aufenthaltes in der DDR wurden Einrichtungen des Brandschutzes und historische Stätten in Ost-Berlin sowie im Bezirk Potsdam besucht. Hierbei konnten sich die Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes vom hohen Leistungsstand der DDR-Feuerwehren und ihrer Einsatzbereitschaft überzeugen sowie sich über die Dienst- und Lebensbedingungen der Feuerwehrangehörigen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren unterrichten lassen.

Die Gespräche mit Vertretern der Feuerwehren sowie von Arbeitsgemeinschaften „Junge Brandschutzhelfer“ verliefen in einer aufgeschlossenen und sachlichen Atmosphäre. Erfahrungen bei der Vorbeugung und Bekämpfung

von Bränden sowie bei der Nutzung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse zur Verbesserung des Brandschutzes wurden ausgetauscht.

Musikzüge der Feuerwehren beim 1. Deutschen Bundesmusikfest

Über Pfingsten 1989 veranstaltet die Bundesvereinigung Deutscher Blas- und Volksmusikverbände in Trier ihr 1. Deutsches Bundesmusikfest. Zu den 18 Mitgliedsorganisationen der Bundesvereinigung zählen auch die 1368 Musikzüge des Deutschen Feuerwehrverbandes. Sie sind eingeladen, sich an diesem großen Fest zu beteiligen.

Aktiv musizieren können die Feuerwehrzüge

- bei Wertungsspielen
- bei Platzkonzerten
- im Großkonzert der Spielleute
- bei der Abschlußveranstaltung im Gemeinschaftschor und Marsch durch Trier.

Die Feuerwehrzüge können aber auch als Beobachter teilnehmen, sich unter die Hörer der über 20 Saalkonzerte, 200 Platzkonzerte und Stadionveranstaltungen begeben. Forumsveranstaltungen am Samstag vor Pfingsten orientieren über aktuelle Entwicklungen der Vereinsarbeit.

Anmeldungen müssen allerdings umgehend an das Organisationsbüro Bundesmusikfest, Örenstr. 15, 5500 Trier, erfolgen. Das Organisationsbüro verschickt auch die 12seitige Einladung.

Großbrand in Bremen: Alle Freiwilligen Feuerwehren eingesetzt

Im März 1988 wurden bei einem Großinsatz im Bremer Industriehafen alle stadtbremischen Freiwilligen Feuerwehren eingesetzt. Der folgende Beitrag soll einen Einblick in die Geschehnisse vor Ort und ein bißchen hinter den Kulissen bringen.

17. März 1988

19.54 Uhr: Notrufeingang bei der Einsatzleitzentrale der Feuerwehr Bremen: „Es brennt Baumwolle. Beim Industriehafen.“

19.55 Uhr: Löschzug 6 (LF/TLF/DLK, Stärke 1/7), Einsatzleitdienst (ELW, 1/1) und Einsatzbereitschaft (LF, 1/7) rücken aus.

20.00 Uhr: Löschzug 6 trifft an der Brandstelle ein. An einer Außenseite einer eingeschossigen 60 m × 60 m großen Lagerhalle in Stahlskelett-Bauweise mit Gasbetonausfachung und in

3,50 m Höhe umlaufenden Fensterband brennt ein Stapel von etwa 400 Ballen Baumwolle. Ein Ballen hat eine ungefähre Größe von 60 cm × 80 cm × 120 cm. Weitere auf dem Betriebsgelände lagernde Ballen sind durch Funkenflug gefährdet ebenso wie die Halle selbst, in der ca. 17 000 Ballen Baumwolle bis unter die Dachhaut in bis zu acht Lagen gestapelt sind. Die Halle hat nach drei Seiten je zwei Holz-Schiebetore. Zur Abriegelung des Brandes nehmen die Besetzungen des LF und TLF 1 S-Rohr und zwei C-Rohre vor. Von der Einsatzbereitschaft werden die Wasserversorgung über Hydrant hergestellt und anschließend zwei B-Rohre vorgenommen. Es werden zur Verstärkung drei weitere Löschzüge angefordert. Das Feuer breitet sich durch die zerborstenen

Scheiben des Fensterbandes in die Lagerhalle hinein aus.

20.05 Uhr: Alarmierung des Löschzugs 1 (TLF/LF/DLK, 1/10), der Freiwilligen Feuerwehren Seesenthom (3 LF/RW 1, 1/25) und Grambkermoor (LF, 1/4), des Feuerlöschbootes 1 (1/3) und des Direktionsdienstes (ELW, 1/1). Nach Eintreffen baut der Löschzug 1 die Wasserversorgung vom 200 m entfernt festgemachten Feuerlöschboot 1 zur Brandstelle auf und nimmt 2 C-Rohre, ein B-Rohr und einen Monitor vor. Nach Aufbau einer weiteren Wasserförderstrecke nehmen die Freiwilligen Feuerwehren Grambkermoor und Seesenthom 2 C-Rohre, ein B-Rohr, einen Monitor und einen Wasserwerfer vor. Der Brand hat sich inzwischen bis auf die Hälfte der Halle entlang der rechten Hallenseite ausgebreitet.

Ein ca. 6 m breites Tor wird aufgebrochen und ein Monitor im Eingangsbereich des Tores im Innenangriff eingesetzt.

20.30 Uhr: Die FF Schönebeck (2 LF, 1/19) wird in Marsch gesetzt, kurz darauf werden die FF Lesumbrok (LF/TLF/SW, 1/10) und die FF Burgdamm (LF, 1/8) alarmiert. Ein Rettungswagen geht an der Einsatzstelle in Bereitstellung. Die eingetroffenen Wehren nehmen weitere 4 C-Rohre über Steckleitern an der rechten Seite, 3 C-Rohre an der linken Seite und einen Wasserwerfer an der Vorderseite teils im Innen-, teils im Außenangriff vor. Ein weiteres C-Rohr wird über eine Drehleiter an der linken Hallenseite vorgenommen. Zunehmend werden die Angriffstrupps mit Preßluftatmern ausgerüstet, so daß zur kontinuierlichen Ver-

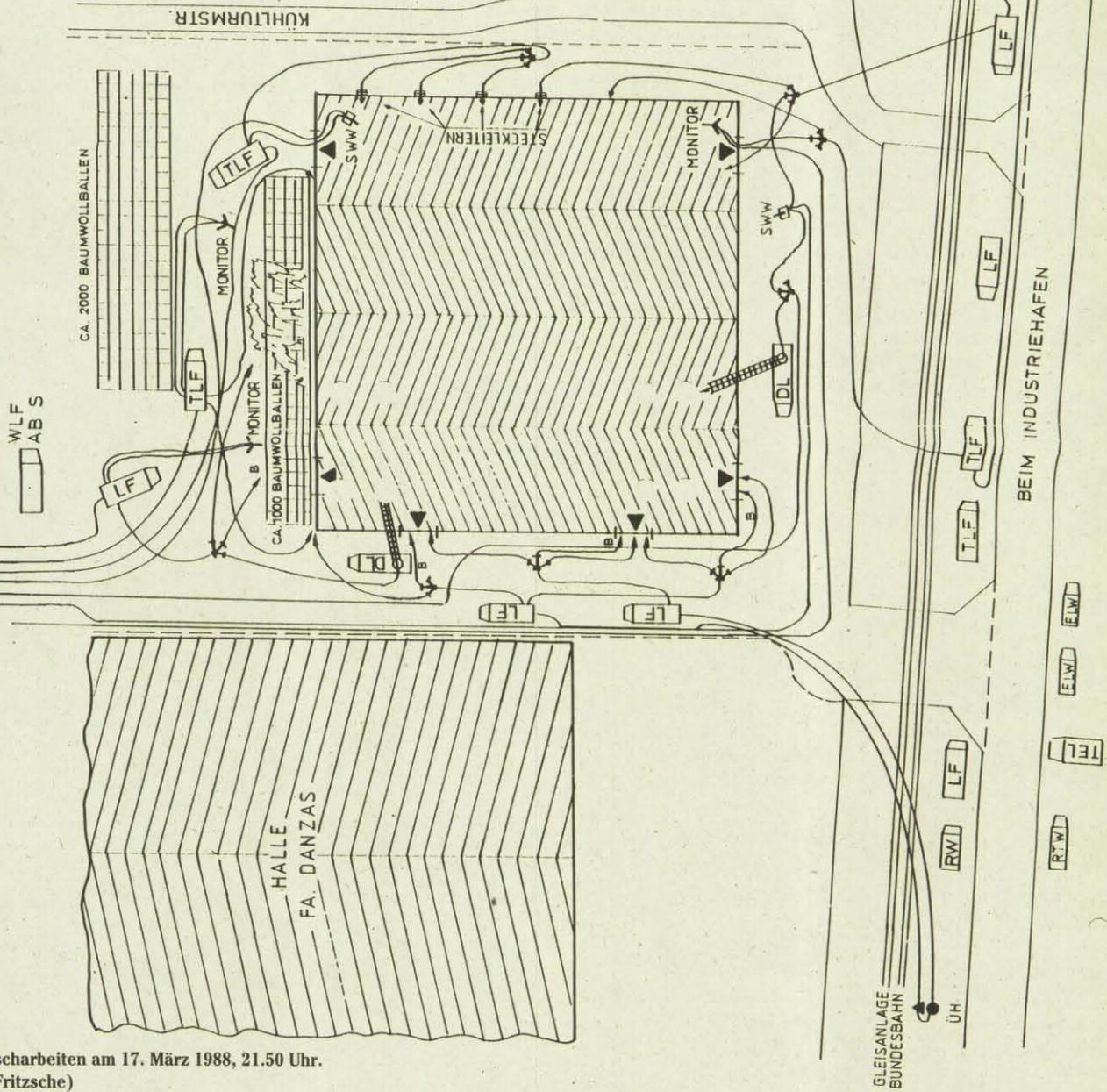
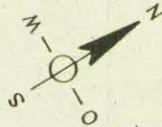


Hier brach das Feuer aus.

LIEGEPLATZ FLB 1 + 2 ÖLHAFEN

WASSERVERSORGUNG VOM FLB 1 + 2

GELÄNDE
MOBIL - OIL



Stand der Löscharbeiten am 17. März 1988, 21.50 Uhr.
(Zeichnung: Fritzsche)

sorgung der GW-Atemschutz angefordert wird. Auch wird jetzt an der Einsatzstelle zur besseren Führung der Einheiten eine Technische Einsatzleitung im angeforderten ELW 2 eingerichtet.

21.50 Uhr: Die Halle brennt in voller Ausdehnung. Es sind

jetzt insgesamt 44 Berufsfeuerwehrleute und 90 freiwillige Feuerwehrleute im Einsatz. Der Löschangriff wird jetzt mit 2 Wasserwerfern, 3 Monitoren, 4 B-Rohren und 16 C-Rohren vorgebracht. Die Löschwasserkapazität beträgt 12 000 l/min.

22.30 Uhr: Die Dachstützpfiler in der Hallenmitte verlieren ihre Festigkeit, die Dachhaut ist großflächig zerstört. An der linken Hallenseite stürzen Teile der Wandausfachung nach außen. Aufgrund der Gefahr eines Halleneinsturzes werden die Innen-

angriffe abgebrochen. Zwischenzeitlich werden vom Direktionsdienst und dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes in der TEL die Ablösung der Einsatzkräfte sowie die Versorgung koordiniert.

18. März 1988

00.00 Uhr: Die Feldküche, eingesetzt von der FF Seesenthom, stellt Einsatzverpflegung und warme Getränke bereit. Die Ablösungen beginnen. Es wird zunächst ein 4-Stunden-Turnus durchgeführt. Die FF Blumenthal besetzt Wache 7, während die Wehren aus Vegesack, Huchting, St. Magnus und Blockland an der Brandstelle zum Einsatz gelangen.

4.00 Uhr: Während die BF ihre Kräfte nach Wachen aufgeteilt alle vier Stunden ablöst, werden auch weitere Freiwillige Wehren zur Ablösung eingesetzt. Jetzt sind es die aus Seehausen, Lehersterdeich, Arsten und Oberneuland.

8.00 Uhr: Die letzte Vierstundenschicht beginnt. Da für die freiwilligen Helfer eine Sechsstundenschicht zeitlich ökonomischer ist – schließlich ist immer noch die An- und Abfahrt, das Wiederaufrüsten der Fahrzeuge usw. nötig – soll ab Mittag ein Sechsstundenrhythmus eingeführt werden. Es lösen die FF Farge, FF Strom und FF Osterholz die bis dahin tätigen Wehren ab.

10.00 Uhr: Die auf dem Einsatzgelände verteilten Gullys sind immer wieder verstopft. Es werden vier TS 20/3 zum Abpumpen des Löschwassers eingesetzt.

11.00 Uhr: Die Wasserversorgung durch das Feuerlöschboot 1 wird durch das Löschboot 2 übernommen.

12.00 Uhr: Die letzten, noch nicht im Einsatz gewesenen Wehren Borgfeld, Timmersloh, Mahndorf und der Versorgungszug lösen ab.

13.15 Uhr: Das Amt für Stadtreinigung und Stadtentwässerung wird angefordert, um die verstopften Gullys zu reinigen. Später kommt eine Privatfirma hinzu.

14.19 Uhr: Feuer in der Gewalt. Etwa ab diesem Zeitpunkt – es sind jetzt 92 Mann im Einsatz – beginnt eine entscheidende Phase in der Bekämpfung dieses Feuers. Mit drei Gabelstaplern und einem Radlader wird mit der Räumung der Halle begonnen. Die unbeschädigten Ballen werden auf ein Firmengelände im nahegelegenen Kalihafen gebracht, dort übernehmen zwei Mann mit einem LF Brandwache. Die beschädigten Ballen werden auf die

der Lagerhalle gegenüberliegenden Straßenseite auf einem Grünstreifen abgesetzt und, soweit sie noch schwelen, einzeln abgelöscht. Die zerstörten unbrauchbaren Ballen werden durch eine Privatfirma auf die Mülldeponie Walle gebracht. Dort wird für die Nachlöscharbeiten ein LF (Besatzung 1/6) stationiert.

23.56 Uhr: Ein Feuerwehrmann erleidet an der Einsatzstelle einen Unfall. Bei Löscharbeiten stürzt er von einem Stapel Baumwolle. Er wird noch vor Ort von einem Notarzt, nachdem er sofort von Kollegen geborgen werden konnte, untersucht und mit Beckenverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

19. März 1988

Die Brandbekämpfung wird mit 72 Kräften (7 der BF und 65 der FF) durchgeführt. Es wird teilweise immer noch unter Atemschutz gearbeitet. Inzwischen wird mit 6 Gabelstaplern und 2 Radladern geräumt.

20. März 1988

Die Halle ist etwa zur Hälfte geräumt. 10 C-Rohre, 2 B-Rohre, 2 Monitore und 1 Wasserwerfer sind eingesetzt. Zum letzten Mal geht ein Trupp unter Atemschutz vor.

21. März 1988

Es sind 32 Mann im Einsatz.

23. März 1988

Die vorerst letzte Freiwillige Feuerwehr wird aus dem Einsatz abgezogen. Die BF hat noch 14 Mann im Einsatz.

26. März 1988

„Feuer aus.“ Noch einmal werden vier Wehren eingesetzt. Es geht ans Aufräumen.

27. März 1988

Die Brandwachen werden abgezogen. Im Zuge weiterer regelmäßiger Kontrollen werden einzeln noch Nachlöscharbeiten durchgeführt.

5. April 1988

Letztmalig wird eine Kontrolle durchgeführt. Der Einsatz ist beendet.

Eine Bilanz dieses Einsatzes zeigt, daß Baumwollbrände mit erheblichem Einsatz von Perso-



Die Löschrupps haben sich vorgearbeitet.



Lösch- und Bergungsarbeiten werden gleichzeitig durchgeführt.



Tagelang werden geborgene, noch schwelende Ballen einzeln abgelöscht.

nen und Material bekämpft und unter Kontrolle gebracht werden können, daß aber zum frühestmöglichen Zeitpunkt – hier mußte

ein Abkühlen der Stahlträger in der Halle abgewartet werden – versucht werden muß, die Ballen zu trennen und, falls erforder-

lich, einzeln abzulöschen. Bewährt hat sich auch die schnelle Einrichtung einer TEL vor Ort, so daß Entscheidungen schnell und ohne lange Wege getroffen und umgesetzt werden können. Erwähnenswert ist die reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr sowie sicher auch der persönliche Einsatz eines jeden Feuerwehrmannes.

Addiert waren insgesamt seitens der Feuerwehr 1 553 Kräfte (895 der BF und 658 der FF) und 514 mal Fahrzeuge im Einsatz. Insgesamt wurden über 13 km Schläuche ausgelegt, fast 5 000 Liter Kraftstoff verbraucht und für 5 000,- DM Einsatzverpflegung ausgegeben. Die Polizei wendete für Verkehrslenkungsmaßnahmen 182 Beamtenstunden auf. Die gesamte Löschwassermenge betrug ca. 50 000 m³. Die Schadenshöhe wird auf etwa 15 Millionen DM geschätzt. Als Brandursache wird Brandstiftung angenommen.



Zerstörte Baumwollballen werden verladen.

(Fotos: Seedorf)

Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Meldeschluß: Ende Februar 1989

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1989 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

Bronze/Silber

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den

Deutschen Feuerwehrverband (DFV)
Koblenzer Straße 133,
5300 Bonn 2

Für die Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren haben diese bis spätestens Ende Februar 1989 (unter Vorbehalt einer späteren Teilnahme) formlos beim DFV anzumelden. Daraufhin erhalten diese Feuerwehren vom DFV die benötigten Anmeldeunterlagen und die vorliegenden Veranstaltungsinformationen.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist vom Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

3. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischer Bestimmungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

- seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,
- am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und
- einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.

● Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbungsveranstaltung nur einmal antreten,

● darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbewerb erneut antreten.

Die Bewerbungsgruppe

- muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen,
- muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamtalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,
- darf bei einem Gesamtalter von 270 Jahren und darüber ent-

weder in der Klasse A (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewerbungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. – Jugendfeuerwehren können an diesen Bewerbungen nicht teilnehmen.

4. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland handelt es sich um Bewerbe nach den

a) Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes

b) Freundschafts-Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den „Internationalen Feuerwehrwettbewerb des CTIF“

Die DLRG feierte im Oktober Geburtstag

Eine Nation hat schwimmen gelernt

75 Jahre humanitäres Wirken
der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Sommer und Sonne – Badetag. Planschen, Springen, Hüpfen, Johlen und Kreisen. Ein gutgeauntes Badevolk trifft sich am Wasser. Die einen toben mit dem Badeball, die anderen bräunen sich auf der dümpelnden Luftmatratze, wieder andere paddeln mit dem Boot oder flitzen mit dem Surfbrett übers Wasser.

All diese Freizeitaktivitäten bergen Gefahren: Das Boot kann kentern, die Luftmatratze kann von der Strömung aufs Meer getrieben werden, ablandiger Wind läßt den unerfahrenen Surfer nicht wieder ans Ufer zurückkehren.

Oft wird Schlimmeres von den Aktiven der DLRG verhütet. In mehr als 1000 festen und mobilen Stationen wachen die Wasserretter an der Küste, an Seen und Flüssen, aber auch in Frei- und Hallenbädern und sorgen für ungetrübte Badefreuden und Urlaubspaß. Mehr als 52 000 Menschen – davon etwa 8 000 unter Einsatz des Lebens der Retter – wurden seit 1950 vor dem Ertrinken gerettet.

„Kopfgeld“ für Lebensrettung

Der Wachdienst, mit immerhin fast 2,3 Millionen Wachstunden

im letzten Jahr, ist freiwillige und ehrenamtliche Arbeit – Bezahlung, auch für erfolgreiche Rettungen gibt es, anders als vor 200 Jahren, nicht. 1791 beispielsweise setzte die „Gesellschaft der Unternehmer“ in Lübeck, „damit es nun auch nicht an äußerer Ermunterung fehlen möge“, regelrechte Erfolgspremien zur Rettung Ertrinkender aus:

Wurde ein Ertrunkener vor Ablauf einer Stunde nach dem Einsturz aus dem Wasser gezogen, war dafür eine Prämie von fünf Reichstalern ausgesetzt. Gar zehn Reichstaler gab es, „wenn sie den Körper wieder zum Leben brin-

gen... und darüber sich mit glaubhaftem Zeugniß legitimieren“. Zusätzlich spendeten die Unternehmer noch „Werkzeuge zur Rettung ertrunkener Menschen“, wie beispielsweise auch eine „Röhre zum Einblasen der Luft“.

Speziell an der Nord- und Ostseeküste hat der Gedanke der aktiven Wasserrettung also eine lange Tradition. Im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieben die Aktivitäten allerdings auf lokale Initiativen beschränkt. Erst in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelte sich im Deutschen



Breitensport, ein zeitgemäßes Angebot der DLRG.

(Foto: Mey)

Schwimm-Verband die Idee einer nationalen Wasserrettungsorganisation.

Katastrophe war der Auslöser

Den endgültigen Anstoß zum Gründungsaufbruch der DLRG gab dann 40 Jahre später, im Jahr 1912, das große Unglück am Landungssteg des Ostseebades Binz auf Rügen, bei dem 17 Menschen ihr Leben verloren.

Am 19. Oktober 1913 fand die offizielle Gründungsfeier der DLRG in Leipzig statt. Wie notwendig eine Wasserrettungsgesellschaft war, belegt die Zahl von 5 000 Todesfällen durch Ertrinken im Jahr 1913.

Der 1. Weltkrieg mit seinen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die inflationäre Geldentwertung in den zwanziger Jahren verhinderten über Jahre den zielstrebigsten Aufbau eines Wasserrettungssystems. Die Zahlen der Todesfälle durch Ertrinken stiegen noch an. 1922 ertranken im Deutschland der Weimarer Republik 8 000 Menschen. Eine andere Zahl macht deutlich, woran es lag: nur zwei bis drei Prozent der Bevölkerung konnte schwimmen.

Schwimmen als Zeichen der Bildung

Schwimmen ist heute eine der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Das war nicht immer so. Im antiken Griechenland war die Fähigkeit des Schwimmenkönnens ein Ausdruck für Bildung, weshalb ein „ungebildeter Mensch“ mit dem Ausspruch charakterisiert wurde: „Er kann weder schwimmen noch lesen“ (Diogenian). Die mittelalterliche Gesellschaft hatte andere Moral- und Wertvorstellungen. Die Kunst des Schwimmens wurde über Jahrhunderte bedeutungslos. Im Schulunterricht waren Baden und Schwimmen bei Strafe verboten.

J. Chr. Fr. Gutsmuths, Vorkämpfer für den Schwimmunterricht, läutete die Wende ein und forderte 1797: „Das Schwimmen muß das Hauptstück der Erziehung werden. Bisher ist das Ertrinken Mode gewesen, weil das Schwimmen nicht Mode ist. Soll denn das Schwimmen nicht auch bei uns Mode werden?“

Das sicherste und wirksamste Mittel gegen den Ertrinkungstod ist die Fähigkeit, sich im Wasser zu bewegen. Insofern gilt Schwimmenkönnen als die aktivste Form der Wasserrettung. Aus dieser Erkenntnis hat die DLRG seit Bestehen die Förderung des Schwimmunterrichts durch Wort und Tat zu ihrem wichtigsten Anliegen gemacht.

Erfolge bestätigen das Konzept

Schwimmenlernen wurde aber nicht nur als Prophylaxe – im Hinblick auf eine Selbstrettung – begriffen, sondern sollte die erste Stufe sein zum Rettungsschwimmer, der anderen in Wassergefahr hilft. Der konsequenten Realisierung dieses zweigleisigen Konzeptes über all die Jahre ist es zu verdanken, daß die Zahl der Todesfälle durch Ertrinken stetig zurückgegangen ist und jetzt Ende der 80er Jahre auf eine Quote von 500 bis 600 Personen im Jahr gesenkt werden konnte.

Neben Schwimmunterricht und Wasserrettung wurde die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren des Wassers durch „Schaffung von billigen Leitfäden, Plakaten, Flug- und Merkblättern, Lichtbildvorträgen“ schon im Gründungsaufbruch als Aufgabe formuliert.

Chronik mit Höhen und Tiefen

Nach organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten beim Aufbau der DLRG nach dem 1. Weltkrieg begann in der Mitte der 20er Jahre die Konsolidierung der Wasserrettungsorganisation. Das Jahr 1925 kann als jener Zeitpunkt angesehen werden, an dem der eigentliche kontinuierliche Ausbau der heutigen DLRG zur größten selbständigen Wasserrettungsorganisation der Welt begann.

Zehn Jahre später weist die Statistik die Erfolge der DLRG-Arbeit aus. 35 000 Mitglieder in 321 Untergliederungen, fast 4 500 Hilfsleistungen wurden vollbracht. Über 45 000 Grundscheine, 5 700 Leistungsscheine und 1 300 Lehrberechtigungen wurden erworben.

Der Aufbau des Rettungswachdienstes ging stetig weiter:



Ausbildung zum Rettungsschwimmer.

(Foto: H. P. Oehler)



Rettungsboot auf Patrouillenfahrt.



Die DLRG – aktiver Partner im Katastrophenschutz.

(Foto: wdv)

600 000 Stunden freiwilliger unbezahlter Rettungswachdienst, 200 große Rettungswachen mit fünf bis sechs Personen Besatzung – Daten aus dem Jahre 1936. 1945 hörte die DLRG auf zu existieren. Sofort nach der Beendigung des Krieges wurde die DLRG mit großem Engagement wieder aufgebaut.

Mitte der fünfziger Jahre, Bill Haley rockte „Around the Clock“, gab es schon wieder 60 000 Mitglieder. 1953 erschien die erste Ausgabe des „Lebensretters“ als amtliches Organ der DLRG. Die

Organisation entwickelte sich konsequent weiter.

Seepferdchen für die Jüngsten

Frei- und Fahrtenschwimmerzeugnis – die Älteren werden sich erinnern, so setzte die DLRG ihre Bemühungen um die Schwimmbildung fort. Mit Erfolg. Das Zeugnis eines Frei- und Fahrtenschwimmers gibt es nicht mehr. Es wurde durch ein modernes, verbessertes Ausbildungssystem ersetzt: Jugendschwimmpaß, Deutscher Schwimmpaß, Zeug-



Schwimmbildung in der DLRG.
(Foto: Fuhrmann)

nisse für Frühschwimmer, das beliebte „Seepferdchen“ mit altersgerechten Leistungszielen bilden die Grundlage für die Fä-

higkeit, sich selbst aus Wassergefahr zu retten.

Heute zählt die DLRG nahezu eine halbe Million Mitglieder. In 50 Jahren hat sich diese „Familie“ mehr als verzehnfacht. Seit 1913 wurden 280 000 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken gerettet oder aus Wassernot geborgen.

Die Statistik der letzten Jahre belegt deutlich, daß immer weniger in Not geratene Schwimmer geborgen werden müssen. Vielmehr ist es die ständig zunehmende Zahl der Surfer und Segler, die der Hilfe der Wasserretter bedarf. Inzwischen können nämlich fast 80 Prozent aller Bundesbürger schwimmen – die DLRG hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Auf Initiative der Wasserretter ist der Schwimmunterricht fester Bestandteil des Schulsports ge-

worden. Schwimmen, Gesundheitssport Nummer ein, macht fit und hat sich in den letzten Jahren regelrecht zum Breitensport entwickelt – weitgehend unterstützt durch die DLRG. Seit etwa zehn Jahren geht die DLRG neue Wege in Sachen Gesundheit und Breitensport. Im Mittelpunkt stehen Angebote für Familien und ältere Menschen.

Gesundheitsvorsorge durch Breitensport

Nahezu alle Ortsgruppen bieten zielgruppengerechte Freizeit- und Aktivangebote im und am Wasser. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern hat die DLRG in der letzten Dekade über 35 000 Badeparty-Aktionen, „Treffpunkt Bad“ und „Schwimm mit – bleib fit“-Veranstaltungen

im Bundesgebiet durchgeführt. Sie alle haben zum Ziel, sich im Alltag fit zu halten und gemeinsam Sport zu treiben, um die Gesundheit zu erhalten. Auch diese Aktionen, die auch die Kommunikation fördern sollen, werden von ehrenamtlichen Mitgliedern organisiert und durchgeführt.

Auch verbandsintern kommt der Sport nicht zu kurz. Die Fähigkeit, aus Wassergefahr zu retten, setzt eine bestimmte Leistungsfähigkeit voraus. Die Trainingsangebote stoßen vor allem bei den jugendlichen Mitgliedern auf reges Interesse.

DLRG-Jugend: aktiv, kritisch, kreativ

Die DLRG ist übrigens eine „junge“ Organisation. Zwei Drit-



Auf Messen und Ausstellungen informiert die DLRG über ihre Arbeit und Aufgaben.

(Foto: Mey)



Ergebnis eines Tauchereinsatzes „Schmutzbefreiung öffentlicher Gewässer“. Ein DLRG-Beitrag zum Umweltschutz.

tel, also 330 000 Mitglieder, sind jünger als 25 Jahre. Sie gehören der DLRG-Jugend an. Vor 25 Jahren gegründet, entwickelte sie sich inzwischen zur viertgrößten Jugendorganisation in der Bundesrepublik.

Absicht bei der Gründung war, Jugendlichen innerhalb der Gesamtorganisation Freiräume zur Erfüllung eigener Ideen und Wünsche zu schaffen. Diesem Gedanken wird heute mit einem breiten

Angebot, das Kinder und Jugendliche zu einem aktiven Freizeitverhalten bei gleichzeitiger kritischer Auseinandersetzung mit der Umwelt anregt, Rechnung getragen. Kreativität und Aktivität stehen in der DLRG-Jugend ganz oben.

Beim Sport werden, über den Breitensportgedanken hinaus, auch leistungsbezogene Sportanreize geboten. Die Teilnehmerfelder bei den jährlich stattfinden-

den Deutschen Meisterschaften im Rettungsschwimmen belegen das große Interesse.

Nach zahlreichen Ausscheidungswettkämpfen auf lokaler, Bezirks- und Landesebene qualifizieren sich jährlich 2 500 Sportler für die nationalen Titelkämpfe. Die Spitzensportler aus den Reihen der DLRG gehören seit Jahren zur internationalen Spitze im Rettungsschwimmen. Das beweisen die herausragenden Resultate bei Welt- und Europameisterschaften.

Jeder kann helfen

Die Verpflichtung zur Hilfeleistung ist für jeden Rettungsschwimmer obligatorisch. Im Rahmen ihrer Ausbildung erlernen sie auch die Methode der Herz-Lungen-Wiederbelebung (HWL).

HWL ist seit über 20 Jahren fester Bestandteil der Rettungsschwimmer-Qualifikation. Die anhaltend hohe Rate von Todesfällen aufgrund von Herzinfarkten

oder anderen Herz-Kreislauf-Leiden – jährlich sterben daran in der Bundesrepublik 80 000 bis 100 000 Menschen – hat das Präsidium dazu bewogen, HWL-Lehrgänge für jedermann zugänglich zu machen.

Viele DLRG-Ortsgruppen bieten diese sechsstündigen Kurse an, um möglichst viele Menschen in der Wiederbelebung durch Laien zu unterweisen. Über 75 Prozent aller Herz-Kreislauf-Stillstände ereignen sich im privaten Bereich, und die ersten Minuten sind entscheidend. Schon nach vier Minuten ohne Sauerstoffversorgung kann es zu schweren irreparablen Schäden kommen. Die Methode ist leicht zu erlernen, und jeder kann dann helfen, wenn's darauf ankommt.

75 Jahre Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das heißt nicht nur Wasserrettung und Schwimmbildung, sondern auch neue Aktivitäten und Engagement im Dienste der Gesundheit des Menschen im Zeichen des spähenden Adlers...

In Zukunft regelmäßiger Dialog zwischen DGzRS und DLRG

Zu einem ersten Gespräch trafen sich die Spitzen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und der DLRG in der Bremer Hauptverwaltung der DGzRS.

An dem Gespräch nahmen der DGzRS-Vorsitzende, Ernst Meier-Hedde, und aus der Geschäftsleitung Kapitän Uwe Klein und Heinrich Hoppe teil. Der DLRG-Delegation unter Leitung von Präsident Hans-Joachim Bartholdt, gehörten der Technische Leiter im Präsidium, Dr. Klaus Wilkens, und der Referatsleiter Ludger Schulte-Hülsmann, an.

Über zwei wesentliche Grundsätze der Zusammenarbeit herrschte in einem von Sachlichkeit und freundlicher Atmosphäre geprägten Dialog beiderseitiges Einvernehmen:

① Wo der Einsatzbereich der DLRG aufhört, beginnt der Einsatzbereich der DGzRS.

② Die Rettung von Menschen darf nicht an Zuständigkeitsproblemen scheitern.

Zu Beginn des Treffens hatten die Gesprächspartner Aufgaben und Teile ihrer Organisationen erläutert. Im Laufe der Aussprache stellte sich schnell heraus, daß Problemfelder und vermeintliche Rivalitäten (aufgrund von Schilderungen von der Basis) keinen ernststen Hintergrund haben, sondern aus Unverständnis, Unzulänglichkeiten und Fehlinterpretationen entstanden waren.

Präsident Bartholdt und Dr. Wilkens konnten deutlich machen, daß die DLRG nicht daran denkt, Einsatz- und Aufgabenbereiche über die satzungsgemäßen Aufgaben hinaus, auszuweiten.

Die DLRG-Vertreter wünschten mehr Kontakte und ständigen Erfahrungsaustausch mit der DGzRS und erwarten die Respektierung der Kompetenzen in der Strandrettung, wie sie seit Jahrzehnten von der DLRG betrieben wird.

Beide Seiten signalisierten in Abstimmungsfragen jederzeit Gesprächsbereitschaft. Als erstes praktisches Ergebnis sollen enge-

re Kontakte und Abstimmungen bei den nächsten Fachtagungen der Technischen Leiter erfolgen.

Hans-Joachim Bartholdt wünschte, daß die vereinbarten Grundsätze in fairer Partnerschaft auch an der Basis beider Organisationen in Gesprächen, Diskussionen und Erfahrungsaus-

tausch mit Leben gefüllt werden und ihre Fortsetzung finden.

Im Anschluß an das Gespräch hatten die Vertreter der DLRG Gelegenheit, die hervorragend ausgestattete Einsatzleitstelle im Hauptgebäude der DGzRS sowie die anderen Einrichtungen in Bremen zu besichtigen.



Rettungsschiff der DGzRS.

20. Deutsche Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten

Das Deutsche Polizeisportkuratorium hatte die 20. Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten 1988 nach Berlin vergeben. Neben den vielen schwimmerischen Disziplinen in der offenen und der Altersklasse I-IV für Frauen und Männer wurden auch die im Polizeisport üblichen Rettungsdisciplinen ausgeschrieben.

Von den Aktiven werden im Rettungsmehrkampf folgende Disziplinen abverlangt:

- 1 50 m Kleiderschwimmen,
- 2 50 m Tauch-/Schwimmübung, 25 m Streckentauchen und 25 m Brustschwimmen
- 3 50 m Retten mit Rettungspuppe, 25 m Anschwimmen oder Antauchen der R-Puppe und 25 m Schleppen der Puppe

Bei den Disziplinen für den Rettungsmehrkampf konnte sich DLRG-Präsident Hans-Joachim Barthold persönlich von den Leistungen der Polizeischwimmer überzeugen.

Mit einer ausgezeichneten Organisation für die Aktiven in allen Bereichen hat die Berliner Polizei diese 20. Polizeimeisterschaft im Schwimmen und Retten zu einem unvergeßlichen Ereignis für alle Beteiligten werden lassen.

Viel Umsicht und Rücksichtnahme, Höflichkeit und exaktes Auftreten der Organisatoren, Betreuer und Kampfrichter haben mit dazu beigetragen, daß viele neue Deutsche Polizeirekorde ausgeschrieben wurden. Zu er-

wähnen ist auch die vorbildliche Wettkampfstätte, nämlich die Sport- und Lehrschwimmhalle Schöneberg, die ebenfalls zur Motivation und guten Ergebnissen beitrug.

Bei der Siegerehrung überreichte der Lehrbeauftragte Polizei, der DLRG, LV Berlin, Kamerad Horst Richter, einen Ehrenpreis des DLRG-Präsidenten Hans-Joachim Barthold.

Die nächste DPM wird 1990 in Bayreuth ausgetragen. Schon einmal haben die Bayerischen „Freunde und Helfer“ in Nürnberg gezeigt, daß sie ebenfalls ausgezeichnete Organisatoren und gute Gastgeber sein können. Wir wünschen ihnen für 1990 eine glückliche Hand. Siegfried Schulz



Siegerehrung der Polizeibeamten mit dem Preis des Präsidiums der DLRG.



Präsident H. J. Barthold (2. v. l.) im Gespräch mit Organisatoren und Vertretern des Deutschen Polizeisportkuratoriums.

DLRG und BVS erörterten gemeinsame Fragen

Vom 9. bis 11. September 1988 fand die Informationstagung „Zivilschutz“ mit dem Schwerpunktthema „DLRG – Katastrophenschutz und BVS“ in Voldagsen (Niedersachsen) statt. Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) informierte ausgiebig über seine Aufgaben und demonstrierte u. a. die Möglichkeiten des Selbstschutzes, wie zum

Beispiel Ablöschen von Feststoff- und Flüssigkeitsbränden, Bergung aus Höhen, Verletzentransport. Die Reihe der Informationstagungen des BVS für die DLRG auf Bundesebene, in der der BVS seine Aufgaben darstellt, wurde zum ersten Male in Voldagsen durchgeführt. Die Einrichtung in Voldagsen ist ausschließlich vom BVS genutzt und dient der Unterweisung und Unterrichtung der Bevölkerung auf den Gebieten Selbst- und Zivilschutz.

Vertreter der technischen Leitungen des Präsidiums sowie der

LV's, der Jugend, Teilnehmer aus verschiedenen Landesverbänden und des BVS diskutierten die Situation des Katastrophenschutzes und des BVS in der Bundesrepublik sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Gleichzeitig konnten viele Detailfragen erörtert werden, die sich in der Vergangenheit zu diesem Themenkomplex ergeben haben. Durch die zusätzliche Anwesenheit von U. Weidner vom BVS aus Köln sowie Schulleiter Klesper aus Körtlinghausen konnten direkte Nachfragen gestellt werden.

Da alle bisherigen Tagungen auf dieser Ebene in Körtlinghausen stattgefunden haben, besaß Schulleiter Klesper das notwendige Hintergrundwissen.

Anregungen und Kritik vonseiten der DLRG nahmen die Mitarbeiter des BVS dankbar an. Die DLRG-Teilnehmer stellten am Ende der Veranstaltung fest, daß sie eine freundliche Aufnahme gehabt hatten und die meisten von ihnen zahlreiche gewonnene neue Erkenntnisse mit nach Hause nehmen können. Dieter Fröhling

Presseschau des Inlands

Jährlich 3,6 Milliarden Aufwand

Die Aufwendungen des Bundes für den erweiterten Katastrophenschutz ... betragen derzeit rund 355 Millionen jährlich. Bund, Länder und Gemeinden wenden nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenminister jährlich über 3,6 Mrd. DM für das gemeinsame Hilfeleistungssystem von Katastrophen- und Zivilschutz auf. Den Bundesanteil bezifferte er allein auf 880 Mio. DM. Eine Reihe großer Beschaffungsvorhaben steht in den nächsten Monaten noch auf dem Wunschzettel.

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) beabsichtigt unter der Bezeichnung Warn-Rundfunk-Informationssystem (WARI) eine völlige Neukonzeption des Luftschutz-Warndienstes.

Langfristig soll mit WARI ein Rundfunkwarnsystem geschaffen werden, das die Bevölkerung jederzeit, also zu Hause und am Arbeitsplatz und unterwegs erreichen kann und auch die vorhandenen Sirenen auslösen kann. Dadurch wird es erforderlich, die rund 50 Jahre alten Sirenen vollständig zu ersetzen. Für das nächste Jahr beabsichtigt das Amt einen Systemversuch, an dem sich 12 namhafte Unternehmen der Elektronikbranche beteiligen werden.

In der Systemspezifizierung des BZS ist unter anderem vorgesehen, daß drei verschiedene Empfängertypen für die UKW-Signale zur Verfügung gestellt werden: ein spezieller WARI-Heimempfänger oder ein UKW-Radio für die Bevölkerung und für nicht öffentliche behördliche Warnungen zwei spezielle Empfänger. Der erste Typ dient der Decodierung der gesendeten Signale und der Darstellung auf dem Bildschirm, der zweite Typ der Kurzinformation von Schlüsselpersonal und muß daher Taschenformat haben. Der dritte Empfänger ist zum Auslösen der Sirenen konzipiert.

Schwerpunkte der finanziellen Anstrengungen des Bundes ist das vom Bundessicherheitsrat gebilligte Konsolidierungsprogramm, das der Modernisierung und Komplettierung der Ausstattung des erweiterten Katastro-

phenschutzes bis 1992 durch die Beschaffung von rund 11 500 neuen Einsatzfahrzeugen sowie Fachdienstausstattung im Wert von insgesamt 1,2 Mrd. DM vorsieht.

(„Behörden-Spiegel“, Bonn, 10/88)

Katastrophenschutzsystem hat sich bewährt

Die Organisation des Katastrophenschutzes im Verteidigungsfall, deren Regelung nach Art. 73 Nr. 1 GG in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes fällt, soll nach dem Willen des Bundesinnenministeriums neu geordnet werden. Der Mitte September vom Parlamentarischen Staatssekretär, Carl-Dieter Spranger, vorgestellte Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzrechts ist nach den Worten des Staatssekretärs in grundsätzlicher Einigkeit mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Organisationen und Verbänden erarbeitet worden. Der Referentenentwurf geht von dem einheitlichen Katastrophenschutzsystem von Bund und Ländern aus, das sich grundsätzlich bewährt hat.

Neu ist unter anderem, daß in Ablehnung an das Katastrophenschutzrecht der Länder, das ja allein die Anforderungen zu Friedenszeiten regelt, eine persönliche Hilfeleistungspflicht der Bürger eingeführt wird. Sollten daher im Einsatzfall den Organisationen fachkundige Helfer fehlen, können Männer über 18 Jahre, die nicht zum Dienst in der Bundeswehr herangezogen werden, den Organisationen als Helfer zugewiesen werden. Den Organisationen wird jedoch ein Ablehnungsrecht zugestanden, falls sie berechtigte Gründe gegen eine Zuweisung haben. Das Deutsche Rote Kreuz vertritt beispielsweise die Ansicht, daß diese Einschränkung hinsichtlich seines internationalen Status, der unter anderem das Freiwilligkeitsprinzip enthält, notwendig ist. Dem Roten Kreuz sollen daher nur ‚Dienstpflichtige‘ zugewiesen werden, die zur Mitwirkung bereit sind.

Das Bundesamt für den Zivildienst soll darüber hinaus verpflichtet werden, alle Zivildienstleistenden, die ihren Dienst in einer Einrichtung der gesundheitlichen Versorgung abgeleistet haben, der Katastrophenschutzbehörde namentlich zu benennen.

Auch § 24 des Arbeitssicherstellungsgesetzes soll ergänzt werden. Da das Arbeitssicherstellungsgesetz nur eine Auskunftspflicht vorsieht, können die Behörden der Arbeitsverwaltung den Kreis nichtberufstätiger Angehöriger der Gesundheitsberufe nicht erfassen. Auch die Gesundheitsbehörden der Länder können sie nicht unterstützen, da nur berufstätige Angehörige des Gesundheitswesens einer Meldepflicht unterliegen. Die Bundesregierung soll daher ermächtigt werden, eine Meldepflicht für alle nichtberufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe einzuführen.

Teilweise neu organisiert werden auch einzelne Behörden und Organisationen des Katastrophenschutzes. Dazu gehört in erster Linie das Technische Hilfswerk (THW), das in Zukunft die von den Verwaltungsgerichten mehrfach geforderte gesetzliche Grundlage erhält. Zwar wird die bestehende Rechtsform ‚Bundesanstalt‘ übernommen, aber die Aufgaben des Technischen Hilfswerkes werden konkretisiert und tatsächlichen Erfordernissen angepaßt. Insbesondere der Einsatz des THW im Frieden wird von den einzelnen Bundesländern mangels entsprechender Regelungen nur unzureichend in die allgemeine Gefahrenabwehr eingebunden. Als weitere Aufgabe des THW werden nun auch explizit Auslandseinsätze angeführt, die der Bund im Rahmen seiner Kompetenz für die Pflege der auswärtigen Beziehungen bereits in einer Reihe von Fällen angeordnet hat.

Der Bundesverband für den Selbstschutz, erst vor kurzem nach Bonn umgezogen, wird von einer selbständigen Körperschaft des Rechts in eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt umgewandelt...

(„Behörden-Spiegel“, Bonn, 10/88)

Presseschau des Auslands

Zivile Verteidigungsplanung: Eine verborgene Stärke der NATO

Wenn man an die Organisation des Nordatlantikvertrages denkt, dann denkt man gewöhnlich zuerst an die militärische Stärke der NATO und deren Auswirkung auf die Abschreckung.

Während der letzten Jahre habe ich jedoch als Plenarvertreter im Oberausschuß für zivile Verteidigungsplanung (Senior Civil Emergency Planning Committee = SCEPC) das Bündnis aus einer neuen Sicht kennengelernt. Aufgrund dieser Erfahrungen ist mir seine verborgene Stärke bewußt geworden – eine Stärke, die man selten sieht und die wenig bekannt ist. Sie besteht aus einem Kader von hingebungsvollen Zivilverteidigungsplanern, die dafür gearbeitet haben, daß in einer etwaigen Konfrontation jeder Aspekt unserer menschlichen und materiellen Ressourcen zum Tragen käme. Diese meist unbekanntesten Mitarbeiter im Bündnis, die sicherlich nie öffentlich gefeiert werden, sind seit rund 30 Jahren an ihrer schweren Arbeit.

Die eigentliche Bedeutung der zivilen Verteidigungsplanung wird oft verkannt, weil wir so leicht zu „Erbsenzählern“ werden – d. h. wir stellen endlose statistische Vergleiche der Streitkräftestärken an, statt daß wir von der Fähigkeit des Durchhaltens sprechen.

Die zivile Verteidigungsplanung schafft ein vielschichtiges Netz von sorgfältig ausgearbeiteten Verfahren und Vereinbarungen, die das Bündnis in die Lage versetzen, alle Stadien einer Krise – von Friedensverhältnissen bis zum Krieg – zu überstehen. Sie würde weiter in jedem Stadium dieses Prozesses die pragmatischen Fachleute stellen, um die gewaltigen materiellen, technischen, finanziellen und menschlichen Ressourcen des Bündnisses zu lenken und zu leiten, um sicherzustellen, daß wir jeder feindlichen Bedrohung fest entgegengetreten und doch weiterhin den Bedarf unserer Zivilbevölkerung decken könnten.

Um das zu erreichen, strebt die zivile Verteidigungsplanung folgende drei Ziele an:

● Zivile Unterstützung des Militärs –, um sicherzustellen, daß unsere Streitkräfte alles haben, was sie brauchen, um ihr volles Potential zu entfalten. Dazu gehört die Einbeziehung der Verkehrsinfrastruktur der Mitgliedsländer und der vereinigten kombinierten Volkswirtschaften, um die notwendigen Ressourcen aus den Bereichen der Energie, der Landwirtschaft und der Industrie zu beschaffen. Dazu gehört auch die moralische Unterstützung, auf die Soldaten unter Krisen- und Kriegsbedingungen einen Anspruch haben.

● Kontinuität der Regierung –, um dafür zu sorgen, daß unsere demokratischen Regierungen überdauern können. Dazu gehören Anstrengungen, um sicherzustellen, daß der nationale Widerstand gegen feindliche Drohungen oder Aggressionen nicht auf Kosten dessen geht, was wir als westlichen Minimallebensstandard betrachten, d. h. ausreichend Lebensmittel und Wasser, ausreichende sanitäre und medizinische Versorgung, Wohnung und Kleidung, normaler Polizeischutz und Erhaltung der zivilen Grundfreiheiten.

● Bevölkerungsschutz –, um einen annehmbaren Stand der Zivilverteidigung aufrechterhalten zu können, einschließlich der Fähigkeit, die Auswirkungen chemischer Kriegsführung zu mildern, und um unsere Chancen zu vergrößern, die Randfolgen eines konventionellen oder nuklearen Krieges zu überleben.

Wir haben uns diese drei Hauptziele gesteckt, weil wir aushalten, ausharren, wollen, gleichgültig um welches Szenario es geht. Wir sind uns voll und ganz darüber im klaren, daß die moderne Kriegsführung uns alle einbezieht. Was der Öffentlichkeit unserer Länder, unserer politischen Führung und unseren potentiellen Gegnern in aller Deutlichkeit vermittelt werden muß, ist die Tatsache, daß wir auf der Seite der zivilen Bereitschaft der NATO gleichwertige Partner in der Verteidigung unseres Bündnisses sind. Wir sind Partner, die absolut bereit sind, die Risiken zu akzeptieren und alle nur notwendigen Maßnahmen zu treffen, um für die Fähigkeit zu sorgen, daß unsere sehr

wesentlichen Beiträge in Krisen- oder Kriegszeiten methodisch abgestimmt sind.

Es gibt Leute, die sagen, das NATO-Bündnis könnte einer langen Reihe erschöpfender „Minikrisen“ ausgesetzt werden, die unser Ausharungsvermögen und die Widerstandsfähigkeit unseres kollektiven politischen Willens auf die Probe stellen würden. Als Zivilverteidigungsplaner versuchen wir, uns alle Probleme vorzustellen, die sich im Laufe der Stadien einer sich entwickelnden Krise mit allen zweideutigen Anzeichen der Zunahme oder Abnahme ergeben könnten. Natürlich versuchen wir immer, uns vor den Fallen einer Überreaktion auf Ereignisse zu hüten – ob sie eine Zunahme oder eine Abnahme der Spannungen andeuten. Wirksame Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Nutzung der nationalen Medien, um einer Desinformation zu begegnen, sind daher in unseren Bemühungen, auf alles vorbereitet zu sein, von entscheidender Bedeutung.

Auch wenn ich von der Intensität wie auch der Qualität der Arbeit beeindruckt war, die auf dem Gebiet der Notstandsplanung zur Lösung der zivilen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Probleme der NATO geleistet wird, so unterschätze ich doch nicht die ernstesten Probleme und beunruhigenden Trends, die noch existieren. Wichtig ist, daß diese Mängel oder Schwächen in der zivilen Bereitschaft festgestellt und mit Hilfe eines systematischen Planungsprozesses behoben werden, an dem sich alle Mitglieder des Bündnisses beteiligen...

(Julius W. Becton, Jr., Direktor des amerikanischen Bundesamtes für Notstandsplanung, in „NATO-Brief“ Nr. 4/88)

Defibrillator und Monitor getrennt einsetzbar

Eine besonders leichte Notfalleinheit aus Defibrillator und Monitor bietet die Vorteile eines modularen Systems: Defibrillator und Monitor (Skop und Schreiber) können getrennt oder als zusammengekoppeltes Kombinationsgerät eingesetzt werden. Dies ermöglicht die Anpassung an die jeweilige Aufgabe, z. B. Einsatz des Kombinationsgeräts zur Erstversorgung am Notfallort (Diagnose, Therapie, Dokumentation) und Einsatz des Monitors allein zur Überwachung während des Patiententransports zur Klinik.

Beide Geräte sind mit einem Batteriepack ausgerüstet und dadurch in der Stromversorgung voneinander unabhängig. Zusätzlich können die Geräte auch aus einer externen 12-V-Batterie versorgt werden, z. B. zur Überwachung während eines längeren Transports.



Nachladen der Batterien erfolgt über ein getrenntes Ladegerät. Bis zu zwei Batterien können gleichzeitig nachgeladen bzw. permanent auf Vollladung gehalten werden. Damit stehen im Einsatzfall neben den vollgeladenen Gerätebatterien zwei weitere Ersatzbatterien zum Mitnehmen bereit.

Eine Geräetasche mit Schultergurt und schnell zu öffnenden Klettverschlüssen gewährleistet leichtes Tragen und schnelle Anwendungsbereiche. (Foto: Hellige)



Reisebus wird umgerüstet

Bei Massenfällen, Großbränden und Naturkatastrophen stehen Verantwortliche oft vor der Frage, Kranke und Behinderte aus Krankenhäusern, Alten- oder Pflegeheimen zu evakuieren. Das hat zu Überlegungen geführt, hierfür neben den Fahrzeugen des Rettungsdienstes auch zivile Busse des öffentlichen Personen- und Reiseverkehrs heranzuziehen.

Bei der Montage von Krankenträger-Lagerungsgestellen in Busse gab es bisher Schwierigkeiten. Dies lag vor allem daran, daß die meisten Busse über nur knapp di-

mensionierte Gerippe verfügen, die ausschließlich für eine Verankerung von Sitzen ausgelegt sind.

Die Lösung des Problems bringt ein neu entwickeltes Adapter-System, das vorhandene Sitzbefestigungen und -bohrlöcher in den Bussen nutzt. Damit können – je nach Bus-Typ – fünf bis sechs Gestelle zwischen, auf, vor und hinter Radkästen befestigt werden. Jedes Gestell bietet die Möglichkeit, zwei liegend oder drei bis vier sitzend zu transportierende Verletzte aufzunehmen.

Das Foto zeigt das Businnere nach dem Umbau. Links Platz für sechs liegende Patienten, rechts Sitzbänke für sitzende Patienten. (Foto: Binz)

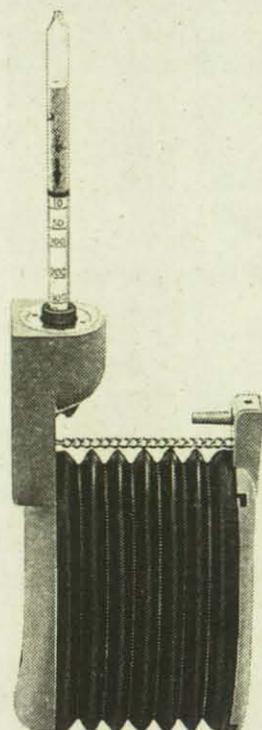
Formaldehyd auf der Spur

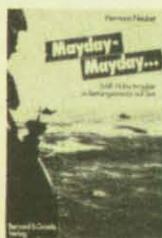
Der Schadstoff Formaldehyd, ein farbloses, stechend riechendes Gas, ist in starkem Ausmaß gesundheitsschädigend. Schleimhautreizungen, allergische Reaktionen, Atemfunktionsstörungen und Verdacht auf Krebsgefahr sind Gesundheitsrisiken, denen Personen im Umgang mit Formaldehyd ausgesetzt sind.

Mit den bekannten Prüfröhrchen und der Gasspürpumpe läßt sich die Formaldehyd-Konzentration in der Umgebungsluft am Arbeitsplatz und zu Haus problemlos und schnell ermitteln: Die Spitzen des Röhrchens werden abgebrochen, das Röhrchen wird in die dafür vorgesehene Öffnung der Gasspürpumpe gesteckt. Die Gasspürpumpe, eine von Hand zu bedienende Balgpumpe, saugt die Gasprobe bei definierter Luftmenge an.

Prüfröhrchen für die Ermittlung von Formaldehyd-Konzentrationen liegen für drei Meßbereiche vor: Röhrchen Formaldehyd 0,2/a ist bei 20 Hüben für einen Meßbereich von 0,2 bis 2,5 ppm bzw. für 0,5 bis 5 ppm bei 10 Hüben einsetzbar. Zur Erweiterung des Meßbereiches kann ein Aktivierungsröhrchen vor das Formaldehydröhrchen geschaltet werden. Der Meßbereich erstreckt sich dann bei 100 Hüben von 0,04 bis 0,5 ppm.

Das Prüfröhrchen Formaldehyd 0,5/a kann Konzentrationen von 0,5 bis 10 ppm messen. (Foto: Dräger)





Mayday – Mayday...

SAR-Hubschrauber im Rettungseinsatz auf See
Von Hermann Neuber
Bernhard & Graefe
Verlag, 5400 Koblenz

Die gefährvollen Einsätze der deutschen Seenotrettungsflieger stehen im Mittelpunkt des Buches. Die Männer des Such- und Rettungsdienstes (SAR = Search and Rescue) sind ständig abrufbereit, wenn ein „Mayday“-Ruf sie erreicht.

30 Jahre SAR-Dienst bedeuten über 13 000 geflogene Rettungsaktionen, wobei mehr als 7 000 Menschen gerettet wurden. Dieses Buch berichtet von dem oft dramatischen Geschehen bei Rettungseinsätzen in Nord- und Ostsee. Bei Tag und Nacht, Wind und Wetter sind die Marineflieger bereit, ihr Leben einzusetzen, wenn es darum geht, das Leben anderer zu retten.

Der Autor, selbst erfahrener SAR-Hubschrauberpilot, hebt auch die Zusammenarbeit mit ausländischen SAR-Diensten, mit der Luftwaffe, den Heeresfliegern und den deutschen Seenotrettungskreuzern besonders hervor. Der spannende Text wird durch eine Vielzahl von Einsatzfotos unterstrichen.

Die international angewendeten Suchverfahren des SAR-Dienstes sind im Anhang ebenso dargestellt wie die Einsatzmittel mit erläuternden Hubschrauber- und Flugzeugskizzen. Eine Aufstellung des fliegenden und Führungspersonals, die SAR-Einsatz-Statistiken von 1958 bis Ende 1987 sowie eine Erklärung von Marinebegriffen runden das Buch ab.

Ambulante Altenhilfe

Praxishandbuch zur Arbeit ambulanter Dienste

Von Theresia Brechmann
und Helmut Wallrafen-Dreisow
Curt R. Vincentz Verlag,
3000 Hannover 1

„In eigener Verantwortung“ steht auf dem Umschlag dieses Praxishandbuches über die Möglichkeiten und Probleme der ambulanten Altenhilfe. Und damit ist schon angedeutet, daß das Buch neue Wege aufzeigt: Die Bedürfnisse der alten Menschen stehen immer im Vordergrund.

Die Autoren, beide seit mehreren Jahren in der ambulanten Altenhilfe tätig, widmen

sich im ersten Teil des Buches der ganzheitlichen Pflege der alten Menschen und gehen dabei auf die Rolle der Angehörigen, der Nachbarn und des Hausarztes ein. Im zweiten Teil sind andere soziale Dienste und Projekte beschrieben – von Sozialstationen über Hilfsdienste und Tagespflegeheime bis zu Wohngemeinschaften. Der letzte umfangreiche Komplex widmet sich dem Aufbau ambulanter Dienste.

Durchweg ergänzen Beispiele, Tabellen und Formulare die informativen Texte. Das Buch ist eine ausführliche Bestandsaufnahme und Information über den derzeitigen Stand und die Entwicklung der Altenhilfe in unserer Gesellschaft.

Arterienverkalkung Soforthilfe bei Herzinfarkt und Schlaganfall

Von Dr. med. A. Becker
Bruno Wilkens Verlag,
3000 Hannover 51

Arterienverkalkung – wer denkt dabei sofort an einen Herzinfarkt, an einen Schlaganfall? Dabei ist das die logische Folgerung. Auslösend und alarmierend sind vor allem ein erhöhter Blutfettspiegel, Blutzucker, Übergewicht, Bluthochdruck, Genußgifte, Infektionen, Bewegungsarmut und psychische, akustische und optische Überforderung.

Beim Lesen dieses Buches erkennt man, daß hier ein erfahrener Facharzt lebenswichtige Ratschläge erteilt, die man kennen und beherzigen sollte.

Die Feuerwehr

Bildkalender 1989
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Der Wandkalender zeigt auf zwölf Monatsseiten historische und moderne Feuerwehrfahrzeuge aus Europa und Übersee. Die vierfarbigen Abbildungen werden jeweils durch ein Kalendarium ergänzt.

Die ausführlichen Beschreibungen der einzelnen abgebildeten Fahrzeuge sind auf einem separaten Blatt zusammengefaßt. Die geglückte Motivwahl von teilweise unbekanntem Fahrzeugen macht den Kalender zu einem informativen Wandschmuck.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

VbF – TRbF

20. und 21. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachzeitschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, 6200 Wiesbaden

*

Lüttgen

Handbuch des Rettungswesens
37.–39. Ergänzungslieferung
Verlag v.d. Linepe, 5800 Hagen

*

Gerdemann/Korbmann/Kutter
Krankentransport und Rettungswesen
38. und 39. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag, 4800 Bielefeld 1

*

Müller

Druckgase
49. und 50. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag,
6200 Wiesbaden 1

Feuerwehrfahrzeuge im Bild

Feuerwehrkalender 1989
efb-Verlagsgesellschaft mbH, Hanau

Mit dem neuen Feuerwehrkalender wird die Reihe der Bildkalender mit Motiven aus dem Bereich der Fahrzeuge der Feuerwehr fortgesetzt. Der großformatige Kalender stellt auf dem Deckblatt und den zwölf Monatsblättern interessante Fahrzeuge aus aller Welt vor. Neben der vielfarbigen Illustration enthält jedes Monatsblatt ein mehrsprachiges Kalendarium und eine technische Kurzbeschreibung des abgebildeten Fahrzeuges. Über den Informationsgehalt hinaus ist der Kalender aufgrund seiner gelungenen optischen Gestaltung ein ansprechender Wandschmuck.

Allgemeines

Die nachstehend näher beschriebene Gasspürpumpe gehört zur ABC-Ausstattung aller KatS-Fachdienste und ist ein Ausstattungsteil der

– Spürausstattung chemischer Agentien

Pl.-Nr. 6665 – 00016 –

Weiterhin gehört die Spürpumpe zur

– Spürausstattung, Gaslecksuche

Pl.-Nr. 6665 – 00976 –

im KatS-Fachdienst „Instandsetzung“. Vers. Nr. der Spürpumpe 6665 – 12 – 120 – 1679.

Die Spürpumpe dient in Verbindung mit den entsprechenden Prüfröhrchen zur Messung und Bestimmung von gesundheitsschädlichen und giftigen Gasen sowie zur Feststellung des Sauerstoffgehaltes der Luft.

Die zum Prüfergätesatz gehörenden Prüfröhrchen eignen sich zur Messung/Prüfung von Sauerstoffmangel, Erdgas, Kohlenmonoxyd und Kohlendioxyd. Das Prüfröhrchen „Polytest“ reagiert auf Aceton, Acetylen, Ethylen, Arsenwasserstoff, Benzin, Benzol, Flüssiggas (Propan, Butan, Kohlenoxyd, Monostryrol, Perchlorethylen, Schwefelkohlenstoff, Schwefelwasserstoff, Stadtgas, Stickstoffmonoxyd, Toluol, Xylol und Trichlorethylen).

Im ABC-Dienst wird sie eingesetzt zum Nachweis chemischer Kampfstoffe in Form von Gasen oder Dämpfen in der Luft. Die entsprechenden Prüfröhrchen sind einzusetzen für S-Lost, Blausäure, N-Lost, Phosgen, Lewisit, Chlorcyan und Nervenkampfstoffe.

Sie besteht aus der Grundplatte mit Pumpenkopf und Gummichtstopfen, im Pumpenkopf eingesetztem Sieb und Einlaßventil, dem Pumpenbalg mit Druckfeder, der Vorderplatte mit Abdeckplatte, Auslaßventil und Abbrechöse, einer zwischen Grund- und Vorderplatte angebrachten Abstandkette sowie der Trageschleufe und einem Satz Ersatzteile. Zur Ausstattung Pl.-Nr. 6665 – 00976 gehört ein Meßschlauch für Messungen an unzugänglichen Stellen.

Wirkungsweise der Spürpumpe

Beim Zusammendrücken des Pumpenbalges entweicht die Luft durch das Auslaßventil an der Vorderplatte. Der Saugvorgang der Pumpe beginnt beim Entspannen des Pumpenbalges. Die Druckfedern im Inneren des Pumpenbalges entspannen sich; der entstehende Unterdruck schließt das Auslaßventil. Die Außenluft strömt durch das Prüfröhrchen in den Pumpenbalg, während dieser sich auf sein ursprüngliches Volumen ausdehnt. Der Ansaugvorgang (Hub) ist beendet, wenn sich die Abstandkette gespannt hat. Das Hubvolumen der Spürpumpe beträgt 100 ml.

Handhabung

Überprüfen der Spürpumpe (Schnelltest):

Die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Spürpumpe ist ohne Prüfröhrchen durchzuführen. Hierzu ist der Pumpenbalg zusammenzudrücken und durch Strecken der Finger wieder freizugeben. Der Balg muß sich sofort vollständig entspannen. Erfolgt der Öffnungsvorgang nur schleppend, sind Sieb und Ansaugkanal zu reinigen.

Überprüfen der Dichtigkeit:

1. Ungeöffnetes Prüfröhrchen in den Pumpenkopf einsetzen,
2. Pumpenbalg bis zum Anschlag zusammendrücken und wieder freigeben.

Der Balg darf sich während einer Minute nicht entspannen. Entspannt sich der Balg in dieser Zeit erkennbar, ist die Pumpe instandzusetzen (siehe Wartung und Pflege).

Inbetriebnahme der Spürpumpe:

1. Beide Spitzen des entsprechenden Prüfröhrchens in der Bohrung der Abbrechöse „drehend“ abbrechen. Beachte: Spitzen vom Körper weg abbrechen; Augenverletzungen!
2. Prüfröhrchen so in den Pumpenkopf einsetzen, daß der Pfeil auf dem Röhrchen zur Pumpe weist. Beachte: Das Prüfröhrchen muß fest und dicht im Stopfen des Pumpenkopfes sitzen, so daß keine „Nebenluft“ angesaugt werden kann.
3. Pumpenkörper mit der rechten Hand fest umfassen, so daß die Pumpe mit der Grundplatte sicher an Handfläche und Handballen anliegt; die Pumpe wird zwischen Daumen und Zeigefingeransatz gehalten, die vier Finger liegen lose auf der Vorderplatte.
4. zum Spüren Fingerspitzen auf die Vorderplatte legen, Pumpenbalg zusammendrücken und Fingerspitzen wieder strecken,
5. Vorgang so oft wiederholen, wie es für die verschiedenen Prüfröhrchentypen vorgeschrieben ist.

Wartung und Pflege

Die Spürpumpe ist nach jedem Gebrauch mit einem trockenen oder mäßig feuchten Tuch zu reinigen. Kontaminierte Spürpumpen sind zu dekontaminieren.

Dichtheittest:

Die Spürpumpe ist 1/2jährlich auf Dichtheit zu überprüfen. Für den Dichtheittest wird ein ungeöffnetes Prüfröhrchen in die Balgpumpe eingesetzt und dann der Balg bis zum Anschlag zusammengedrückt. Wenn sich der Balg nach etwa 30 Minuten nicht gestreckt hat (an der Abstandkette erkennbar!), ist die Pumpe ausreichend dicht. Undichtigkeiten treten meistens am Ventil auf. Ist der Gummi der Ventilscheibe klebrig, spröde, hart oder gerissen, so ist die Ventilscheibe auszuwechseln.

Beachte:

- Ventilscheibe muß flach auf dem Ventilsitz aufliegen.
- beim Aufsetzen der Abdeckplatte darauf achten, daß die

Abstandkette nicht verdreht ist und der Befestigungshaken in Längsrichtung der Pumpe steht.

- Schrauben nur handfest anziehen. Andernfalls entstehen an der Abdeckplatte Deformationen oder Risse.

Reinigen des Drahtsiebes

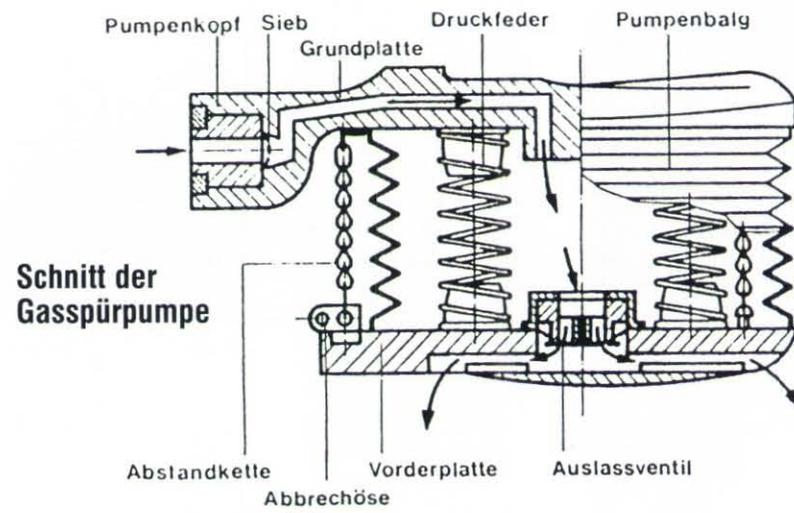
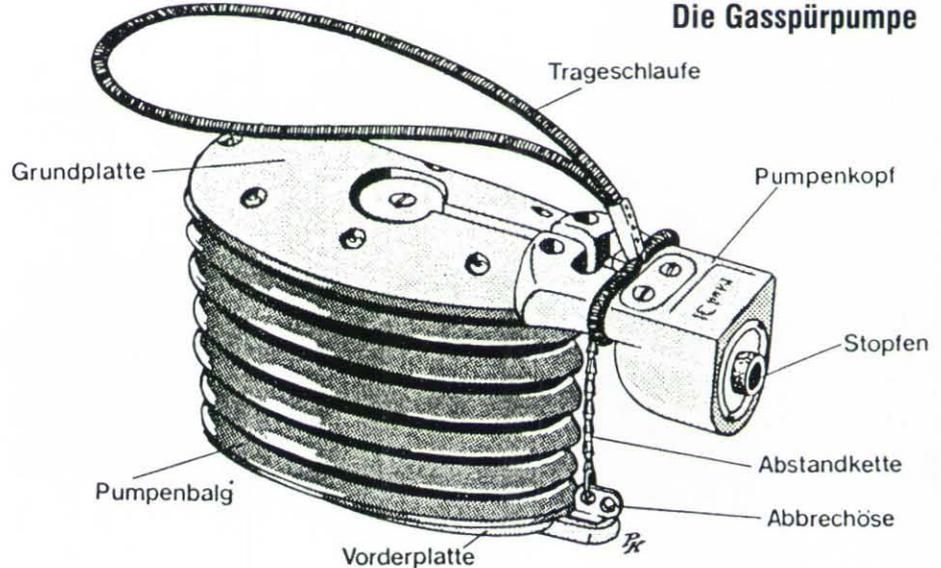
Nach längerem Gebrauch besteht die Gefahr, daß sich das Drahtsieb unterhalb des Gummistopfens im Pumpenkopf zu-setzt. Bei häufigem Gebrauch ist das Sieb etwa alle vier Wochen zu reinigen.

Spülung der Spürpumpe mit Luft:

Einige Prüfröhrchen geben beim Prüfvorgang Dämpfe ab, die ins Innere des Pumpenbalges gelangen. Zur Vermeidung von Korrosionsschäden ist die Pumpe nach jedem Gebrauch durch einige Leerhübe ohne Prüfröhrchen mit Luft durchzuspülen.

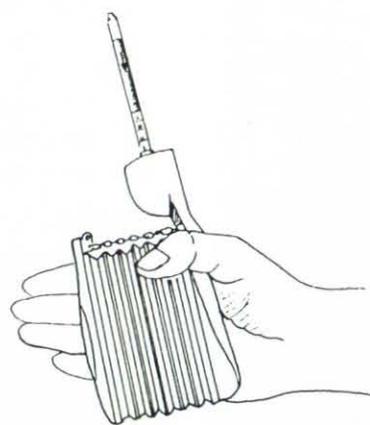
Spürpumpen, bei denen Schäden im Rahmen der hier beschriebenen Wartungs- und Pflegearbeiten nicht behoben werden können, sind von einem Sachkundigen instandsetzen zu lassen.

Die Gasspürpumpe



Schnitt der Gasspürpumpe

Grundhaltung der Gasspürpumpe



Neuer Schutzraumtyp vielseitig zu nutzen



Besonders geeignet für kleinere Wohnanlagen ist der Schutzraum mittlerer Größe mit einem Fassungsvermögen von mindestens 51 bis maximal 299 Schutzplätzen. Da die schutzbaubedingten Mehrkosten durch pauschale Zuschüsse quasi abgedeckt werden, ist dieser neue Schutzraumtyp für private Bauherren und Bauträger äußerst interessant. Ab einer Größe von 150 Schutzplätzen kann der Schutzraum auch als Tiefgarage ausgebaut werden; dann erhält der Bauherr für den Einbau eines großen Stahlbetonabschlusses eine zusätzliche Pauschale von 25.000 DM.

Staatlich gefördert werden kann der Schutzraum nur, wenn er den Bautechnischen Grundsätzen für Grundschräume mittlerer Größe entspricht. Diese Richtlinien enthalten die technischen Bestimmungen und Anforderungen hinsichtlich Schutzzumfang, Raumbedarf und raumlufttechnischer Versorgung.

Unser Titelbild zeigt Lüftungsgeräte mit Luftansaugleitung und Luftverteilungsleitungen eines Schutzraumes mittlerer Größe. Die Fotos auf dieser Seite zeigen links oben die innere Schleusentür sowie sanitäre Anlagen, rechts den Schutzraum Aufenthaltsraum, der vielseitig genutzt werden kann, und unten die Garageneinfahrt einer kleinen Mehrzweckanlage mit einem Rolltor. Im Notfall schließt ein Betonschiebetor den Schutzraum sicher ab.